Dienstag, den 15. Mai 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 113

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Neue Wahlerpressung der Deutschnationalen.

Sie gestehen die Versendung des Erpresserflugblattes ein. — Deutschnationale Drohung, das Wahlgeheimnis zu durchbrechen.

I.

Wir haben vor acht Tagen hier ein geheimes Flugblatt im Wortlaut des Originals abgedruckt, das im Kreise Nimptsch von führender deutschnationaler Seite an die Besitzer, das heißt die Gutsherren des Kreises Nimptsch versendet worden war, und in dem die Gutsbesitzer in schamloser Weise dazu aufgefordert wurden, die kleinen Bauern und besonders die Landarbeiter durch alle möglichen Druckmittel dazu zu zwingen, am nächsten Sonntag den Stimmzettel für die Deutschnationale Volkspartei abzugeben. So wurde vor allem den Gutsbesitzern geraten, einmal die Landarbeiter dadurch zu ködern, daß man jedem von ihnen für den Fall eines günstigen Wahlausganges ein Geschenk von einem Taler pro Mann verspräche, und sie sodann dadurch einzuschüchtern, daß man ihnen androht, daß man bei ungünstigem Wahlausgang für die Deutschnationalen ihnen allen alle bislang mehrgezahlten außertariflichen Bezüge in Zukunft sperren würde. Wir haben diese Taktik der Deutschnationalen mit Recht und

in Uebereinstimmung mit allen anständig denkenden Menschen als eine Erpresserpolitik bezeichnet.

Unsere Enthüllungen haben gewaltiges Aufsehen erregt. Fast die ganze deutsche Presse, soweit sie nicht im Lager jener Nimptscher deutschnationalen Erpresser steht, hat unsere Mitteilungen und den Text eines Flugblattes nachgedruckt und hat die Oeffentlichkeit gegen diese Erpressermethoden aufgerufen. Das hat natürlich die Deutschnationalen arg verschnupft und hat sie, weil sie sich vorzeitig entlarvt sahen, sehr nervös gemacht. Sie versuchen deshalb, die Wirkung unserer Enthüllungen nach Möglichkeit abzuschwächen. Zu diesem Zweck schreibt die Redaktion des „Landvolk", eines kleinen deutschnationalen Blättchens, das während der Wahlzeit im hiesigen Bezirk verbreitet wird, einen „Offenen Brief" an uns.

In diesem „Offenen Brief" muß die Redaktion des „Landvolk" aber notgedrungen die Tatsache der Verbreitung des Flugblattes bei den Gutsbesitzern des Kreises Nimptsch zugestehen.

Das „Landvolk" schreibt wörtlich: „Zunächst ist ein solches Schreiben keinem Vertrauensmann der Deutschnationalen Volkspartei des Kreises Nimptsch zugegangen. **Nach unserer Feststellung haben eine solche Anweisung nur einige Besitzer aus den Händen einer Privatperson erhalten".** Also, die Tatsache, daß einige Besitzer das Flugblatt erhalten haben, gibt das „Landvolk" selbst als richtig zu. Es glaubt nur, die richtigen Versender des Flugblattes dadurch verbergen zu können, daß es behauptet, das Flugblatt sei den Besitzern von einem Privatmann zugestellt worden. Daß du die Nase im Gesicht behältst! Natürlich wird sich der Beauftragte der Deutschnationalen Volkspartei als Privatperson ausgegeben haben, um der Deutschnationalen Partei gleichsam ein Alibi zu verschaffen. Aus demselben Grunde hat man das Flugblatt vorsichtshalber ohne Unterschrift gelassen. Aber wen können solche Schliche heute noch täuschen? Nicht einmal den Dümmsten mehr! Denn wer hat ein Interesse daran, daß die Landarbeiter deutschnational wählen? Doch nur die Deutschnationale Volkspartei selbst. Bei jeder Kriminaluntersuchung ist aber die erste Frage die nach dem Nutznießer eines Verbrechens. Wer von einem Verbrechen den Nutzen hat, ist ohne weiteres verdächtig! So auch hier, die Deutschnationalen sind deshalb von vornherein verdächtig. Und weiter: Wie sollte jemand anderes als die Deutschnationale Volkspartei selbst auf den Gedanken kommen, die Gutsbesitzer durch Flugblatt zur Teilnahme an einem deutschnationalen Familienabend aufzufordern und den Deutschnationalen Funktionären Anweisungen über die beste Art der Abhaltung deutschnationaler Wahlversammlungen zu geben, wie es in diesem Flugblatt geschieht?

Das können nur deutschnationale Funktionäre gewesen sein!

Hinzu kommt, daß wir noch etwas genauer Bescheid wissen, als das „Landvolk" ahnt. Und weil wir genau Bescheid wissen, **wollen wir nunmehr hierdurch die zuständige Staatsanwaltschaft öffentlich auffordern, einmal durch eine Haussuchung bei dem Drucker jenes geheimen Flugblattes, der Druckerei des „Landsmanns" in Nimptsch, den Auftraggeber des Flugblattes zum Zweck der Einleitung eines Strafverfahrens gegen diesen wegen Erpressungsversuch und gegen die Druckerei des „Landsmanns" wegen Beihilfe dazu festzustellen. Denn zum mindesten erfüllt die Versendung dieses Flugblattes den Tatbestand der öffentlichen Aufforderung und Anstiftung zur Begehung des Verbrechens der Erpressung.** Dann wird sich ja erweisen, daß die Deutschnationalen dahinterstecken.

Endlich beweist auch noch das Verhalten des „Landvolk" selbst in dieser Angelegenheit; wie recht wir mit unseren Vorwürfen hatten. In Wirklichkeit ist nämlich die Redaktion des „Landvolk" von der Wahrheit unserer Enthüllungen selbst so vollkommen überzeugt, daß es, um noch zu retten, was zu retten ist, sogar den Versuch macht, die in jenem Flugblatt empfohlenen Erpressermethoden auch noch moralisch zu rechtfertigen. **Das Landvolk" mißbilligt diese Erpressermethoden nämlich nicht nur nicht, nein, sie billigt sie ausdrücklich und hält sie für unbedenklich.** Daraus folgt,

daß sich auch das „Landvolk" diese Erpressermethoden zu eigen macht.

Wundern tut uns das freilich nicht. Denn bei dem „Landvolk" geht es ja ums nackte Profitinteresse, ums Geld. **Wird doch in dem von uns veröffentlichten geheimen Flugblatt auch für das „Landvolk" Reklame gemacht,** indem die Gutsbesitzer des Kreises Nimptsch aufgefordert werden, gleich massenweise das „Landvolk" für ihre Arbeiter zu bestellen. Daher die Wut des „Landvolk" gegen uns. In Wirklichkeit hat freilich das Blatt uns mit seinem „Offenen Brief" nur eine Stunde ungetrübter Heiterkeit bereitet. Denn dieser cholerische Wutanfall der „Landvolk"-Redaktion hat die Herren zu Offenherzigkeiten verleitet, die außerordentlich aufschlußreich sind und den Wählern erst recht über die moralischen Qualitäten der deutschnationalen Führer und die üblen Kampfmethoden dieser Partei die Augen öffnen werden.

II.

Damit sind wir mit dem „Landvolk" aber immer noch nicht fertig. Wir haben uns nämlich, genußsüchtig, wie wir nun einmal sind, den köstlichen Spaß gemacht, auch den übrigen Inhalt der Ausgabe des „Landvolk" zu lesen, in der der „Offene Brief" an uns enthalten ist. (Es ist: Nr. 6 des 1. Jahrgangs vom 12. Mai.) Da finden wir nun einen Artikel, so lang wie eine Ozeanflugbahn: „Unsere Landarbeiter", in dem, auf sage und schreibe vollen vier Zeitungsspalten, den Landarbeitern in einer hinterlistig-fahden und heuchlerisch-schmeichlerischen Art um den Bart gegangen wird, die jeden, der die wirklichen Verhältnisse auf den großen Gütern nur einigermaßen kennt, und weiß, **wie schlecht die Landarbeiter von den Gutsbesitzern entlohnt und behandelt werden,** anwidern muß. Es lohnt sich jedoch nicht, auf die Einzelheiten dieses verlogenen Geschreibsels näher einzugehen. Nur eine Stelle müssen wir etwas näher ins Auge fassen. Auf Spalte 2 der zweiten Seite der genannten Ausgabe schreibt nämlich das „Landvolk" wörtlich:

„Die Wahl ist ja geheim, und da weiß niemand, was ich gewählt habe, könnte so mancher denken. In den Dorfgemeinden gibt es **keine vollkommene geheime Wahl*)** dazu ist die Einwohnerschaft zu klein und die jetzt eingeführte genaue Privat-Listenführung der Deutschnationalen in den Gemeinden läßt Schlüsse zu, wer diese oder jene Partei gewählt hat."

Hier wird also mit frechem Zynismus öffentlich damit gedroht, daß die Deutschnationalen das gesetzlich gewährleistete Wahlgeheimnis zu brechen beabsichtigen.

Die Deutschnationalen kündigen also an, daß sie, um die Stimmabgabe zu ihren Gunsten zu beeinflussen, selbst vor schweren Verbrechen, auf dem hohe Gefängnisstrafen stehen, nicht zurückschrecken. Die Sozialdemokratische Partei ist nicht gesonnen, sich dieses verbrecherische Treiben der Deutschnationalen gefallen zu lassen. Sie hat deshalb bereits gestern beim Breslauer Regierungs-Präsidenten interveniert, damit die nötigen behördlichen Schritte zur Sicherung des Wahlgeheimnisses ergriffen werden und es steht zu hoffen, daß das unverzüglich und mit Energie geschieht.

Niemand braucht sich deshalb zu fürchten. Jedermann kann ruhig so wählen, wie es seiner Ueberzeugung entspricht. Es wird den Deutschnationalen nicht gelingen, ihre Drohung wahr zu machen.

Wir hoffen und erwarten, daß die Behörden ohne jede Rücksicht ihre Pflicht tun.

Hier enthüllt sich jedoch nun endgültig,

Wie tief die Deutschnationalen moralisch gesunken sind.

Der Wahlkampf macht sie direkt zu Verbrechern.

Außerdem kann man hieraus aber auch entnehmen, was ihre Ableugnungsversuche in dem anderen Fall (dem Fall mit dem geheimen Rundschreiben) wert sind. Während sie in diesem Falle mit eiserner Stirn frech die klar zutage liegenden Tatsachen ableugnen, entblöden sie sich nicht, gleichsam in demselben Atemzuge, neue, noch ungeheuerlichere, noch verbrecherischere Erpressungsversuche zu unternehmen. Was sie mit diesem Hinweis erreichen wollen, geht nämlich aus dem der soeben abgedruckten Stelle unmittelbar vorangehenden Satze hervor. Da schreibt das „Landvolk":

„Er (der Landarbeiter) weiß, daß am 1. Juli die Arbeitsverträge für 1929 zu erneuern sind, und er kennt genau die Ansicht seiner Arbeitgeber, daß die Höfe von roten Brüdern gründlich gesäubert werden müssen und die freiwilligen Zulagen auf jeden Fall nur noch deutschnational gesinnten Arbeitern gegeben werden, wenn die Wahl für die Deutschnationalen nicht günstig ausfällt."

Hier wird also genau das Gleiche noch einmal angedroht und wiederholt, was bereits in dem geheimen Flugblatt der Deutschnationalen stand, und was gesagt zu haben man jetzt leugnen möchte.

Hier strafen sich also die Deutschnationalen in aller Oeffentlichkeit selbst Lügen,

Darüber hinaus ist aber dazu nur folgendes zu sagen:

Wenn die Gutsbesitzer diese Drohungen wahrmachen, so schneiden sie sich dadurch nur ins eigene Fleisch. Denn die einzige Folge davon wird eine sehr verstärkte Landflucht sein. Heute herrscht doch aber schon großer Landarbeitermangel, heute klagen die Deutschnationalen und Landbündler bereits dauernd über die Landflucht. Dieses Grundübel der deutschen Landwirtschaft würde durch ein solches Verhalten der Gutsbesitzer nur noch vergrößert werden. Deshalb wird auch in diesem Falle nicht so heiß gegessen wie gekocht werden, werden diese Drohungen in Wirklichkeit kaum wahrgemacht werden, weil sie nicht wahrgemacht werden können, wollen sich die Gutsbesitzer nicht selbst schwer schädigen. Und zumal in jenem Zeitpunkt unmittelbar vor der Ernte, da auf dem Lande jede Arbeitskraft dringend gebraucht wird. Daß wir nicht lachen! So ist denn dies plumpe Drohen nichts anderes als ein letzter Angstschrei des Ertrinkenden. Die Deutschnationalen sehen ihre Wahlniederlage kommen und versuchen noch zu retten, was zu retten ist.

Die Landarbeiter müssen sich bei dieser ganzen Sache aber über eins klar sein: Es geht hier ums Ganze! **Es geht um ihre Freiheit und um die Frage, ob sie weiter darben und mit Hungerlöhnen abgespeist werden sollen. Fügen sich jetzt die Landarbeiter diesen Drohungen der Deutschnationalen, lassen sie sich dadurch einschüchtern, so werden allerdings die Gutsbesitzer in Zukunft noch schärfer die Knute schwingen und ihre Landarbeiter noch knapper halten, als sie es bisher schon taten. Denn wenn die Wahlen für die Deutschnationalen günstig ausgehen, haben sie in Zukunft die Macht dazu. Wenn die Deutschnationalen diese Wahlen dagegen verlieren, wird ihnen aber in Zukunft die Macht dazu fehlen.**

Deshalb kann die Antwort der Landarbeiter auf diese wüsten Drohungen der Deutschnationalen nur die sein, daß alle Landarbeiter ihre Stimme

nicht

für die Deutschnationalen abgeben, sondern für die Sozialdemokraten, die einzige Partei, die sich der Interessen der Landarbeiter stets mit aller Kraft angenommen hat.

Deshalb Landarbeiter, wählt am 20. Mai alle die Liste der Sozialdemokratie!

Hergt gesteht den Volksbetrug ein.

Er gibt zu, daß die Deutschnationalen die Inflationsgeschädigten betrogen haben.

Der deutschnationale Reichsfinanzminister Hergt erklärte in Görlitz im Verlauf einer Wählerversammlung, daß im Wahlkampf 1924 von deutschnationaler Seite im Lande tatsächlich der Eindruck erweckt worden sei, als ob in der Aufwertungsfrage für die Gläubiger mehr herauskommen würde als tatsächlich nachher herausgekommen ist. Das nicht ganz offen zugeben zu wollen, sei eine Arroganz. Schließlich gestand Hergt noch, daß auch er jenen Eindruck bei der Wählerschaft hervorgerufen hat. Was ist das anderes als eine offenkundige Täuschung?

*) Vom „Landvolk" fettgedruckt und herausgehoben.

Was Preußen für die Landwirtschaft leistet.

Großzügiger Umschuldungsplan der preußischen Regierung für die Landwirtschaft.

Die preußische Regierung hat am Montag einen großzügigen Plan für die Umschuldung der Landwirtschaft veröffentlicht. Es muß festgestellt werden, daß durch das preußische Vorgehen die Umschuldungsaktion des Reiches eine dringend notwendige Ergänzung erfährt. Stimmt das Reich dem Plan Preußens zu — was ja im Grunde genommen von dem Ausfall der Reichstagswahl am 20. Mai abhängt —, dann sehen wir die Möglichkeit, auf dem von Preußen gewiesenen Weg der Landwirtschaft schnelle und tatkräftige Hilfe zu bringen.

Obwohl durch die Schuld des deutschnationalen Reichsernährungsministers Schiele leider viel wertvolle Zeit verloren gegangen ist, konnten die zuständigen Stellen doch bereits in den letzten Tagen an die Verwirklichung der vom Reichsernährungsminister aufgestellten und vom Reichsrat und Reichstag genehmigten Richtlinien für die landwirtschaftliche Umschuldungsaktion gehen. Es zeigte sich aber bald, daß die vom Reich angekündigte Umschuldungsaktion nicht ausreicht. Man schätzt die gesamte landwirtschaftliche Verschuldung auf 10 Milliarden Mark. Damit ist die landwirtschaftliche Schuld geringer als vor dem Kriege, wo sie annähernd 12 Milliarden Mark betrug. Aber während die Landwirtschaft vor dem Kriege Zinsen in Höhe von 5 bis 6 Prozent zahlen mußte, werden ihr heute, im Zeichen der von der Bürgerblock-Regierung geförderten wucherischen und falschen Wirtschaftspolitik, 11 bis 13 Prozent abgefordert. Besonders hoch sind die Zinsen auf die sogenannten Personalkredite, die rund 4,1 Milliarden Mark ausmachen. Es handelt sich hier vorzugsweise um kurzfristige, teure Wechselschuld, die den Landwirt hart drückt und ihn nicht zur Ruhe kommen läßt.

Notwendig ist hier eine Umschuldung in der Richtung, daß teurer kurzfristiger Personalkredit in billigeren langfristigen Realkredit umgewandelt wird. **Gegenüber dieser Forderung hat der deutschnationale Ernährungsminister und der Reichs-Landbund, dessen Gedankengänge Schiele bei der Aufstellung der Richtlinien für die Umschuldungsaktion berücksichtigte, völlig versagt.** Schiele will die Umschuldung, für die Milliarden in Frage kommen, mit Hilfe eines Auslandskredites durchführen. Er dachte vor Wochen an die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 200 Millionen Mark durch die Landesbankenzentrale. Jetzt stellt sich heraus, daß nur eine Anleihe in Höhe von 100 Millionen Mark unterzubringen ist. Mit diesen 100 Millionen Mark kann man angesichts der ungeheuren Last der Personalkredite natürlich nicht viel anfangen. Andere Wege müssen gegangen werden.

Während Herr Schiele aber im Magdeburger Bezirk deutschnationale Wahlpropaganda und den Landwirten neue unerfüllbare Versprechungen macht, hat die preußische Regierung nach Mitteln gesucht, wie den Landwirten zu helfen ist. Sie ist der Auffassung, daß die Lage der Landwirtschaft gebieterisch schleunige und umfassende Hilfe fordert. Deshalb will sie bei dem von der Reichsregierung vorgeschlagenen Weg nicht Halt machen. **Ihr Plan ist, die kurzfristigen Personalkredite mit hoher Zinsbelastung durch langfristige Kredite zu günstigeren Zinsbedingungen zu ersetzen.** Preußen denkt sehr wahrscheinlich dabei an Maßnahmen der Rentenbank-Kreditanstalt. Diese hat kurzfristige Schulden in Höhe von 100 Millionen Mark in einen sogenannten Abzahlungskredit umgewandelt. Der Landwirt wird so von dem Druck der Wechselschuld befreit und verpflichtet sich, die Schuld im Laufe von drei und mehr Jahre ratenweise zurückzuzahlen. So hat der Landwirt vor allem einmal Ruhe vor dem Gespenst des Wechsels, der über hohe Summen lautet, die er doch nicht zahlen kann, und der teures Geld kostet. Außerdem war es der Rentenbank-Kreditanstalt durch die Abzahlungskredite möglich, den Zinssatz von 11 bis 13 Prozent auf 9,25 Prozent zu drücken. Ähnlich will Preußen verfahren.

Durch diesen Plan Preußens können Schulden in einem Betrag erfaßt werden, der vielfach so hoch ist, als der Betrag, den die Entschuldungsaktion des Reichs vorsieht. Außerdem kann auf dem von Preußen vorgeschlagenen Wege dem mittleren und kleinen Landwirt und auch solchen Landwirten Hilfe gebracht werden, die nicht mehr in der Lage sind, neue Hypotheken aufzunehmen. Der Schwerpunkt der preußischen Aktion liegt aber darin, **daß dem Landwirt so** — es fallen vor allem einmal die teuren Wechselproteste weg — **Kosten erspart werden.** Er wird weiter von dem Druck der Wechselschuld befreit und erhält einen Zinssatz, der erträglicher ist als der gegenwärtige.

Die Möglichkeit, den Plan Preußens durchzuführen, besteht, da mit einem Einverständnis zweier großer Geldgeber, des Reiches (Düngemittelkredite in Höhe von 100 Millionen Mark) und der Preußenkasse zu rechnen ist.

Gegner dieses Planes scheint, wenn wir richtig informiert sind, der Reichslandbund zu sein und zwar ist seine Gegnerschaft politisch begründet. Man sieht die Hilfe, die das republikanisch regierte Preußen der Landwirtschaft zukommen läßt, nicht gern. Der Landwirt aber hat am Wahltag, dem 20. Mai, dafür zu sorgen, daß eine Sabotage der preußischen Vorschläge nicht möglich ist. Darum muß es am 20. Mai auch auf dem Lande heißen: Keine Stimme der Deutschnationalen Partei!

---

10 Prozent des Jahresverdienstes
für
Agrarzölle und Verbrauchsabgaben!

Die Agrarzölle belasten einen fünfköpfigen Haushalt pro Jahr mit . . . . . 200 M
Die Verbrauchssteuern ergeben pro Jahr eine Belastung von . . . . . 50 M
insgesamt 250 M

Das entspricht dem Durchschnittseinkommen eines Facharbeiters in 5 Wochen.

Gegen die Auspowerung der breiten Massen!
Für gerechte Verteilung der Steuerlasten!
Wählt Liste 1!

Kommunistische Wahllüge.

Die kommunistische Presse, allen voran die Berliner Sudelküche der KPD., behauptet auch jetzt noch, daß die Sozialdemokratie im Begriff stehe, den linkskommunistischen Suhler „Volkswillen" mit 45 000 Mark zu sanieren. ~~Diese Behauptung ist frei erfunden.~~ Da sie trotzdem im Verlauf dieses Wahlkampfes von den bolschewistischen Gegnern immer wieder aufgestellt werden wird, sei sie hierdurch nochmals dementiert.

Siegt wieder die Eitelkeit?

Oberstaatsanwalt Müller
läßt die Schuldigen im Fall Jakubowski frei.

Die im Zusammenhang mit der Jakubowski-Affäre verhafteten Arbeiter sind am Montag auf Anordnung des Oberstaatsanwalts Müller aus der Haft entlassen worden.

Amtlich wird zu dieser Affäre noch mitgeteilt: Im Anschluß an die Ermittlungen im Falle Jakubowski hat die Staatsregierung von Mecklenburg-Strelitz beschlossen, vor einer weiteren Entscheidung einen oder mehrere maßgebende Juristen zu hören. Der Reichsjustizminister ist gebeten worden, solche Juristen zu benennen.

* * *

Es scheint also, daß der Fall Jakubowski sich wieder zu einem richtigen Justizskandal auswachsen wird. Der Oberstaatsanwalt geniert sich nicht, trotz der Feststellungen hervorragender S[illegible] verständiger und Kriminalisten, die wahren Schuldigen aus Haft zu entlassen. Er geniert sich nicht, in einem Falle, in de[illegible] selbst Partei ist, Entscheidungen zu treffen. Mag auch ein [illegible] schuldiger hingerichtet werden, mögen auch die Schuldigen [illegible] Strafe entgehen, Hauptsache ist und bleibt, daß die H[illegible] Staatsanwälte und Richter sich nicht blamieren. Wir d[illegible] für solche Gesinnung.

Ein Vorstoß Preußens.

Antrag auf Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag

Berlin, 14. Mai. Die preußische Regierung und eine R[illegible] anderer Länder haben im Reichsrat den Antrag eingebracht, 11. August, den Tag der Weimarer Verfassung, zum Nati[illegible] feiertage zu erklären.

Berlin, 14. Mai. Der Antrag auf Erklärung des 11. Au[illegible] zum Nationalfeiertag steht auf der Tagesordnung [illegible] für Mittwoch vorgesehenen öffentlichen Rei[illegible] ratssitzung. Sollte er angenommen werden, so würde er [illegible] künftigen Reichsregierung zur Stellungnahme überwiesen wer[illegible] Eine sichere Mehrheit ist im Reichsrat für [illegible] vorhanden.

Die Wucherpolitik der Reichsbah[illegible]

Die Denkschrift über die geplante Tariferhöhung.

Die Reichseisenbahn hat am Montag die [illegible] längerer Zeit angekündigte Denkschrift über die Ta[illegible] erhöhung veröffentlicht. Sie enthält in der Hauptsache e[illegible] unmögliche Begründung für die beabsichti[illegible] Preissteigerung. **Aus der Begründung geht klar her[illegible] daß eine Notwendigkeit für die Tariferhöhung nicht besteht.**

Eingehendere Angaben macht die Denkschrift über [illegible] Einführung des Zweiklassensystems. Es soll [illegible] Zukunft nur eine Holzklasse (die ungefähr der heutigen dr[illegible] Klasse entspricht) und eine Polsterklasse geben. Wagen [illegible] Klasse will man nur im internationalen Zugverkehr zula[illegible]

Mit dieser Aenderung sind wir einverstanden; ablel[illegible] müssen wir den Plan der Reichsbahn, mit der Einführung [illegible] Zweiklassensystems eine ganz empfindliche Preiserhöhung [illegible] knüpfen zu wollen. Nach der Denkschrift soll der Personenve[illegible] 64 Millionen Mark mehr erbringen. Man denkt [illegible] die Durchführung so, daß, gegenüber den heutigen Grundpr[illegible] für die vierte Klasse eine Preissteigerung [illegible] 12 Prozent eintritt, während sich der Preis für die [illegible] Klasse um 26 Prozent, der Preis für die zweite Klasse [illegible] 25,33 Prozent und der Preis für die erste Klasse um 18,39 Pr[illegible] ermäßigt. Danach hätten die Passagiere der vierten [illegible] die Preiserhöhung allein zu tragen. Von der Preiserhö[illegible] soll vorläufig der Berufsverkehr ausgenomm[illegible] werden. Diesem Versprechen der Reichseisenbahn können [illegible] vorerst jedoch kein Vertrauen entgegenbringen.

Wir sind der Auffassung, daß durch die Einführung [illegible] Zweiklassensystems sich betriebstechnisch große Ersparnisse erg[illegible] — der Leerlauf in den höheren Klassen fällt z. B. weg — [illegible] eine Preiserhöhung der Holzklasse überflüssig [illegible] ist. Sie stellt eine Sonderbelastung der brei[illegible] Massen dar.

Es verlautet zuverlässig, daß der deutschnation[illegible] Reichsverkehrsminister für die Tariferhöhu[illegible] ist. Er würde sich damit zum Werkzeug bestimmter Intere[illegible] kreise machen. Das muß und kann verhind[illegible] werden, durch eine starke Sozialdemokratie [illegible] neuen Reichstag. Wer das will, wählt

Liste 1.

Carol wird langsam zahm.

London, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der engl[illegible] Gastgeber des rumänischen Exkronprinzen Ca[illegible] hat am Montag einen letzten Versuch gemacht, den britis[illegible] Innenminister zu einer Zurücknahme des Ausweisu[illegible] befehls zu veranlassen, nachdem auch Carols englischer Arzt [illegible] geweigert hatte, seinen Patienten länger als arbeitsunfähig [illegible] erklären. Das negative Ergebnis dieses Schrittes geht aus [illegible] Mitteilung des Innenministers im Unterhaus hervor, wo[illegible] Carol nunmehr seine feste Zusicherung gegeben habe, [illegible] Donnerstag England endgültig zu verlas[illegible] Wie es scheint, hat sich in den letzten Tagen der Abreise [illegible] Exkronprinzen die unerwartete Schwierigkeit entgegengestellt, [illegible] keines der in Betracht kommenden europäischen Länder nach [illegible] jüngsten Mißbrauch des Gastrechts durch den Exprinzen ge[illegible] zu sein scheint, Carol Asylrecht zu gewähren. Die am Mo[illegible] nachmittag erfolgte plötzliche Abreise von Carols Gastgeber [illegible] Belgien wurde in London dahin gedeutet, daß Carol von der [illegible] gischen Regierung eine Aufenthaltsbewilligung zu erha[illegible] wünsche. Nach einer italienischen Information hat Carol in [illegible] letzten Tagen auch Mussolini um die Erlaubnis gebeten, [illegible] in Ligurien ansiedeln zu dürfen. Er soll das Versprechen [illegible] gegeben haben, daß er sich jeder politischen Betätigung entha[illegible] werde.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

135] (Nachdruck verboten.)

Annabelles neuer Film „Ein Mutterherz" war fertig. Es war eine besonders feierliche Premiere geplant. Für den Abend zumindest sollte alles wieder in schönster Ordnung sein.

Als jedoch Bunny, der eben die Korrekturen der Wochenschrift gemacht hatte, heimkehrte, fand er im Vorzimmer Tante Emma, zitternd vor Erregung, mit klappernden Zähnen: „O Bunny, etwas Entsetzliches ist geschehen! Sie wollen deinen Vater verhaften!"

„Verhaften?"

„Die Leute sind schon vor dem Hause. Du mußt ihn fortschaffen, ohne daß sie es merken ... sie werden euch folgen ... ich habe solche Angst, bitte, bitte, sei vorsichtig! Laß sie den Vater nicht erwischen!"

Es gelang Bunny, von Tante Emma die ganze Geschichte zu erfahren. Der junge Bolling, der verläßliche Angestellte, hatte vor einigen Minuten für Bunny einen Eilbrief, dringenden Brief des Vaters ins Haus gebracht: Bunny solle sein eigenes Auto benützen und sich vergewissern, daß er nicht verfolgt werde, denn es würden ihm Männer folgen, die die Spur des Vaters suchten. Sobald es ihm gelungen sei, die Leute abzuschütteln, solle er das Auto, das selbstverständlich auf der Lizenz seinen Namen trug, stehen lassen und in einer Garage, wo man ihn nicht kenne, unter falschem Namen ein geschlossenes Auto kaufen. Es dürfe kein neuer Wagen sein, denn sie würden vielleicht äußerst schnell fahren müssen. Mit diesem Auto, unterwegs darauf achtend, daß er nicht verfolgt werde, solle er nach der Vorstadt San Pasqual fahren, an einer bestimmten Straßenecke würde der Vater einsteigen. Herr Bolling hatte Tante Emma fünftausend Dollar in Banknoten gebracht, war dann fortgegangen und hoffte, daß die das Haus beobachtenden Männer ihm folgen würden.

Bunny sprach hastig einige tröstliche Worte zu der armen alten Dame. „Kein Mensch will den Vater ins Gefängnis werfen, er soll nur als Zeuge geladen werden, wie der alte und der junge Peter."

Dann warf Bunny rasch einige Kleidungsstücke in eine alte Reisetasche ohne Initialen und trennte in [illegible] Wartete auf der Straße ein großes Auto, das sich in Bewegung setzte, sobald Bunny losfuhr. Bunny bog um ein halbes Dutzend Ecken, aber das andere Auto blieb auf seiner Spur. Da fiel ihm ein, daß gerade jetzt, zwischen fünf und sechs Uhr abends, der Verkehr im Mittelpunkt der Stadt am stärksten sei. Der Verkehr wurde durch Signale geregelt, an den Ecken standen Polizisten, es mußte möglich sein, irgendwo, wenn es stoppt wurde, gerade noch durchzuruttschen, während der Feind im Rücken stehen bleiben mußte.

Der Kniff gelang, Bunny schüttelte die Verfolger ab, ließ sein Auto in einer öffentlichen Garage, kaufte einen geschlossenen Zweisitzer auf den Namen Alex H. Jones. Die Quittung konnte einstweilen als Fahrlizenz dienen. Bunny schob dem Mann achtzehn Hundertdollarscheine hin und fuhr weiter. Eine halbe Stunde später befand er sich in San Pasqual, an der besprochenen Ecke. Er fuhr zweimal vorüber. Das zweite Mal trat der Vater aus einem Hotel, stieg ein, und nun ging es los.

„Folgt uns jemand?" fragte der Vater, und Bunny erwiderte: „Ich glaube nicht. Aber wir wollen uns vergewissern." Sie bogen um etliche Ecken, der Vater blickte durchs Hinterfensterchen. „Alles in Butter," erklärte er.

„Wohin fahren wir?" fragte Bunny.

„Nach Kanada."

Bunny, der auf alles vorbereitet gewesen war, bog auf die Chaussee ab, die von San Pasqual aus nach Norden führte.

Während sie fuhren, berichtete der Vater das Vorgefallene. „Berne ist nach Europa geflohen, zumindest geht heute sein Dampfer, hoffentlich hat man ihn nicht vorher erwischt." J. R. Vatter hatte an Frau Bolling telegraphiert, Herr Paradise, das war der Decknamen des Vaters, solle sofort zu seinen Freunden nach Vancouver fahren, sonst käme er zu spät zur Verabredung. Dieser Wink genügte, denn der Vater hatte bereits gestern die Mitteilung erhalten, sie aber der Bunny verheimlicht, daß der Untersuchungsausschuß etwas von der kanadischen Körperschaft erfahren habe und ihre Organisatoren als Zeugen vorzuladen beabsichtige. Sicherlich waren die Vorladungen bereits heute ausgegeben worden. Der Vater und der junge Bolling waren auf der Feuerleiter aus dem Büro geflohen.

Und nun fuhren Alex H. Jones und Paul K. Jones die ganze Nacht auf der regendurchweichten Landstraße dahin, wagten nicht, bei einem Hotel Halt zu machen, weil in der Halle ein Kriminalbeamter lauern konnte, wagten nicht einmal, durch große Städte zu fahren, aus Angst, das alles jagende Auge des ergrimmten Onkel Sam konnte aus einem Fenster spähen.

Sie erreichten Vancouver bei heftigem Schneesturm, li[illegible] die Decknamen fallen und begaben sich ins beste Hotel. Sel[illegible] verständlich kamen sogleich die Reporter gelaufen. Der V[illegible] erklärte mit ruhiger Würde, es sei eine lächerliche Behaupt[illegible] daß sie vor dem Senats-Untersuchungsausschuß geflohen seien. [illegible] seien als amerikanische Geschäftsleute nach Britisch-Columbia [illegible] kommen, um dort Geschäfte zu machen. Der ganze Skandal [illegible] Washington sei nichts anderes als billige und dumme Politik, [illegible] Pachten seien für die Regierung äußerst günstig gewesen, [illegible] was die kanadische Körperschaft betreffe, so habe sie Kanada [illegible] Nutzen gebracht.

„Werden Sie, Herr Roß, und Ihr Sohn in Kanada [illegible] Petroleum suchen?" fragten die Reporter eifrig. Und der V[illegible] erwiderte, darüber habe er augenblicklich nichts zu sagen.

Nun saßen sie da — körperlich wohlbehalten, aber [illegible] Gemütsverfassung nach durchaus nicht — in einer trostlosen S[illegible] bei naßkaltem Wetter. Der Vater machte sich auf eine lange V[illegible] bannung gefaßt: der neue Kongreß dürfte noch ein halbes J[illegible] zusammenbleiben, und die Unruhestifter werden bestimmt [illegible] Petroleumskandal nicht einschlafen lassen, um ihn bei [illegible] Präsidentschaftswahl im kommenden Herbst ausschlachten zu könn[illegible]

Der Vater telegraphierte an sein Büro und funkte an Ber[illegible] Der funkte vom Dampfer zurück, Roß solle ihm sofort nach Lon[illegible] folgen.

Der Vater mußte es tun. Was aber sollte aus Bun[illegible] werden? Der hatte daheim seine Geliebte und außerdem se[illegible] Wochenschrift. Vielleicht wäre es besser, wenn er nach Angel[illegible] zurückkehrte.

„Unsinn!" erwiderte Bunny. „Du kannst nicht im Win[illegible] allein über einen ganzen Kontinent und das Meer reisen. [illegible] begleite dich. Wenn wir uns mit Berne beraten haben, könn[illegible] wir Bertie in Paris besuchen und ihre vornehmen Freunde a[illegible] der Diplomatie kennen lernen. Ist es dann nötig, so kann [illegible] immer noch allein heimfahren. Wir werden ja sehen."

Der alte Mann bezeugte eine rührende Freude über die[illegible] Beschluß. Er hatte jetzt nur mehr Bunny. Im Geheimen mo[illegible] er sich vor dem Sohn gedemütigt fühlen, doch mußte er weiter [illegible] Rolle des würdevollen Geschäftsmannes spielen, der von gewiss[illegible] losen politischen Feinden verfolgt wird. Er sprach mit Bun[illegible] wenig über die Angelegenheit, mit anderen Leuten hinge[illegible] konnte er stundenlang darüber reden. Diese plötzliche Geschwä[illegible] keit in geschäftlichen Angelegenheiten war ein erschütternd[illegible] Beweis für seine zunehmende Schwäche.

(Fortsetzung folgt.)

Das große Rätsel.

Von Paul Levi.

Die Schleier über das geheimnisvolle Staatskomplott in Rußland sind also gefallen. Wenn das wahr ist, was Inhalt der jetzt veröffentlichten Anklage ist, so haben in Rußland eine ganze Reihe von Ingenieuren, Technikern, Beamten, Einkäufern jene Zuwendungen erhalten, die man in der gemeinen Sprache Schmiergelder heißt. Um das zu sagen, brauchte man nicht den Aufwand von Geschrei. Das ist nämlich fürwahr nichts Neues: das erzählt man sich in Berlin allerorts und nicht im geheimen, sondern ganz öffentlich und schon seit Jahren, daß man mit „den Russen" ohne Schmierung kein Geschäft machen kann; ja man nennt sich schon bestimmte Skalen, in denen die Schmiergelder — progressiv nach oben — verteilt werden; es werden Dinge erzählt, die man für orientalische Märchen halten müßte, wenn nicht doch dann und wann plötzlich irgendein ganz Unwahrscheinliches für wahr erwiesen würde, so daß schließlich kein Mensch mehr weiß, was wahr ist und was nicht.

Daß die Industrie Schmiergelder nicht aus eigenen Mitteln gibt, dürfte jedermann klar sein. Was sie auf diese Weise an „Werbungskosten" ausgibt, holt sie auf andere Weise wieder herein: in den Geschäftsbeziehungen mit Rußland wird es nach unserer Kenntnis der Dinge auf zwiefache Weise wieder hereingeholt: durch Aufschlag auf die Preise und durch Abzug an der Qualität der Waren. Niemand kauft so teuer und niemand kauft so schlecht wie der russische Kunde.

Damit soll nun mit keinem Wort die Industrie, die solche Methoden handhabt, irgendwie in Schutz genommen werden. Mit solchen Methoden hat sie schon ganze Länder ruiniert: die Türkei und Aegypten sind auf diese Weise in den Dreck gekommen, in der Rüstungsindustrie war zu allen Zeiten und in allen Ländern das Schmieren gang und gäbe und außerhalb der Rüstungsindustrie in vielen Ländern auch. Beispielsweise: um die Enthüllungen über das Eisenbahnzentralamt ists wieder merkwürdig still geworden — jene Stille, die in Deutschland im allgemeinen dann verbreitet wird, wenn man irgendeine Sauerei will begraben lassen. Und man sagt, daß die Angelegenheit mit der Eisenbahn nicht die einzige der Art in Deutschland sei, es soll noch andere, ähnliche geben.

Das also sind kapitalistische Betriebe und sind kapitalistische Staaten: von deren Schandbarkeit haben wir genug gehört und **es wäre Zeit, daß da, wo angeblich die Arbeiter die Macht ergriffen haben — die Kommunisten vermeiden, das sei in Rußland — jenem System ein besseres entgegengesetzt werde.** Nicht das ist das Aufregende, daß der Kapitalismus versucht hat, russische Einkäufer und Ingenieure zu korrumpieren, sondern daß der russische Staat in einem solchen Umfang der Korruption erlegen ist, daß die vielfachen Versuche, die Korruption auszurotten, nie zu einer Besserung, sondern immer zu einer Verschlimmerung des Leidens geführt haben. **Das ist gerade für uns Sozialisten das Entscheidende: wenn wir Sozialisten auf nichts Besseres hinzuweisen hätten als auf das, was jetzt in Rußland ist: wer könnte dann noch ehrlicherweise zu den arbeitenden Massen sprechen, wer könnte raten, den Golgathaweg der Revolution zu gehen, um an seinem Ende keine Auferstehung, sondern einen Korruptionssumpf zu finden?**

So ist die Auseinandersetzung mit diesem Rußland nicht nur ein Akt politischer, sondern moralischer Notwendigkeit. Wäre es der russischen Revolution gelungen, die wirklich revolutionären, die proletarischen Kräfte wachzuhalten, so wären solche Zustände wie die jetzigen unmöglich. Daß ihr das nicht gelungen ist, daran sind — so oft haben wir darauf hingewiesen — zur einen Hälfte die Bolschewiki unschuldig. Isoliert in Europa konnte die russische Revolution als Arbeiterrevolution nicht auf die Dauer bestehen. Zum anderen Teil aber trifft die Bolschewiki die volle Verantwortung: gerade das, was sie für die schönste und jüngste Frucht am Baume revolutionärer Erkenntnis gehalten haben, daß eine einzige patentierte revolutionäre Partei eine Klasse führen, gängeln, lenken und — nach Bedarf — auch kommandieren und schuriegeln könne, gerade diese Methode hat die in der revolutionären Arbeiterschaft lebendigen Kräfte aller — auch moralischer — Art ertötet und hat die politische Bewegtheit der Revolution verwandelt in das kalte Schachspiel von ein paar Bonzencliquen, die glauben, allen moralischen Geboten dadurch enthoben zu sein, daß sie die Amoralität zum Prinzip erheben. Die Folgen solcher Politik trägt der russische Staat und nicht am wenigsten die russische Arbeiterschaft in schweren Lasten, die auf ihnen liegen; auch die Staatskorruption, von der jetzt nur ein Teil aufgedeckt wird, gehört dazu.

Wäre in Rußland noch ein Funken von revolutionärer Kraft, so würden diese eigentlichen Ursachen festgestellt und die Krankheit zu heilen da versucht, wo sie sitzt. Weil aber dieser Heilungsversuch die Bankrotterklärung des gegenwärtigen russischen Systems wäre, hilft man sich damit, in einem groß aufgezogenen Staatsprozeß die Schuld auf die anderen zu werfen. Und wenn uns der Prozeß tausendfach beweist, daß der Kapitalismus schlecht ist: das ist nichts mehr, was für uns zu erweisen wäre. Daß diese Karikatur von Kommunismus, die jetzt in Rußland herrscht, nichts Besseres ist, das ist zwar schmerzlich, aber zu erweisen nicht weniger notwendig. **Je mehr der Sozialismus davon abrückt, um so mehr gewinnt er an sittlicher Kraft, das zu tun, worin der Bolschewismus versagt hat: dem Schlechten etwas Besseres entgegenzusetzen.**

* * *

Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß die Anklagen der russischen Regierung wegen Annahme und Zahlung von Schmiergeldern zu trennen ist von den Vorwürfen gegen Deutsche, daß sie die Gegenrevolution fördern. Das ist bisher nicht erwiesen.

Neue Gewalttaten der Hitlerbanden

Sie ermorden einen Versammlungsbesucher.

Darmstadt, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht). In Pfungstadt bei Darmstadt fand am Sonntag eine Versammlung der Nationalsozialisten statt. Die Einladungsplakate enthielten den Zusatz: „Juden haben keinen Zutritt". Anläßlich dieser Versammlung kam es zu einer großen Schlägerei. Der nationalsozialistische Redner beleidigte in seinem Schlußwort die Arbeiterführer in wüster Weise. Die anwesenden Sozialdemokraten wandten sich dagegen. Als dann ein Hitlerianer mit dem Bierglas nach dem sozialdemokratischen Redner warf, wurde die Versammlung polizeilich geschlossen und der Saal geräumt.

Im Nu waren hunderte von Menschen auf der Straße versammelt. **Alle Einwohner, Bauern, Bürger und Arbeiter nahmen gemeinsam Stellung gegen die Provokateure.** Als sie sich in die Seitengassen verdrückten, kam es zu Schlägereien. Es fiel ein Schuß. Ein junger Pfungstädter, namens Gottmann, ging im Dunkeln auf einen Hitlertrupp los. Die Hitlerianer überfielen ihn. Als er ausrief: „Heil Hitler!" bekam er einen Stich in die Lunge und wurde blutüberströmt in das Darmstädter Krankenhaus gebracht. Dort erlag er seinen Verletzungen. Ein anderer wurde von einem Hitlergardisten, namens Milk, durch einen Stich in den Kopf verwundet. Der Ueberfallene mußte ebenfalls ins Krankenhaus gebracht werden. Schließlich eilte die Schupo aus Darmstadt herbei und säuberte die Straßen.

Stresemann erkrankt.

Berlin, 14. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist seit einigen Tagen infolge einer Magen- und Darmerkrankung sowie einer Nierenaffektion gezwungen, das Bett zu hüten. Infolgedessen hatte der Minister seine Teilnahme an der Eröffnung der Presseausstellung sowie ferner die übernommenen Wahlvorträge in Stettin, Hamburg, Kaiserslautern und Celle absagen müssen. Da die Erkrankung Dr. Stresemanns auch in den nächsten Tagen dringend Bettruhe erfordert, ist er auch genötigt, auf die für die Tage vom 16. bis 19. Mai vorgesehenen Wahlvorträge in seinen beiden bayrischen Wahlkreisen zu verzichten.

Die Agonie der Altsozialisten.

Die sogenannte Altsozialistische Partei stirbt noch vor der Wahl. Winnig und Genossen führen das große Wort. **Still gehen in Sachsen eine ganze Reihe der eigentlichen Gründer dieser Partei davon, weil ihnen jetzt ein Schauder vor den Folgen ihres Tuns ankommt und sie nichts mehr mit dieser Hilfstruppe der Deutschnationalen zu tun haben wollen.**

Sie haben auch Kandidaten aufgestellt, die Winnig und Konsorten. Das war allerdings nicht ganz leicht; denn man braucht dazu 500 Unterschriften in jedem Wahlkreis. Im Kreise Ostpreußen waren keine 500 Stimmen für Winnig zusammenzubringen — da legten sie sich auf den Schacher und begannen zu bieten: 25 Pfennige für eine Unterschrift für die Liste Winnig! 500 mal 25 Pfennige macht 125 Mark, womit die Herren sich den Luxus einer Reichstagsliste gekauft haben.

Der neue Fememordprozeß.

Die neue Verhandlung im Fall Gädicke vor dem Stettiner Schwurgericht.

Stettin, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag begann vor dem hiesigen Schwurgericht die zweite Verhandlung gegen Klapproth, Schulz und Hein wegen Mordversuchs an dem Feldwebel Gädicke. Den Vorsitzt führt Landgerichtsdirektor Dr. Hirschberg. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Saß. Ihm ist der Staatsanwaltschaftsrat König beigeordnet. Klapproth wird vom Justizrat Hahn-Berlin, Schulz von den Rechtsanwälten Sack-Berlin und Lütjebrunne-Göttingen, Hein vom Justizrat Mamroth-Breslau verteidigt.

Der Angeklagte Hein gibt an, seine Aussagen in der Voruntersuchung aus Angst vor der Untersuchungshaft gemacht zu haben. Er habe gelogen, um einen etwaigen Verdacht von sich auf Schulz zu lenken. In seinen Aussagen habe er einen Mordversuch konstruiert, um dann durch seinen Rücktritt von diesem Mordversuch seine Schuldlosigkeit zu beweisen. Hein gibt zu, daß Klapproth in den Kasematten des Forts Tsernow den Gädicke zu Boden geworfen und mit dem Schädel wiederholt auf den Betonfußboden gestoßen habe, doch habe es sich lediglich um eine Abreibung gehandelt. — Der Angeklagte Schulz schildert zunächst langatmig seine Laufbahn bei der Schwarzen Reichswehr und deren Organisation, wie sie bereits aus früheren Prozessen bekannt ist. Im übrigen bestreitet er jede ihm zur Last gelegt Schuld. Die Aussagen, die Schulz an Hand eines Aktenstückes im Zusammenhang zu Gehör bringen will, werden immer wieder von Kreuz- und Querfragen des Vorsitzenden unterbrochen, das zu wiederholten heftigen Auftritten des Angeklagten Schulz und zu öfteren Zusammenstößen der Verteidigung mit dem Vorsitzenden führt. Die Verteidigung wirft allemöglichen Nebensächlichkeiten in die Verhandlung, worauf der Vorsitzende die Vernehmung des Angeklagten Schulz beendet. — Der Angeklagte Klapproth gibt mit zynischer Offenheit zu, den Gädicke auf den Betonfußboden der Kasematten hingesunkt zu haben, bestreitet aber, einen Totschläger dabei gebraucht und die Absicht gehabt zu haben, Gädicke zu töten. Wenn er diese Absicht gehabt hätte, würde er das ohne weiteres zugeben. Auf zehn Jahre mehr oder weniger käme es ihm doch nicht an, denn er habe ja sowieso lebenslänglich.

Eine Ueberraschung bildet die Vernehmung des in der Vorinstanz als Nebenkläger zugelassenen und in der jetzigen Hauptverhandlung als Zeugen geladenen Feldwebels Gädicke, der jetzt eine Gastwirtschaft betreibt. Er erklärt, überhaupt nicht aussagen zu wollen. Auf die Vorhalte des Vorsitzenden, daß Gädicke geschworen habe, nichts zu verschweigen, **bestätigt dieser die Aussagen seiner früheren Vernehmungen,** jedoch hält er sich auffälligerweise zurück. So will er sich beispielsweise nicht mehr daran erinnern, ob er nach dem ersten Schlage von Klapproth bewußtlos geworden sei. Der Vorsitzende aber dringt weiter in den Zeugen, **der schließlich Stück für Stück seiner früheren Aussagen bestätigt.** Zum Schlusse seiner Vernehmung gibt Gädicke zu, er befürchte, durch seine Aussagen Unannehmlichkeiten zu haben, besonders auch geschäftlicher Natur.

Anschließend wurde der Sachverständige Medizinalrat Weinbaum vernommen, der den Gädicke im Amtsgerichtsgefängnis behandelt hat. Er sagt aus, die Verwundung Gädickes sei nur oberflächlich gewesen, sie könne von keinem gefährlichen Gegenstand herrühren.

Diskussion.

Der Kommunist: „Die Angriffe meines deutschnationalen Herrn Vorredners gegen die Sozialdemokratie kann ich nur unterstreichen!"

Großer Erfolg von Poincarés Anleihe

Die neue Anleihe Poincarés, die allgemein als letzte Vorstufe für die Stabilisierung angesprochen wird, soll einen so guten Erfolg haben, daß ihre Zeichnung vorzeitig abgeschlossen werden dürfte. Dazu meldet der journalistische Vertrauensmann Poincarés im „Echo de Paris", daß die Kammer noch vor den Sommerferien am 14. Juli über „außerordentlich bedeutsame Maßnahmen auf dem Währungsgebiet" zu entscheiden habe.

Die Auseinandersetzung in der SPF.

Paris, 14. Mai, (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Föderation des Departements Var, des Wahlkreises von Renaudel, hat am Sonntag eine Entschließung angenommen, in der in energischen Ausdrücken die Methoden des Bolschewismus verworfen werden. Die Resolution fordert, daß sich die Kammerfraktion der Partei entschieden für eine Reform des Wirtschaftslebens im Sinne des Manifestes der Gewerkschaften einsetzt. Renaudel selbst erklärte, es sei die Pflicht der Partei, genau die gegenwärtige Entwicklung der Gruppenbildung und damit der zukünftigen Kammermajorität zu verfolgen, damit jeder nur denkbare Nutzen aus der entstehenden Lage gezogen werden kann. Er tritt also für eine geschickte parlamentarische Aktion anstelle der vom linken Flügel vorgeschlagenen intransigenten Opposition ein.

Den Tendenzen des linken Flügels hat sich neuerdings die sozialistische Partei im Rhone-Departement gegen eine starke Minorität angeschlossen. In einer mit 58 gegen 51 Stimmen angenommenen Entschließung empfiehlt sie eine entschiedene Ablehnung jeder Verbindung mit bürgerlichen Regierungen und die Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats. Die Entschließung richtet sich besonders gegen das Manifest der Gewerkschaft sowie die Ausübung amtlicher oder offizieller Funktionen durch Sozialisten wie Ferdinand Buisson und Paul Boncour.

Tagung des Wirtschaftsrats des Völkerbunds.

Genf, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der erste Sitzungstag des Wirtschaftsrats des Völkerbundes brachte über die schon bekannten programmatischen Absichten des Präsidiums hinaus nichts neues. Der ehemalige Minister Balfour und ein australischer Delegierter haben Ueberblicke über die Wirtschaft in ihrem Lande. Der Präsident des Wirtschaftskomitees, der Franzose Serruys, zeichnete ein sehr optimistisches Bild der bisherigen Arbeiten des Wirtschaftskomitees. Es sei ihm gelungen, auf dem Gebiete der Befreiung des Handels von Zoll- und anderen Schranken schon verschiedenes zu erreichen. Das Jahr 1927 sei ein Jahr zweiseitiger Handelsverträge gewesen, aber es zeigten sich schon Spuren für internationale vielseitige Handelsreglungen. Der englische Gewerkschaftsvertreter Pugh gab zu, daß zwar die Völkerbundsorganisationen einigermaßen gearbeitet haben, aber die Regierungen versagt hätten. Es gelte, die dritte Instanz, die Völker zu mobilisieren, um den freien Handel in der Welt zu verwirklichen. Frau Freundlich-Wien, die als Vertreterin der Internationalen Genossenschaftsbundes erschienen ist, betonte die Notwendigkeit einer Erweiterung der Absatzmärkte durch Besserstellung der Verbraucher bezw. eine bessere und unmittelbare Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern.

Am Dienstag wird der frühere deutsche Minister Hermes das Wort nehmen. Er wird u. a. fordern, daß die internationale Bearbeitung landwirtschaftlicher Fragen endlich ihren Anfang nimmt.

Der Vormarsch der Südchinesen.

Tientsin besetzt, Peking unmittelbar bedroht.

London, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der britische Außenminister teilte am Montag im Unterhaus mit, daß die japanische und die italienische Regierung beschlossen haben, Truppenverstärkungen nach Tientsin zu entsenden. Die britische Regierung habe die dortige Lage genauestens studiert. Sie werde die Stärke der dortigen britischen Garnisonen erhöhen, falls sich die Notwendigkeit hierzu erweisen sollte.

Chamberlain verlas u. a. noch einen Bericht des japanischen Konsuls über die blutigen Ereignisse vom 3. Mai. Der japanische Beamte stellte die Vorgänge so dar, daß das Blutvergießen durch Provokationen der nationalistischen Truppen und „kommunistische Intrigen" zurückzuführen sei. Aus den in London am Montag eingetroffenen Meldungen geht hervor, daß die nationalistischen chinesischen Truppen Tientsin am Montag erreicht haben.

Auch die Städte Huailai, Paoting und Tschangtschau sind in die Hände der Südtruppen gefallen.

Peking von Feng bedroht.

Peking, 14. Mai. In Peking ist infolge des Vormarsches des Generals Feng eine sehr ernste Lage entstanden. Die Vorhut von Fengs Armee soll bereits in der Nähe von Peking angekommen sein. In Charbin ist der Kriegszustand erklärt worden.

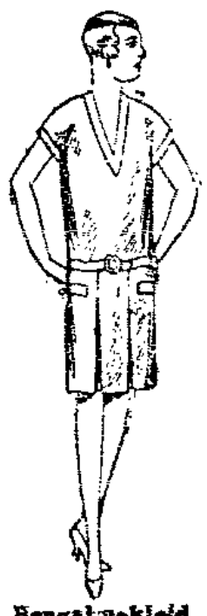
Allgemeine Wehrpflicht in der Mandschurei.

Peking, 15. Mai. Tschangtsolin hat dem Gouverneur von Mukden den Befehl erteilt, die bis jetzt erfolgte Anwerbung von Söldnern einzustellen und die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Blättermeldungen zufolge wird zurzeit die männliche Bevölkerung in der Mandschurei in die Stammlisten eingetragen.

Fürs Pfingstfest

Waschmusselinkleid Hübl. wie Abbild., i. viel. schön. Must., Stück **3.50**

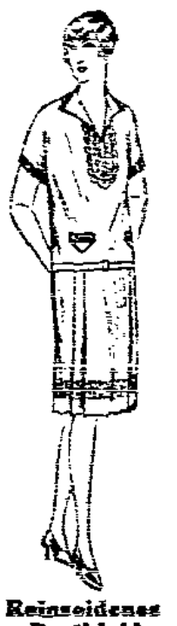
Fescher Kleid aus Popelite, mit Waschseidenkasak Stück **5.50**



Bengalinekleid gute, waschbare Qual., schöne helle Farben Stück **7.50**

Modernes Kasakkleid aus reiner Wolle, mit schön. Garng., St. **14.50**

Modern. Frauenkleid aus pa. Vollvoile. In verschied. sch. neuert. Must., Stck **15.50**



Reinseidenes Bastkleid mit mod. Stickerei, in marine u. rot, Stck **15.50**

Reinwoll. mod. Kleid aus Ripo u. Popelin., marinebl. Rock und s. b. Kasak **16.50**

Elegantes Vollvoilekleid gut. Qual., i. schön. mod. Must Stück **16.50**

Frühjahrsmantel aus wollen. Stoffband, mit modern. Stickereien Stück **9.50**

Reinwoll. Kasakmantel, sch. helle, mod. Farb. m. reich. Stickerei Stück **19.50**

Damenwäsche

Damenhemden mit Träger oder voller Achsel, aus mittelfädigem Wäschestoff, mit Stickerei und Klöppelspitze verarbeitet . Stück 1.95, 1.68 **1.38**

Damen-Prinzeßrock aus Wäschebatist oder feinfädigem Wäschestoff, mit apart. Stickereien oder Valenciener Spitze verarb., Stück 4.10, 3.85 **3.65**

Damen-Hemdhosen aus Renforcé oder Wäschebatist, fesche mod. Form, mit Klöppelspitze, Stick. oder Val. Spitze, Windelschl., St 3.50, 2.75 **2.50**

Damen-Jumper-Untertaillen a. Wäschebatist oder feinfädig Wäschestoff, reich mit aparter Stickerei od. Val. Spitze verarb., Stück 1.90, 1.50 **95** Pf.

Damen-Nachtjacken aus gut. Wäschestoff oder Köperbarch., Gersha- od. Umlegekragen mit hübsch. Stick.-Verarbeitung, Stück 3.15, 2.80 **2.45**

Damen-Nachthemden a. Wäschebatist oder Madapolame, mit aparter Stickerei Val. Spitze verarb., viereck. Ausschnitt od. Bubiform, St. 4.10, 3.85 **2.50**

Kinderwäsche

Erstlingshemdchen aus feinem Wäschestoff . . . . Stück 45, **35** Pf.

Mädchenhemden aus mittelfädigem Wäschetuch, mit Barmer Bogen verarbeitet, Größe 40 . . Stück **65** Pf.

Mädchenhemden aus gutem Renforcé, mit hübscher Vorderstickerei, Größe 40 . . . . . Stück **75** Pf.

Mädchen-Prinzeßrock aus feinem Wäschestoff, moderne, seitl. angerlegene Form, mit Stickerei-Verarbeitung, Größe 45 . . . . . Stück **1.50**

Mädchen-Hemdhosen aus gut. Hemdentuch, mit Klappe, mit hübschen Stickereien, Größe 45 . . Stück **1.45**

Mädchen-Knie-Beinkleider aus haltbarem Wäschestoff, mit Stickerei-Verarbeitung, Größe 25 . Paar **1.25**

Knabenhemden aus kräftigem Wäschestoff, mit langem Arm, mit und ohne Falten, Größe 40, Stück 1.10 **90** Pf.

Knabenhemden aus festem Wäschestoff, Kieler Ausschnitt, mit halbem Arm, Größe 40 . . . . Stück **85** Pf.

Kinder-Söckchen

mit Wollrand, hell- und dunkelgrundig

Größe	1	2	3	4	5
Paar	42	48	55	60	65 Pf.
Größe	6	7	8	9	
Paar	70	75	80	85 Pf.	

Lein.-u. Baumwollw.

Küchenhandtücher, Strapazierqualität, grau, mit roter Kante, gesäumt und gebändert . . . . . 45 **39** Pf.

Gesichtshandtücher, weiß od. mit roten Streifen, gesäumt und gebändert Größe 45/100 . . . . Stück 72 **68** Pf.

Fertige Kreas-Bettlaken, gute kräft. Qual., Größe 130/200, Stück **2.85**

Fertiger Bettbezug, haltb. Wäschestoff, Deckbett 120/200, Kissen 75/80 Bezug mit 2 Kissen **6.45**

Fertiger Bettbezug, gutes Linon, Kissen 80/100, Deckbett 120/200, Bezug mit 2 Kissen **8.25**

Tisch- und Kaffeedecken, waschecht

Größe	110/110	110/150	130/130	130/160
Stück	1.45	2.10	2.45	2.85

Linon, 2000 Meter, feinfäd., 80 cm breit . . . . . Meter **68** Pf.

Wallis-Bettgarnituren, prachtv. Ausstenerqualität in verschiedenen Streifen, Deckbettbreite . . . Meter 1.55 **86** Pf.

Oxford für Männerhemden, bes. kräftige, waschechte Qualität, in versch. Streifen. . . . . Meter 68 **52** Pf.

Kinder-Schlüpfer a. gut. Trikotstoff . . . . . Größe 35 **45** Pf.

Damen-Trikot-Schlüpfer, feinfarb., gute Qualität, mit verstärktem Schritt, alle Größen. . . . . Paar 1.25 **88** Pf.

Damen-Schlüpfer a. gut. K'-Seide, in vielen Farben . . durchweg **1.45**

Gestickte Küchengarnitur

aus gutem Stoff mit blauem oder rotem Besatz

Reservehandtuch . . . . Stück **2.95**
Küchenhandtuch . . . Stück **2.25**
Küchenfischdecke . . Stück **1.95**
Küchenwandschoner . Stück **1.95**
Leitungsschoner . . . Stück **85** Pf.
Topflappentasche . . Stück **65** Pf.

Herren-Artikel

Herren-Stehumlegekragen, allerneueste Formen, in guten und besten Qualitäten, Stück 75, 68 **50** Pf.

Herren-Selbstbinder, herrliche Frühjahrsneuheiten in seiten schöner Ausmusterung . Stück 1.50, 95 **78** Pf.

Hosenträger, erprobte, gute Gummistrippen, mit Leder- oder Gummizügen . . . . Paar 1.65, 1.25 **95** Pf.

Knaben-Schillerkragen, weiß Panama und Rips, sowie Perkal gestreift . . . . . Stück **68** Pf.

Knaben-Hosenträger, solide Gummistrippen Paar 95, 68 **48** Pf.

Herren- und Knaben-Sportledergürtel in vielen guten Ausführungen Stück 1.75, 1.25, 95 **85** Pf.

Bunte Oberhemden, aus soliden, guten Perkalstoffen, in neuest Mustern Stück 5.75, 4.95 **3.95**

Weiße Oberhemden, Rumpf aus gutem Wäschestoff, mit elegant., mod. Einsätzen . . Stück 7.50, 5.75 **4.75**

Bunte Oberhemden, Batist und Trikoline, glatt u. gemust. St. 7.50 **4.75**

Trikotagen etc.

Herren-Einsatzhemden aus vorzüglich. weißem Trikot mit modernen Einsätzen . . Stück 2.95, 2.25 **1.95**

Herren-Trikothemden in guten Makoqualitäten mit Doppelbrust Stück 3.50, 2.95 **2.25**

Herren-Untergarnituren, guter Trikot in mod. Farb., St. 5.25, 4.95 **2.95**

Herren-Trikothosen, makofarb. in nur gut. Qual., Paar 3.25, 2.45 **1.95**

Kinder-Pullover und -Lumberjacks Wolle mit Seide und guter K'seide gem., in schönen lebhaften Farben Stück 5.75, 4.60 **3.95**

Moderne K'seidene Lumberjacks, ohne Arm in schönen Farben sortiert, zum Aussuch., durchw. **3.95**

Damen-Strickkleider, zweiteilig, Rock mit Pullover, moderner, viereckiger Ausschnitt, in vielen feinen Farben . . . . Stück 16.50 **11.50**

Damen-Pull. u. -Lumberjacks, wollgem. Seide, teils K'seide, in mod. Farb. Stück 11.95, 8.75, 6.95 **4.75**

Kinder-Kniestrümpfe

¾ lang, farbig mit bunt gemustertem Umschlagrand

Größe	3	4	5	6
Paar	95 Pf.	1.10	1.25	1.35
Größe	7	8	9	
Paar	1.45	1.55	1.65	

Strümpfe - Socken

Baumwoll-Florstrümpfe farbig und schwarz, mit verstärkter Ferse und Spitze. . . . . Paar **68** Pf.

Makoglanz-Damenstrümpfe, in guter Qualität, farbig u. schwarz, mit Doppelsohle u. Hochferse Paar **95** Pf.

Seiden-Florstrümpfe, pa. feinmaschige Qualit., mit Naht, Doppelsohle u. Hochferse, i. mod. Straßenfarb. P. **1.50**

Künstl. Waschseiden-Strümpfe, mit Naht, Doppelsohle u. Hochferse in allen mod. Farben . . Paar **1.25**

Waschseidene Strümpfe, mit Naht, Doppelsohle und Hochferse, in großem Farbensortiment Paar **1.95**

Vigognesocken grau, Strapazierqualität . . . . . Paar **38** Pf.

Baumwollherrensocken, buntfarbig gemustert . . . . Paar **58** Pf.

Schürzen

Mädchen-Schürzen aus gestreift. Siamos. sow. gemust. Kretonne mit Einfassband u. Tasche, Größe 40 . . . Stück **95** Pf. Steigerung pro Größe 10 Pf.

Damen-Jumperschürzen, aus guten Waschstoffen, in modernen Indanthrenstreifen. . Stück 1.95 **1.25**

Praktische Gummi-Hausschürzen für Damen, mit Rüschenbesatz u. Tasche, z. Anziehen Stck 1.25 **95** Pf.

Damen-Kostümschals

in Seidentrikot, Marokaine u. Crêpe de Chine, i. gut. Qual. u. gr. Farbensortiment, Stück 2.75, 1.95, 1.35 **95** Pf.

Mod. Damen-Handtaschen u. Kleingeldbeutel

in Wildleder, Leder im. u. Lederfuch in sämtl. Modefarben, 2–5 cm br., Stück 2.25, 1.75, 95, 65 **48** Pf.

Gardinen etc.

Künstlergardinen, 3 teilig, gewebt. Tüll, gute Qualität, Garnitur 7.50, 5.75, 3.50 **1.95**

Etamine-Gardinen, 3 teil., in verschied. Mustern, mit Eins. u. Motiv, mit u. ohne Vol., Garn. 6.75, 5.85, 3.75 **2.25**

Madras-Garnituren, 3 teilig, hellgrund., echtfarb., brosch., Querbehang m. Volant, Garn. 7.75, 6.25, 4.50 **2.75**

Halbstores, gewebt Tüll, sowie Etamine mit Einsatz od. Motiv, mit u. ohne Volant, St. 4.75, 3.50, 2.25 **95** Pf.

Gardinenmulle, zirka 110–125 cm br., weiß mit bunt oder weiß getupft, Meter 1.95, 1.65, 1.45 **1.25**

Möbel- u. Küchenkattune, viele schöne Muster, mit und ohne Kante, Meter 1.10, 85 **68** Pf.

Bettdecken, über 1 Bett, a. gewebt Tüll, sowie Etamine, mit Einsätzen u. Motiven, St. 5.75, 4.50, 3.75 **2.85**

Tischdecken aus kräftigem Rips, Fantasie- und Gobelinegewebe, in viel. Must., Stück 7.75, 6.50, 4.75 **3.25**

Diwandecken, Gobeline- und Fantasiegewebe, oder Rips, in herrlich. Ausmust., St. 14.75, 10.50, 8.25 **4.95**

Waffelbettdecken, weiß und bunt, kräftige Ware, mit Franse und gebogt . . . Stück 6.75, 3.75 **2.95**

Steppdecken, aus pa. Glanzsatin, mit guter Halbwollfüllg., in versch. Farben . Stück 22.50, 17.50 **10.75**

Wachstuche, schöne, helle und dkl. Must., a. Barchentrück., Mtr. **1.65**

Portierenstangen, 30 mm stark, z. verst. kompl. Garn., rein Messing 2.75 vermessingt, kompl. Garnitur . . **1.75**

Teppiche, Jutebouclé, doppelseitig mod. Muster, sehr gute Strapazierqualität, Größe ca. 125/195 160/235 195/290

Stück	8.75	13.75	18.50

Bettvorleger, kräftiges Jutegewebe, sowie imitiert. Perser, in vielen Mustern Stück 1.95, 1.45 **95** Pf.

Linoleumläufer, einfarb. mit Kante u. gem.

zirka	60	67	90	110	130 cm br.
Mtr.	1.90	2.20	3.00	3.80	4.60

Fußbodenbelag, Ersatz für Linoleum, in vielen Mustern, praktisch u. sehr haltbar

zirka	60	67	90 cm
Meter	1.60	1.75	2.35

Entzückende Wäsche-Stickereien

in allen nur denkbaren Ausführungen

ca.	2–3	3–5	6–10 cm br.
Meter	18 **15** Pf.	35 **20** Pf.	45 **30** Pf.

Kleiderstoffe

Elegante Waschseiden hell-, mittel- und dunkelgrund. neuartige Qualität Meter 1.75, 1.45, 1.25 **95** Pf.

Waschmusseline, hell- und dunkelgrund., in wundervollen vielseitigen Mustern . . . . . Meter 95. **68** Pf.

Zephir, f. Sporthemd. u. Kleider etc in schön. neuen Streif. Meter 78, **65** Pf.

Ia weißer **Schweizer Vollvoile** 112 cm breit. . . . . Meter **1.55**

Popeline, gute halbwoll. Qualität, in allen modernen Farben . Mtr. **1.65**

Kleinmöbel, Betten

Küchenstühle, stabil gearbeitet, roh . . . . . Stück 3.15 **2.95**

Peddigrohrsessel mit und ohne Knopfgarn., Stück 14.50, 11.50, **10.50**

Korbtische, Ia Weide mit Korbrand, 70 cm Durchmesser, Stück 8.75, 60 cm Durchmesser . . Stück **6.95**

Metallbettstellen, Gr. 90x190, weiß und schwarz lackiert, m. Messingring oder mit Ring u. Spindel, 27.50, **24.50**

Kinder-Metallbettstell., fein weiß lack., gute Fab., St. 15.50, **13.50**

Polstermatratzen, 3teilig mit Keilkissen, Ia Jute, mit guter Alpengrasfüllung . . . . . Stück 16.50 **14.50**

Polstermatratz., für Kinderbett., fest. Bezug u. gute Füll., St. 8.50 **6.75**

600 Stück selten schöne Stickerei-Hemdenpassen

mit Vorder- und Rückengarnierung aus feinstem Madapolame

Stück **68** Pf.

Schuhe und

Braune Herren-Halbschuhe in moderner Form, mit u. ohne farbig. Ledereinsatz, Größe 40/44 . . . Paar **11.50**

Schwarze Herren-Halbschuhe, spitze Form, in guter Verarbeitung Größe 40/44. . . . . Paar **10.50**

Kinder-Spangenschuhe, schwarz Rindleder, hell Straßenschuh, gut. Lederverarb. Gr. 31/35 Paar **6.75**, Gr. 27/30 Paar **6.25**

Kinder-Lackspangenschuhe, gute solide Verarbeitung, Gr. 31/35 Paar **8.90** Größe 27/30 . . . . . Paar **7.50**

Schwarze Kinder-Lederspangenschuhe in gut. Qual., Größe 20/22 Paar **3.25** Größe 19/20 mit Absatzfleck, Paar **2.90**

Lederwaren

Braune Kinder-Spangenschuhe, feste Lederverarb., Gr. 19/20 Paar **3.50** Größe 20/22 mit Fleck. . . Paar **3.90**

Schwarze Kinder-Schnürstiefel, guter Ledernterbod., Gr. 21/24 Paar **3.50** Größe 25/26 . . . . . Paar **4.25**

Damen-Reisetaschen Wachstuch in reizend Must., Stück 1.45, 1.25 **95** Pf.

Damen-Handtaschen, Beutelform, braun und grau . . . Stück 3.95 **3.25**

Damen- und Herren-Portemonnaies durchweg Leder, darunter auch echt Saffian . . Stück 1.45, 1.25 **95** Pf.

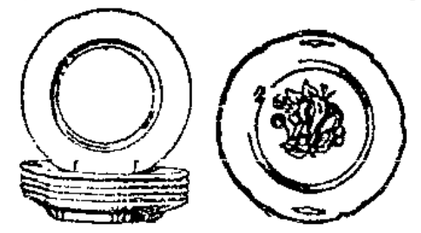
Reise- u. Kupeekoffer pa. Hartplatte ringsum Schiene u. Ecken, 5.95, 4.95 **3.95**

Haushalt

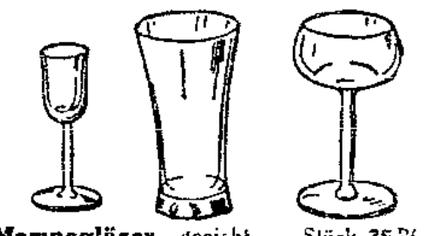
Goldrandtassen mit Untertass. St. **25** Pf.
Salatsätze, dekoriert, Satz 6 Stück **1.45**
Kompottschüsseln, Porz. dekor. St. **75** Pf.

Teekannen mit Goldrand . . . Stück **1.95**
Kaffeebecher, dekor. . . . . Stück **25** Pf.

Porz. Goldrd. Abendbrotteller St. **38** Pf.
" " **Eierbecher** . . . . . St **10** Pf.
" " **Kaffeekannen** . . St. **1.95**



6 Steing. Speiseteller, tief o. fl. zus. **1.00**
Porz. Kuchenteller, dekor. Stück **50** Pf.



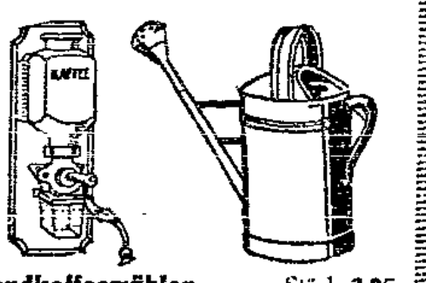
Mampegläser, geeicht . . . . Stück **35** Pf.
Schnittgläser, 1/10 geeicht . Stück **28** Pf.
Weinrömer, auf hohem Fuß . Stück **30** Pf.

6 Bierbecher mit Kante . . . . . aus **95** Pf.
Kaffeeservice, Goldrd., f. 6 Pers. Serv. **3.95**

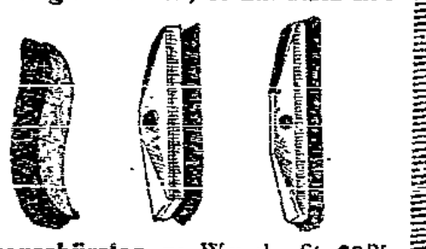
Zwiebelhobeln, f. lack. . . Stück **50** Pf.
Gas- oder Holzenplätten vernick. **3.95**

Kartoffelpressen, verzinnt . . . . . **85** Pf.
Butterdosen, eckig . . . . . Stück **50** Pf.

Maschinentöpfe, email . . . 18 cm **98** Pf.
Schmortöpfe, email, ... 20 cm **98** Pf.



Wandkaffeemühlen, ... Stück **3.95**
Gartengießkannen, 10 Ltr. Stück **1.95**



Scheuerbürsten, pa Wurzel . . St. **28** Pf.
Aufwischbürste . . . . . Stück **25** Pf.
Schrubber, „Union" . . . . . Stück **25** Pf.

Balkonkasten grün gestrichen

50	60	70	80	90	100 cm
85	1.00	1.25	1.45	1.60	1.75

Liegestühle, ohne Armlehne od. Beinstütze, mit gutem Stoffbezug Stück 5.75 **4.95**
dto. mit Armlehne und Beinstütze Ia stabil gearbeitet, Stück 13.50, 10.50, **8.95**

Korbhocker, a. g. weiß. Weide, St. **2.95**
Korbsessel, pa. Weide, gute Verarbeitg. Stück 6.95, 5.95, **4.95**

Paul Löbe spricht heute abend 8 Uhr im Schießwerder!

Breslauer Nachrichten.

Ran an die Futterkrippe!

Unsere Genossen haben die letzte Stadtverordnetenversammlung in geheimer Sitzung auffliegen lassen. Zur Verhandlung stand eine Vorlage, dem Stadtbaurat Dr. Trauer die Erlaubnis zur Annahme eines Lehrauftrages bei der Technischen Hochschule zu geben. An sich braucht man nichts dagegen zu haben, es kann sogar erwünscht sein, wenn Männer der Praxis an Hochschulen unterrichten. Im vorliegenden Falle, und in jedem solchen Falle ist aber zu prüfen, wie sich eine solche bezahlte Nebenbeschäftigung eines hoch eingestuften Magistratsmitgliedes mit den städtischen Interessen vereinbart. Im Eingemeindungsgebiet sind zurzeit von unserer Tiefbauverwaltung sehr umfangreiche Aufgaben zu lösen, die die Arbeitskraft dieses Dezernenten voll in Anspruch nehmen. Für die Erfüllung des Lehrauftrages genügen die Vorlesungen allein noch nicht, es sind dazu vielmehr weit zeitraubendere Vorbereitungen nötig. Ist Herr Dr. Trauer hierzu neben seinem Amte imstande, oder wird dafür, daß er sich zu seinem nicht zu niedrig bemessenen Gehalt eine beträchtliche Nebeneinnahme verschafft, etwa die Anstellung eines weiteren Beamten bei der Stadt erforderlich, der ihm einen Teil seiner Arbeit abnimmt. Das sind Fragen, die geprüft werden müssen, und die sicher sehr genau geprüft würden, wenn Dr. Trauer etwa Sozialdemokrat wäre.

Aber Dr. Trauer ist deutschnational, und so sollte die Sache in der letzten Sitzung noch rasch gedeichselt werden, ehe die Bürgerblockherrlichkeit zu Ende geht. Unsere Genossen haben dadurch einen Strich gemacht. Aber Herr Dr. Trauer soll anscheinend auf alle Fälle an die Futterkrippe herangebracht werden, deshalb hat **der deutschnationale Stadtverordnetenvorsteher Dr. Friedrich, noch zwei Tage vor der Wahl, für Freitag nachmittag eine neue geheime Stadtverordnetensitzung einberufen, in der die Sache auf alle Fälle durchgebogen werden soll.** Als einzig deswegen werden die Stadtverordneten auf das Rathaus einzig deswegen werden die Stadtverordneten aus das Rathaus bestellt. Das macht die Frage einer Futterkrippenwirtschaft geradezu zur Gewißheit. Damit vergleiche man die Gemeinheit, mit der der Bürgerblock gegenüber dem Stadtbaurat Berg verfahren ist, nur weil er Sozialdemokrat war.

Sollte der Bürgerblock in der geheimen Sitzung diesmal obsiegen, wird unsere Partei versuchen, den Beschluß nach der Wahl rückgängig zu machen, wozu sie hoffentlich die nötige Stärke haben wird. Denn die Interessen der Stadt kommen vor den Privatinteressen deutschnationaler Parteizugehöriger. —f.

Wer wählt mit Wahlschein?

Wer sich am 20. Mai aus triftigen Gründen außerhalb seines Wahlbezirkes befindet; wer seit dem 6. Mai seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt hat; wer infolge körperlichen Leidens oder Gebrechens ein günstiger gelegenes Wahllokal aufsuchen will, der erhält auf Antrag einen Wahlschein, mit dem er ohne weiteres in jedem beliebigen Wahlkreis, Wahlbezirk und Wahllokal wählen kann.

Im ersten der angeführten Fälle genügt allerdings nicht die bloße Behauptung, daß man abwesend sein werde. Vielmehr ist der Grund der Abwesenheit anzugeben. Als triftige Gründe sind anzusehen: Berufsausübung, Erledigung privater oder öffentlicher Angelegenheit, Dienstreisen von Beamten, Geschäftsreisenden, auch dringende Reisen zu Erholungszwecken, nicht aber Ausflüge und reine Vergnügungsreisen. Allzu große Engherzigkeit bei der Prüfung der angegebenen Gründe wäre jedoch angesichts des Zweckes des Wahlscheines, der die Ausübung des Wahlrechts erleichtern und die Wahlbeteiligung heben will, nicht recht am Platze, und man darf daher erwarten, daß behördlicherseits dementsprechend verfahren wird.

Wer wählt mit Wahlschein?

Erholungsbedürftige und Kurgäste, die sich in Bade- und Kurorten außerhalb Deutschlands befinden, begeben sich mit dem rechtzeitig vor der Abreise aus ihrem Wohnsitz gelösten Wahlschein nach dem nächstgelegenen deutschen Ort, um dort zu wählen. Wer die Lösung des Scheins unterlassen oder versäumt hat, kann den Schein durch seine Angehörigen oder auch brieflich, unter Hinzufügung eines Personalausweises, beantragen.

Wahlscheine können noch am Tage vor der Wahl ausgestellt werden. In größeren Gemeinden kann die Annahme von Anträgen auf Ausstellung von Wahlscheinen jedoch bereits am zweitletzten Tage vor der Wahl geschlossen werden. Rechtzeitige Erkundigung ist anzuempfehlen.

Voraussetzung für die Ausfertigung eines Wahlscheines ist, daß der Antragsteller in die Wählerliste eingetragen ist. Wer nicht eingetragen ist, hat nachzuweisen, daß er an der Einsicht in die Wählerliste während der Zeit ihrer öffentlichen Auslegung aus triftigen Gründen verhindert war.

Wo erhält man einen Wahlschein? In kleinen Ortschaften beim Gemeindevorsteher, in den Städten in den Wahlbüros des Magistrats.

Nimm einen Ausweis mit! Wer einen Wahlschein haben will, vergesse nicht, zu seiner Legitimierung einen geeigneten Ausweis mitzunehmen, wie Paß, Geburtsschein, Angestelltenversicherungs- oder Invalidenkarte.

Deutschnationale Kommunalpolitik.

Am Freitag abend hatten die Deutschnationalen eine kommunalpolitische Versammlung, in der nach der „Schlesischen Zeitung" von den bewährten führenden Stadtverordneten der Partei berichtet wurde über die Kommunalpolitik, wie sie in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung von ihnen betrieben worden ist und in Zukunft betrieben werden soll.

Als erste Größe sprach Herr Thum. Er schien sein Material aus der Etatrede des Genossen Dark bezogen zu haben, und unter Weglassung des Wichtigsten führte er aus: Die Ausgaben betrugen im Jahre 1913 45 868 000 Mark, im Jahre 1928 aber 109 022 000 Mark, das ist eine Steigerung um 140 Prozent; die Zuschüsse für das Wohlfahrtsamt früher 4 515 000 Mark, jetzt 17 433 000 Mark, also 328 Prozent Steigerung. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer zeigen eine Steigerung um [illegible] Prozent, die Grundsteuer um 334 Prozent, aber die Gewerbesteuer ist von 2 068 000 Mark auf 10 830 000 Mark gestiegen, das ist

Wen wählen wir?

Die Kommunisten rufen nach Amnestie. Ob dann unser noch unentdeckter Fememord auch mit darunter fällt?
Aber natürlich! Also los vom Hakenkreuz, und hin zum Sowjetstern.

die enorme Steigerung um 438 Prozent. Die Ueberschüsse der Betriebswerke sind um 100 Prozent gesteigert worden.

Diese Gruppierung von Zahlen unter Weglassung des Wichtigsten ist absoluter Betrug. Es stimmt zwar, daß die Ausgaben von 45,8 Millionen im Jahre 1913 auf 109 Millionen im Jahre 1928 gestiegen sind, doch fehlt darin, daß sie 1924 54,3 Millionen betrugen. Sie stiegen also von 45,8 Millionen im Jahre 1913 auf 54,3 Millionen im Jahre 1924 und **verdoppelten sich in den vier Jahren des Bürgerblocks auf 109 Millionen.** Ebenso haben sich in diesen vier Jahren die Wohlfahrtskosten verdoppelt. Von der Gewerbesteuer sagt Herr Thum, sie sei von 2 auf 10,8 Millionen gestiegen. Auch das ist richtig, und doch zugleich ein großer Schwindel gegenüber den Wählern, denn es fehlt auch hier die Ziffer von 1924, nämlich 3,5 Millionen. Die Steuer stieg also von 2 Millionen im Jahre 1913 auf 3,5 Millionen im Jahre 1924 und **verdreifachte sich in den vier Bürgerblockjahren auf 10,8 Millionen.**

Warum verschweigt man denn so schamhaft den Erfolg der eigenen Wirtschaft? Ist es etwa keine Retterpolitik gewesen, wenn sich die städtischen Ausgaben in vier Jahren verdoppelten? Und hat man den Gewerbetreibenden nicht „raus aus dem Dreck" geholfen, indem man ihnen die dreifache Gewerbesteuer abknöpfte? Dabei hat Herr Thum noch garnicht davon geredet, daß **die sozialdemokratische Mehrheit einen Ueberschuß von 7 Millionen hinterließ, der sich unter der Herrschaft des Bürgerblocks in ein Defizit von 13 bis 15 Millionen verwandelt hat.** Und obendrein wagte Herr Thum seinen Leuten nach dem Bericht der „Schlesischen Zeitung" zu sagen: „Als vor vier Jahren die bürgerliche Mehrheit ans Ruder kam, war alles verkommen und auf dem Tiefstand angelangt. In den vier Jahren der bürgrlichen Mehrheit ist allerhand geschaffen worden, was sich sehen läßt."

Die Bevölkerung fühlt, und das Versteckspielen mit Zahlen beweist, wie man sich sehen lassen kann. Die deutschnationale Politik ist noch genau so auf Betrug am Wähler eingestellt, wie vor vier Jahren, aber die Zahl der Gläubigen hat abgenommen.

Gastwirtsgehilfen, Musiker, Schauspieler, Artisten, Kinoangestellte, Bühnenarbeiter.

Heute nacht 1½ Uhr spricht

Reichstagspräsident Paul Löbe

im Bürgergarten, Eingang Weidenstraße, in einer Nachtversammlung der bezeichneten Berufsgruppen.

Erscheint in Massen!

Die Wahlen und die Reichswehr.

Immer wenn Wahlen sind, zieht die Reichswehr mit Kling-Klang-Gloria mitten durch die Stadt. So auch diesmal wieder, schon seit Wochen. Für diese täglichen Umzüge besteht am Ring keine Bannmeile und durch die verkehrsreichsten Straßen geht täglich der feldgraue Demonstrationszug der Stahlhelme, hoch zu Roß, unter den Klängen der Märsche aus der Kaiserzeit. An den Verkehrsecken reihen sich die Straßenbahnzüge auf, bis zu sieben werden gelegentlich aus einer Richtung gezählt, ehe der Zug der Reichswehr vorüber ist.

Die Reichswehr geht ihrem Berufe nach und man sollte deshalb meinen, daß sie dort ziehen könnte, wo sie den Verkehr und das Geschäftsleben am wenigsten stört. Die überlastetsten Straßen der Innenstadt sind für ihre täglichen Durchzüge sicher am ungeeignetsten, mit geringem Umwege könnte sie ihre Verkehrsstörungen vermeiden. Aber wir sind vor Wahlen, und so erfüllt die unparteiliche Reichswehr eben ihre Parteipflicht, täglich für die Rechtspartei zu demonstrieren. Der Bürger murrt zwar über diese Beeinträchtigung, doch glaubt er vielfach noch immer, daß der Deutsche beim Militär zu dienen hat, und nicht, daß er als Staatsbürger über das Militär mit bestimmt.

Wirth als Stimmenfänger des Zentrums.

Seine republikanische Sonntagsrede im Zirkus Busch.

Als sich ausgerechnet das reaktionäre Breslauer Zentrum für seine Hauptwahlversammlung Dr. Wirth ausgesucht hatte, einen Mann, dessen Politik gerade das schlesische Zentrum immer stets bekämpft hatte, mußte man so recht an die Gestalt und die Rolle des Rattenfängers von Hameln denken. Jenes flotten Gesellen, den man nur deshalb so gerne hat, weil er es versteht, die in allen Ritzen und Schlupfwinkeln verkrochenen Ratten durch seine so schönen Schalmeientöne zu sammeln und — doch das Ende sei der Phantasie des einzelnen überlassen.

Also Dr. Wirth, diese umkämpfte Zentrumspersönlichkeit, der äußerst aktive Politiker und temperamentvolle Redner, sprach hier im zwar nicht voll- doch immerhin gutbesetzten Zirkus Busch in einer Versammlung, die sehr stark auch von Angehörigen anderer politischer Parteien besucht war. Wer nun aber glaubte, durch diesen Redner eine scharfe Verurteilung des reaktionären schwarz-weiß-roten Zentrumsflügels hier in Schlesien zu erfahren, wurde enttäuscht. Wirths Rede hörte man schon einmal, als er vor reichlicher Jahresfrist bei der Gründung der Republikanischen Union in Frankfurt a. M. sprach. Es war also keine spezifische Wahlrede, die er übrigens nicht halten wollte. Wirth machte es „mit großer Perspektive — weiteren Gesichtspunkten". Man kann darüber recht geteilter Meinung sein. Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß auch die Tagesnöte des Wählers im Wahlkampf Beachtung zu finden haben. Jedenfalls verstand es Wirth durch die „große Linie" recht gut, die für das Zentrum in diesem Wahlkampf so peinlichen sozialen Fragen zu verdrängen.

Stark und erfreulich war sein entschiedenes Bekenntnis zur und zum sozialen Ausbau der Republik; ehrlich das Gedenken der verstorbenen und ermordeten republikanischen Führer: Rathenau, Erzberger und Ebert, den er als den „verdientesten Mann der deutschen bürgerlichen Gesellschaft" bezeichnete. Wuchtig holte er gegen rechts aus, gegen die Partei, deren vier Minister das Gegenteil befolgen, was deutschnationale Wahlaufrufe propagieren, die in der jüngst abgegangenen Kellogg-Note „unverrückbar" sich zum Völkerbund und zu Locarno bekennen, im Wahlaufruf aber schreiben, daß die „Illusionen von Genf und Locarno" verflogen sind". Treiben die Deutschnationalen die brutalste Machtpolitik, so haben sich die Liberalen, zu denen er die Deutsche Volkspartei rechnet, immer bis zu 180 Grad zu drehen gewußt. Ihr Stresemann hat es sehr gut verstanden, Erfolge für seine Person nach uns zu erzielen. Wir müssen heraus aus der Zickzack-Politik und die Politik der großen Linie finden. Das aber bedarf großer Geduld in Deutschland und — Seitenhieb auf unser hiesiges Zentrum — auch hier in Breslau, bis sich die soziale Vernunft durchgesetzt hat.

Aber Wirth sprach nicht nur als republikanischer Politiker, sondern auch als treuer Diener des Vatikans. Die Kirche darf keine leere Organisationsform sein, sondern „im Katholizismus wollen wir in aufgeschlossener Form dem Leben dienen". Staatsohnmacht und Wirtschaftsallmacht dürfen vor allem deshalb nicht aufkommen, weil sie das Ende des christlichen Gemeinlebens sind. Das Schulgesetz wurde von ihm bezeichnenderweise nicht erwähnt. Wenn er gegenüber solch großen Zielen nichts vom „Kleinkram" (wir verstehen warum) reden wollte, so danken wir ihm aber seine Frage, ob „es allen Menschen überhaupt in ihrer sozialen Not möglich ist, ein sittliches Dasein zu führen". Mit einer solchen Fragestellung, Herr Wirth, haben sie sich auf den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung gestellt. Aber leider hörten wir keine nähere Beantwortung. Wir wissen aber, daß das Zentrum diese Frage nicht allzu ernst nahm, wenn es für Zollgesetze und Massensteuern und gegen größere Gefrierfleischeinfuhr und gegen Kinderspeisungen stimmte, wenn es unter Brauns das Arbeitszeitnotgesetz schuf. Sein Schluß war eindeutig: Ueber Parteien hinweg müssen wir Wegweiser zum Staate sein. — Auf dem Wege zur Wahrheit, zum Guten, zum Schönen müssen wir über politische und soziale Notstände das Heilige stellen.

Die Zweifler und Lauen im schlesischen Zentrum sind aufgerüttelt. Das Zentrum war der Steigbügelhalter der deutschnationalen Minister. Wirth ist die Leiter, auf der zu verlierende drohende Wähler wieder in den Zentrumsturm gebracht werden. Josef Wirth, der nach der Zustimmung des Zentrums zu den Zollgesetzen im August 1925 aus der Fraktion austrat, ein Jahr später wieder hineinging, der auf der Wahlliste in Baden seinem reaktionären Parteifreund Köhler, in Berlin dem politisch unqualifizierten Versicherungskaufmann Schönborn Platz machen mußte, dann gnadenhalber — erst als die Demokraten mit ihm Geschäfte machen wollten, auf der Reichsliste des Zentrums Aufnahme fand, darf vor der Wahl der große Stimmenfänger des Zentrums sein. Hat Wirth seine Schuldigkeit getan, dann darf er wieder gehen. Das Zentrum ist klug. Es machte seine politischen Rechnungen nicht ohne, sondern mit Wirth. Die Arbeiter und Angestellten werden über die Rolle, die heute das Zentrum spielt, und die sich im Falle Wirth recht deutlich Ausdruck verschafft, noch reichlichst nachzudenken haben.

Wo wähle ich?

Jeder Wähler und jede Wählerin informiert sich in diesen Tagen an den Anschlagsäulen, in welchem Wahlbezirk er wählt und wo sich das Wahllokal befindet. Die Wahlbezirke haben durch die Eingemeindung und Neubautätigkeit große Veränderungen erfahren. Wer Sonntag nicht von einem Lokale zum anderen laufen und den Wahlakt unnütz aufhalten will, vergewissert sich vorher genau, wo er zu wählen hat. Der Himmelfahrtstag bietet allen eine besonders bequeme Gelegenheit, sich die Wahlplakate des Magistrats anzusehen.

„Hoppla, wir wählen!"

Riesenerfolg der jungsozialistischen Wahlrevue.

Zu einer machtvollen Wählerkundgebung gestaltete sich die gestrige Aufführung der Wahlrevue „Hoppla, wir wählen!" im Zentralballsaal. Lange vor Beginn mußte der Saal polizeilich gesperrt werden und Hunderte mußten wieder umkehren. Etwa 1500 Menschen saßen dichtgedrängt oder standen in den seitlichen Gängen und der Galerie, als Genosse Dr. Marck mit einer kurzen wuchtigen Ansprache die Aufführung einleitete, die in ihrer bunten Bilderfolge den Bürgerblock und seine Taten Revue passieren ließ. Langanhaltender Beifall am Schluß jedes Bildes dankte den Mitwirkenden, die den Bürgerblock in aller Nüchternheit darstellten, wie er hinter den Kulissen aussieht. Ein Schlußwort des Genossen Marck, mit der Aufforderung, am Sonntag abzurechnen, durch Abgabe der Stimmen für die Sozialdemokratie und der Gesang der Internationale beschlossen die von zuversichtlichem Kampfgeist beseelte Wählerkundgebung.

Um auch den Hunderten, die wegen der Ueberfüllung keinen Einlaß finden konnten und wieder umkehren mußten, noch Gelegenheit zu geben, den Bürgerblock in der Revue zu sehen, findet Donnerstag, Himelfahrtstag, vormittags, pünktlich 11 Uhr, eine nochmalige Aufführung im Zentral-Ballsaal statt.

Spionage zugunsten Polens.

Am Montag wurde vor dem 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau, unter Vorsitz des Senatspräsidenten Schlosky gegen den erst 23 Jahre alten Kaufmann Alois Kujawa wegen Landesverrats verhandelt. Zu der Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, war als Sachverständiger Hauptmann Renner-Breslau, ein Dolmetscher und 17 Zeugen erschienen. Der Vater des Angeklagten ist Oberpostschaffner, der im Jahre 1920 von Glogau nach Lissa in Posen versetzt wurde. Dort ist er jetzt polnischer Beamter. Der Angeklagte ist im vorigen Jahre zu verschiedenen Malen von Lissa nach Glogau gefahren und hat sich dort immer mehrere Wochen aufgehalten. In Glogau soll er dann mit einer polnischen Spionin in Verbindung getreten sein; für eine von ihm gelieferte Nachricht hatte er 80 Mark erhalten. Der Strafsenat verurteilte ihn zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, 10 Monate wurden ihm auf die Untersuchungshaft angerechnet, und das erhaltene Geld dem Staat als verfallen erklärt. Die Begründung des Urteils fand ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Arbeitsgericht.

Die sogliche Kündigungsfrist.

Der bei der Firma G. & Co. beschäftigten Kontoristin wurde am 15. Januar für den 1. Februar gekündigt. Angeblich sollte der Chef ihr schon bei ihrem Antritt im Juni 1927 (!) erklärt haben, daß das Dienstverhältnis nur bis zum 31. Januar bestehe. Das bestritt aber die Angestellte und machte vor dem Arbeitsgericht die gesetzliche Kündigungsfrist von sechs Wochen geltend, forderte das Februargehalt und, da sie außerdem nicht tariflich entlohnt worden war, den Differenzbetrag vom erhaltenen zum Tarifgehalt, insgesamt eine Forderung von 317 Mark. Die beklagte Firma blieb auch hier bei ihrer Behauptung, die Kündigungsfrist von vornherein festgesetzt zu haben. Da aber ein Beweis von beiden Seiten nicht angetreten werden konnte, so einigte man sich im Vergleichswege auf 200 Mark.

Gehalt oder Provision?

Anfang dieses Jahres eröffnete der Kaufmann B. eine Lack- und Farbenhandlung und stellte einen seiner Bekannten mit einem Gehalt von 200 Mark als Reisenden ein. Das Geschäft aber ging schon nach einem Monat pleite. Der gute Bekannte und Reisende erhielt aber nur 100 Mark ausgezahlt. Da bei Geldfragen die Gemütlichkeit, hier auch die Bekanntschaft aufhörte, so klagte der Reisende um Zahlung des ihm noch zustehenden Gehalts. Vor dem Arbeitsgericht aber stellte es sich heraus, daß lediglich 100 Mark festes Gehalt vereinbart waren und die übrigen 100 Mark auf die Provision anzurechnen gewesen waren. So mußte sich, da im ersten Monat noch keine wesentlichen Provisionsgeschäfte gemacht wurden, der Kläger vergleichsweise mit 25 Mark zufriedengeben.

Tarifgehalt gefordert; fristlos entlassen.

Die Stenotypistin N. war schon seit einigen Monaten bei der Firma L. beschäftigt, als sie erfuhr, daß sie nicht tarifgemäß entlohnt wurde. Durch ihren Verband ließ sie die Firma wissen, daß sie volles Tarifgehalt beanspruche. Anstatt des ihr zukommenden Gehaltes aber gab es Vorhaltungen, schließlich wurde ihr der Stenogrammblock fortgenommen und sie ohne Kündigung entlassen. Da sie in der fristlosen Entlassung ein ungerechtfertigtes Vorgehen ihres Chefs sah, reichte sie vor dem Arbeitsgericht Klage ein auf Zahlung des Gehaltes bis Ablauf der Kündigungsfrist. Da hier ihr Chef kaum eine wirksame Begründung für sein Verhalten vorbringen konnte, so einigte er sich hier mit der Angestellten im Sinne des Klageantrages: Weiterbeschäftigung bis 30. Juni bei Zahlung des tarifmäßigen Gehaltes.

Freiwillig geleistete Ueberstunden?

Werden Ueberstunden eingeklagt, so wird deren Leistung zumeist entweder glatt bestritten oder aber die Ueberstunden sind gegen den ausgesprochenen Willen des Arbeitgebers gemacht worden. So ging es auch einem bei der Firma J. beschäftigten Angestellten, der oft zehn und mehr Stunden am Tage arbeiten mußte und sich nach seiner Entlassung die geleisteten Ueberstunden im Betrage von 115 Mark vor dem Arbeitsgericht einklagte. Auch ihm sagte hier sein Chef, daß er doch freiwillig (?) alle Ueberstunden geleistet habe. Das kam aber dem Gericht recht unglaubwürdig vor, zumal der Kläger die Behauptung auf das entschiedenste bestritt. Durch Teilurteil — Bezahlung für die erwiesenermaßen geleistete neunte Arbeitsstunde — wurden dem Angestellten zunächst 50 Mark gesichert. Für den noch bestehenden Rest ist eine weitergehende Beweisaufnahme notwendig.

Gegen die Rundfunkhetze der „Schlesischen Zeitung".

In eigener Sache.

Der deutschnationale Reichsinnenminister Herr v. Keudell hat auf Anordnung des Herrn preußischen Ministerpräsidenten Braun endlich Richtlinien für die deutschen Sender herausgegeben, wonach endlich den nichtkonfessionellen Verbindungen das Mikrophon zur Kundgabe ihrer Ansichten freigegeben wurde. Auf Grund dieser Richtlinien hat der Unterzeichnete am 6. Mai den ersten Vortrag gehalten als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände Schlesiens. Vorher hatte noch eine Sitzung stattgefunden, in der die Direktion der Schlesischen Funkstunde A.-G. loyalerweise den Versuch gemacht hat, eine Einigung zwischen Vertretern der Konfessionen und den Freidenkern herbeizuführen. Die Herren Vertreter der evangelischen wie katholischen Konfessionen protestierten wohl gegen die Zulassung, haben aber der neuen Rechtslage Rechnung getragen, indem sie sich mit dieser unabänderlichen Tatsache abzufinden schienen. Daß ausgerechnet die „Schlesische Zeitung" als einzige Breslauer Zeitung gegen ihre eigenen Parteiminister Sturm läuft, ist mehr denn interessant, hat uns aber hier nicht weiter zu beschäftigen. Ihre Angriffe sind von dem Herrn Regierungsvertreter im Ueberwachungsausschuß zurückgewiesen worden. Die „Schlesische Zeitung" glaubt aber noch ein Uebriges tun zu müssen und behauptet, daß in dem Vortrage die staatliche Einrichtung der Bekenntnisschule in unerhörter Form herabgesetzt worden sei. Hierzu will der Unterzeichnete nur erklären, daß der Berichterstatter der „Schlesischen Zeitung" einen Ohrenarzt konsultieren muß oder sich bei dem Unterzeichneten ein Stück GEG.-Seife abholen kann, damit er einen Vortrag richtig hört. Anderenfalls müßte ich annehmen, daß seine geistigen Kräfte ungenügend sind, um zu einem freigeistigen Vortrag Stellung nehmen zu können.

Wenn es nicht Wahlzeit wäre, würde der Unterzeichnete der Redaktion eine Abschrift des gehaltenen Vortrages überreichen. Aber in der Not muß die „Schlesische Zeitung" doch etwas haben, um Volksmassen auspeitschen zu können.

Karl Pietsch,
freigeistiger Verbände Schlesiens.
Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Breslau.

Von einem Arzt.

Es wird in der letzten Zeit in der Rechtspresse sehr über die Allgemeine Ortskrankenkasse von Breslau hergezogen. Die Gründe sind sehr durchsichtig; würde diese Kasse deutschnational geleitet sein, so würde sie wahrscheinlich das Vollkommenste des Vollkommenen sein und — nicht die Hälfte von dem leisten, was sie tatsächlich leistet.

Es ist unerfindlich, warum sich die rechtsstehenden Blätter nicht über die Mißwirtschaft mancher Kassen aufregen, die in absolut deutschnationalen Händen liegen? Oder sollte es unbekannt sein, daß es dort Kassen gibt, die die Aerzte erst nach Wochen, Monaten und unendlichem Mahnen bezahlen, wobei immer dieselben Gründe für die Verzögerung angegeben werden, entweder vollkommene Leere der Kasse oder Mangel an Zeit, die Rechnungen zu prüfen (d. h. stille Pleite)? Sollte es unbekannt sein, daß es hier Kassen gibt die jeden Kranken der z. B. ein Glühlichtbad oder auch ein Bad braucht erst zum Vertrauensarzt schicken oder den fünf notwendigen Bädern nur drei genehmigen, in dem dauernden Argwohn, von Arzt und Patient ausgenützt zu werden? Daß es hier Kassen gibt, die die Aerzte schrecklich mit der Rezeptur drangsalieren, die doch nicht dem Arzt, sondern lediglich dem Patienten zugute kommt? Kassen, mit denen man bei Schwerkranken oder bei Fällen, die außergewöhnliche Maßnahmen erfordern, direkt kämpfen muß, um das herauszubekommen, was für den Patienten erforderlich ist? Und die dabei den Arzt immer noch im stillen beargwöhnen, daß er sie übervorteile? Kurz, Kassen, bei denen das Wort „Billig um jeden Preis" absolut groß geschrieben wird. Mit denen eine Zusammenarbeit absolut unerquicklich ist, die bei durchaus nicht niedrigen Beiträgen ein miserables Krankengeld bezahlen? Bei denen der einzige Zweck einer Krankenkasse, nämlich, ihren erkrankten Mitgliedern wirksam zu helfen, oft sehr lange gesucht werden muß! Und das alles, o Wunder, trotzdem sie nicht unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, mit dem man ohne weiteres alles Schädliche und Unvollkommene verbinden zu müssen glaubt.

Ich will mir nicht ein Urteil darüber erlauben, wie die Ortskrankenkasse oder andere Kassen ihre Gelder verwenden. Das sind innere Angelegenheiten der Kasse, die den Arzt nichts angehen, so lange die Kasse ihre Pflicht tut. Aber die Berechtigung erfordert es, in der Oeffentlichkeit festzustellen, daß die Ortskrankenkasse Breslau-Stadt diese Pflicht nach Kräften tut. Daß sie hohe Krankengelder zahlt, ist an und für sich nur erfreulich; denn der Arbeiter, der ernstlich krank wird und seine Familie unterhalten muß, braucht ein hohes Krankengeld, denn seine wirtschaftliche Lage ist auch in Zeiten der Gesundheit eine bedrängte. Daß die Ortskrankenkasse viel für Aerzte und Arzneien ausgeben kann, ist gleichfalls sehr erfreulich und ein hohes Lob für sie, denn sie erfüllt damit lediglich den Zweck, ihren Kranken zu helfen. Daß in einer kräftigen materiellen und ärztlichen Krankenunterstützung ein Anreiz zum Krankmelden und zur Drückebergerei liegt, ist absolut abwegig und unsozial gedacht, denn die Kasse hat andere Mittel, sich gegen diese Ausnützung zu schützen, vor allen Dingen die Zuverlässigkeit der Aerzte, mit denen sie zusammenarbeitet, und schließlich Vertrauensärzte und Krankenkontrolleure. Man braucht sich hier nicht, wie bei manchen rechtseingestellten Kassen, wegen ein paar Glühlichtbädern und ein paar teureren Rezepten herumzuzanken, die ein schwer oder schwierig Erkrankter notwendig braucht. Der Patient braucht nicht erst zum Vertrauensarzt zu gehen, wenn der behandelnde Arzt eine Röntgendurchleuchtung für notwendig hält, damit der Vertrauensarzt diese Notwendigkeit noch einmal bestätigt. Das Geld, das solcher und ähnlicher Bürokratismus kostet, verwendet diese Kasse für nützlichere Zwecke. Man soll auch nicht schimpfen, daß sie viele Angestellte und große Räumlichkeiten hat. Dafür ist die Abfertigung der Kranken eine verhältnismäßig schnelle und reibungslose. Es braucht niemand stundenlang zu warten, ehe er sein Krankengeld erhält. Alles, was den Kranken betrifft, wird mit verhältnismäßig großer Schnelligkeit erledigt. Man braucht nicht 14 Tage zu warten, ehe ein Brief oder eine Anfrage beantwortet wird, oder noch länger, ehe eine Arztrechnung oder Apothekerrechnung geprüft oder gar bezahlt wird. Ich habe überhaupt noch nie Klagen über unpünktliche Bezahlung der Ortskrankenkasse gehört. Kurz, die Durchorganisation der Kasse ist eine durchaus vorzügliche! Daß man dazu Räume und Menschen und Geld braucht, ist selbstverständlich. Und diese Geldaufwendungen kommen ja, wie oben gezeigt, zum großen Teile wieder den Versicherten zugute. Dabei bedenke man die große Zahl der Mitglieder und vergleiche damit die Verhältnisse anderer Kassen, auch solcher, die nicht sozialdemokratisch geleitet sind. Man wird finden, daß hierbei nichts besser, aber vieles oft schlechter ist. Es sei noch betont, daß der Ton der Kasse gegenüber Aerzten und Patienten ein überaus höflicher ist, was man bei mancher anders eingestellten Kasse leider nicht behaupten kann. Man hört hier sehr viel mehr Klagen in dieser Beziehung. Es soll schließlich nicht unerwähnt bleiben, daß die Vertrauensärzte der Breslauer Ortskrankenkasse zu den humansten und gründlichsten gehören, die es in Breslau gibt; daß die Kasse in Fällen wirklicher Not durch schwere Erkrankung großzügig eingestellt ist, auch, was freiwillige Mehrleistungen anbetrifft. Sie hilft, wo sie helfen kann! Man hört es anderswo nicht oft vom einem Kassenbeamten: „Der Patienni soll alles das haben, was er notwendig zu seiner Gesundung braucht!" Das klingt selbstverständlich, ist es aber in heutigen Zeiten durchaus nicht. Nur noch einige wenige Betriebskrankenkassen mit einem verhältnismäßig guten Erkrankungsrisiko sind so selbstverständlich großzügig und auf ihre Mitglieder bedacht.

Natürlich werden auch bei der Ortskrankenkasse Fehler vorkommen. Die kommen aber überall da vor, wo es Menschen gibt. Man soll deshalb noch keine verallgemeinerten Vorwürfe daraus machen, so lange das Gute die Fehler übersteigt.

Es soll zusammengefaßt werden. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Breslau ist menschenfreundlich, in diesem Falle krankenfreundlich und menschenliebend eingestellt. Man kann dafür auch sagen: human und sozial. Mehr kann man von einer Krankenkasse nicht verlangen. Es ist unerfindlich, weshalb man ihrer Leitung deshalb Vorwürfe macht. Es kann damit nur eine Verhetzung und Irreführung ihrer Mitglieder bezweckt werden, die man von rechtsgerichteter Seite scheinbar für sehr dumm hält. Man sollte im Gegenteil der Leitung der Kasse dankbar sein und wünschen, daß sie und ihre Grundsätze immer dieselben bleiben — nur zum Besten des arbeitenden Volkes!!

Arbeiter, Angestellte, Beamte im Odertor!

Sammelt euch zur Demonstration am Odertorbahnhof morgen abend 19,30 Uhr. Musikkapelle ist anwesend.

Betriebs-Vertrauensleute.

Sorgt für baldige Verbreitung des „Betriebs-Echo Nr. 2".

Wanderfahrt nach den Militscher Seen.

Am Himmelfahrtstage veranstaltet der Schlesische Verkehrsverband eine Wanderfahrt nach den Militscher Seen. Abfahrt Breslau Hauptbahnhof 4,56 Uhr mit Sonntagskarte nach Militsch. Aussteigen in Kraschnitz um 7 Uhr. Wanderung von Kraschnitz durch das Seengebiet nach dem Schwarzwaldteich und Grabofnitzteich (Proviant mitnehmen, Picknick im Freien). Weiterwanderung nach Militsch, im ganzen etwa vier Stunden. Gemeinsames Mittagessen in Militsch. Nachmittags Besuch des Parkes und der schönen Bartschniederung. Rückfahrt mit den Abendzügen. Zu der Wanderung ist jedermann eingeladen. Bei Regenwetter wird die Wanderung verschoben.

Ein übereifriger Handwerksmeister!

Es ist die Zeit des „Klebens"; jeden Abend kann man beim Gang durch die Straßen Leute sehen, die Leiter und Kleistertopf bei sich führen und an passenden oder unpassenden Stellen ein Plakat befestigen, das zur Wahl einer bestimmten Partei auffordert. Daß es Menschen gibt, denen das eine oder andere Plakat nicht gefällt, ist zu verstehen; daß aber der Bäckermeister Schurmentke, Lehmgrubestraße 71, mit seinen Söhnen und Gesellen die Wahlaufrufe unserer Partei vernichtet und die Polizei aufmerksam macht, das dürfte nicht leicht begreiflich sein. Schurmentke wohnt in einem Arbeiterviertel und, wenn er auf alle seine Kunden verzichtet, die sozialistisch wählen, dann brauchte er jedenfalls nicht mehr so viel Mehl einzukaufen. Ob hier blinder Eifer nicht schadet?

Billige Dresdenfahrt.

Vom 17. bis 20. Mai d. J. veranstaltet der Dresdener Verkehrsverein eine billige Gesellschaftsfahrt nach Dresden zum Gesamtpreise von 65 Mark. In diesem Betrage sind eingeschlossen: Fahrt dritter Klasse Schnellzug, Unterkunft, Verpflegung, Besichtigung der Ausstellung und Sehenswürdigkeiten, Autorundfahrt, Tagesausflug nach der Sächsischen Schweiz und alle sonstigen im Programm vorgesehenen Veranstaltungen. Umgehende Anmeldung beim Verkehrsverein Breslau, im Hauptbahnhof — Verkehrshaus — (Fernsprecher 52 421).

Nacheichung.

Die Nacheichung der Meß- und Wiegegeräte der Gewerbetreibenden in den nachbezeichneten, jetzt zu den Polizeirevieren 6, 12 und 14 gehörenden Straßen erfolgt in nachstehender Reihenfolge:

Vom 23. bis 30. Mai: Hohenzollernstraße Nr. 21 bis 67 und 18 bis 48, Charlottenstraße Nr. 1 bis 17 und 2 bis 24, Höfchenstraße Nr. 68 bis 106 und 74 bis 112, Schweinstraße Nr. 17 bis 47 und 24 bis 54, Moritzstraße ohne Nummer 31;

vom 31. Mai bis 6. Juni: Brandenburger Straße Nr. 28 bis 39, 36 bis 38 und 44 bis 60 nebst Yorckstraße Nr. 2, Gabitzstraße Nr. 27 bis 85 und 34 bis 54, Opitzstraße Nr. 1 bis 33, 2 bis 28 und 24 bis 38 nebst Yorckstraße Nr. 38, Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 43 bis 57 und 46, 64 bis 68 und 92 bis 94;

vom 7. bis 12. Juni: Augustastraße Nr. 19 bis 25 und 22 bis 102 nebst Yorckstraße Nr. 22 bis 24, Viktoriastraße Nr. 21 bis 93 und 24 bis 104 nebst Yorckstraße Nr. 10 und 12, Kronprinzenstraße Nr. 31 bis 71 und 34 bis 72.

* **Sonntagsrückfahrkarten.** Bei der Fahrkartenaus Breslau Hbf. werden demnächst Sonntagsrückfahrkarten 3. 4. Klasse nach Krehlau über Steinau und nach Parchwitz Maltsch—Liegnitz ausgegeben.

* **Der zweite Renntag in Grüneiche.** Am kommenden S tag, den 20. Mai, abends 6 Uhr, wird der Verein für Radre sein zweites diesjähriges Programm abrollen lassen. Die St wettbewerbe sind ganz ausgezeichnet besetzt, aber auch die Fli rennen entbehren eines gewissen Reizes nicht, trotzdem sie nur Breslauer Fahrern bestritten werden.

* **Das Schlesische Museum der bildenden Künste** bleibt Himmelfahrtstage geschlossen.

* **Aus dem Kunstgewerbemuseum.** Vom 18. Mai ab sin Lichthofe des Kunstgewerbemuseums die Blätter einer neuen von Radierungen von Erich Fuchs in Hain im Riesenge ausgestellt, die sich betitelt „Aus einem schlesis Grenzstädtel". Vom 3. Juni bis 1. Juli werden ausge die Neuerwerbungen der vorgeschichtlichen teilung, Rathausfunde und andere mittelal liche Funde aus Breslau. Unter den Rathausfunden Archivalien von größtem historischem Interesse.

* **Eine Breslauerin schwimmt Weltrekord.** Fräulein Weynell griff am Sonntag den von der Dänin Jansen 24 Stunden aufgestellten Dauer-Schwimm-Weltrekord an überbot diesen um eine volle Stunde.

* **Zur Nachmittagsvorstellung im Schauspielhause** Don tag, den 17. Mai, sind Billetts im Preise von 1,50 und 2,00 im Parteisekretariat, Margaretenstraße 17, Zimmer 36, h haben.

* **Die städtischen Museen** bleiben am Himmelfahrts geschlossen.

* **Die städtischen Bäder in der Ohle** am Ohlelaufstege we heute eröffnet. Die Eintrittspreise sind im wesentlichen gleichen geblieben wie im Vorjahre, obwohl beide Bäder deutende Verbesserungen aufzuweisen haben. Im Männ bade ist eine 50 Meter Schwimmbahn geschaffen worden, so auch hier Gelegenheit zur Ausübung des sportlichen Schwim gegeben ist. Die Einrichtung von elektrischer Beleuchtung ist gesehen. Im Frauenbade ist die elektrische Beleuchtung Schwimmbahn verbessert worden. In beiden Bädern sind Schankstätten vorhanden, in denen alkoholfreie Getränke und frischungen verabreicht werden, so daß auch in dieser Bezie für die Bequemlichkeit der Badebesucher bestens gesorgt ist. Frauenbad an der Burgstraße wird erst Ende der Woch öffnet werden, weil auch hier große Umbauten vorgenommen die noch nicht beendet werden konnten. Die beiden neuen gr Strandbäder „Westend", Am Kipkewege (frühere Weigel Badeanstalt), und „Norden", Am Hatzfeldwege zwi Rathenau- und Rosenthaler Brücke), können erst in etwa Tagen der Oeffentlichkeit übergeben werden.

* **Das Jugendbad „Sonnenland"**, Vorderbleiche 3, wird Montag, den 21. Mai, eröffnet. Der Sandstrand ist im gangenen Jahre erneuert, im Auskleideraum ist eine beson Vorrichtung zum Schutz der Kleider angebracht worden. frischen Grün des Rasens und der Bäume, auf der stillen O insel abseits allen Verkehrs gelegen, bietet das Bad einen schönen Aufenthalt. Der Besuch der Anstalt ist, wie in den hergehenden Jahren, auf die männliche Jugend beschränkt.

* **Saure Wochen.** Am Stammtisch des Restaurant Fische Breslau. Ein jüngerer Herr und ein älterer, jüdisch aussehe mit Monokel, Graf K. Eine Musikkapelle zieht vorbei? „Wa das?"

Der Kellner: „Eine Wahlpropaganda."

Darauf der Herr Graf: „Wenn nur diese Schw nerei erst vorbei wäre!"

* **Der Parteitag der deutschen Zionisten** findet vom 27. 29. Mai in Breslau statt. Die Exekutive der Zionistischen W organisation wird durch ihr Mitglied Dr. Felix Rosenblüt London vertreten sein. Sonntag, den 27. Mai, vormittags 11 U findet die feierliche Eröffnungssitzung statt. Sä liche Sitzungen sind öffentlich. Jedermann Zutritt. Eintrittskarten sind in der Bücherdiele (Ka Wilhelm-Straße), bei Brandeis (Karlstraße), Hainauer (Schw nitzer Straße), Witwe Meyer (Karlsplatz) zu haben.

* **Folgen des § 218.** Am Montag mußte eine im Ho Frankfurter Straße 132 tätige 27 Jahre alte Hausangestellte in Allerheiligen-Hospital eingeliefert werden, die schwer erkra von ihrer Dienstherrschaft in ihrem Zimmer aufgefunden wor war. Dem Arzt gab sie an, daß sie über einem Eimer entbun habe. Das Kind habe sie mit dem übrigen Eimerinhalt in Klosett geschüttet. Bei einer Durchsuchung des Mädchenzimm durch die Polizei wurde die normal ausgetragene männliche Kind leiche in der Einfeuerung des Ofens gefunden, in der Fe entzündet worden sein muß, da der Leichnam bereits angef war. Zur Feststellung der Todesursache wurde die Leiche in Anatomie geschafft, da die schwerkranke Mutter noch nicht v nehmungsfähig ist. — Ein weiterer Fall, wo sich eine Mu ihres neugeborenen Kindes zu entledigen versuchte, spielte heute morgen auf einem Bahnsteig des Hauptbahnhofes ab. E Eisenbahnbeamter fand unter einem eingefahrenen Zuge ein n geborenes Kind, das trotz des Tötungsversuchs durch die Mu noch am Leben war. Bei der sofort vorgenommenen Fahndu nach der Mutter wurde diese bewußtlos in einem Abteil Zuges aufgefunden. Sie hatte im Abort des Zuges entbund und das Kind in den Abort gesteckt, von wo es dann auf b Bahnkörper gestürzt ist. Mutter und Kind wurden sofort d St. Anna-Krankenhaus zugeführt.

* **Auf tragische Weise ums Leben gekommen** ist am Son abend nachmittag der 56 Jahre alte Kaufmann Felix Roh stock, in seiner Wohnung, Rosenstraße 34. Als er einen Topf m Wasser zum Kochen auf den Gasherd gestellt hatte, wurde er v einem Schwächeanfall befallen und brach in der Küche bewußtl zusammen. Inzwischen verlöschte das überkochende Wasser Gasflamme, so daß das ausströmende Gas seinen Tod herb führte, die später heimkehrende Ehefrau konnte ihrem Man keine Rettung mehr bringen, denn der sofort herbeigerufene A konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen.

* **Von einem Motorradfahrer** umgefahren wurde a Montag nachmittag der in der Westendstraße 54 wohnende Ve sorgungsanwärter Hans Hundertmark, als er in der Schwei nitzer Straße den Fahrdamm überschreiten wollte. Er wurde heftig zu Boden geschleudert, daß er besinnungslos liegen blie Mit einer Droschke wurde der Verunglückte in das Allerheilig Hospital geschafft.

* **Tödlicher Sturz von der Treppe.** Am Sonntag mitta gegen 12¾ Uhr, stürzte der 51 Jahre alte Arbeiter Wilhel Sperling im Hause Große Dreilindengasse 8 infolge Feh tretens die Treppe herab und erlitt einen schweren Schädelbru an dessen Folgen er noch am selben Tage gestorben ist.

* **Gelungene Flucht eines Schwerverbrechers.** Als a Sonnabend der 30jährige, in der Provinz Posen gebürtig Zuchthausgefangene Stefan Makowiak, der wegen schwere Einbruchsdiebstahls, Verbrechens gegen das Entwaffnungsge und versuchten Totschlags noch 15 Jahre Zuchthaus zu verbüße hat, aus der Strafanstalt Striegau nach Breslau überfüh werden sollte, unternahm er nach dem Eintreffen des Zuges a dem Freiburger Bahnhof einen Fluchtversuch. Er riß sich vo den beiden Beamten, die ihn transportierten, los, rannte übe die Gleise und verschwand in der Richtung nach der Güter abfertigung, ohne daß er eingeholt werden konnte. Makowiak der im Zuchthaus in Striegau fortgesetzt den wilden Man spielte, sollte in die Irrenabteilung des Strafgefängnisses i Kleschtau überführt werden, wo er auf seinen Geisteszustand beobachtet werden sollte. Wahrscheinlich hat er darauf gerechnet flüchten zu können, wenn er simuliert und an einen anderen Ort transportiert wird. Der seine Zivilkleidung tragende Flüchtling, der deutsch und polnisch spricht, dürfte sich i Breslau aufhalten. Angaben werden an das Fahndungs kommando der Kriminalpolizei, Schuhbrücke 46, Zimmer 1 erbeten.

Ein Nachwort zum schlesischen Steinarbeiterstreik.

Nach rund neun Wochen dauerndem Kampf wurde die Arbeit in der schlesischen Granitindustrie von den 7000 streikenden Steinarbeiter wieder aufgenommen, nachdem eine Schlichterkammer auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums einen Schiedsspruch gefällt hatte, dem sich beide Parteien vorweg zu unterwerfen verpflichteten. Der Schiedsspruch dieser zweiten Kammer ist mit Ausnahme dreier Positionen die Wiederholung des ersten Spruches, der von den Arbeitgebern abgelehnt, von den Arbeitnehmern im Interesse des Friedens angenommen worden war. Nur allzuberechtigt war die Frage eines Unternehmers bei Abschluß der Schlichterkammersitzung: „Nun möchte ich wissen, warum wir ausgesperrt haben?" Tatsächlich ging der Kampf in den letzten Wochen, von den Unternehmern gewollt, um wirkliche Bagatellen, doch das Gros der Unternehmer wollte ja mehr erreichen, nicht zuletzt der geschlossenen Arbeiterfront, um für spätere Zeiten ganz nach Willkür schalten und walten zu können. Davon zeugen die Wutausbrüche einzelner Scharfmacher, deren geistige Denkfähigkeit mit dem Geldsack nicht Schritt gehalten hat. Doch umsonst waren und blieben alle Einschüchterungsversuche, ja selbst die Betriebsstillegungs-Anzeigen übten keine Wirkung aus, da sowohl die Arbeiter, wie auch die Behörden an diese und ähnliche Dinge schon gewöhnt sind, nachdem sie alle Jahre und bei allen Gelegenheiten wiederkehren. Trotz all den am Anfang des Kampfes durch zu große Hitzköpfe in der eigenen Reihe erzeugten Hemmungen, standen die 7000 Kollegen nach wenigen Tagen geschlossen und zielbewußt hinter der gewerkschaftlichen Führung. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, daß die Ziele der Unternehmer nur Wünsche geblieben sind. Erfreulich war es für uns, zu sehen, daß es auch unter den Unternehmern Leute gibt, die nach außen bellen und beißen, hintenrum aber von ihrer Organisation abzurücken versuchen und Sonderfrieden wünschten. Genau wie ein geringer Prozentsatz Unentwegter unserer Kollegenschaft sich in ähnlicher Weise betätigte.

Bedauerlich ist dagegen, daß ein Teil der politisch zur KPD. zählenden Kollegen glaubten, den Unternehmern nützen zu sollen, indem sie in Versammlungen, vor allem aber in ihrer Auch-Arbeiterzeitung, während dem Kampf die leitenden Kollegen beschimpften und Mißtrauen säten. Allen Tatsachen zuwider schrieb man, daß die Streikunterstützungssätze derart niedrig seien, daß die Kollegen nicht mehr Stand halten könnten. Da dieses Geschreibsel in der sechsten Kampfwoche erfolgte, kam es einer Aufforderung zum Streikbruch gleich, insbesondere für diejenigen, die vorher nicht die richtige Beitragshöhe eingehalten hatten. Daß man auch schrieb, daß der Gauleiter anscheinend vierteljährlich 5000 Mark Gehalt bezöge, war schließlich auch nicht dazu angetan, das gegenseitige Vertrauen zu erhöhen. Karikaturen auf den Gauleiter standen auf demselben Niveau. Das schlimmste, was man sich leistete, war, daß man die Versuche des Gauleiters, einen erfolgbringenden Abschluß des Kampfes herbeizuführen, im entscheidenden Moment den Unternehmern denunzierte. Dieses alles, obwohl gerade diese Kollegen sonst täglich auf den Wirtschaftsfrieden hofften und warteten, solches Beginnen gehört schon in die Rubrik des wirtschaftlichen Selbstmordes aus politischem Fanatismus. Nicht anders ist es einzuschätzen, wenn diese „Strategen", notorische Feiglinge und Verräter in die internen Konferenzen delegierte, so daß, um ohne Gefahr des Verrates tagen zu können, die Gauleitung dazu übergehen mußte, die Delegierten selbst zu bestimmen. Gewesene Stahlhelmhelden, die jeden Nichtstahlhelmer aus dem Betrieb jagen wollten, auf den Knien unter Tränen um Arbeit bittende Aucharbeiter, sollten die Vertrauensleute der Kollegenschaft sein. Daß wir solche Subjekte ablehnten, geschah im Interesse der Reinlichkeit und der Kämpfenden selbst. Dieses wurde der Kollegenschaft auch anerkannt. Hoffentlich tragen diese Erfahrungen dazu bei, daß in Zukunft bei Wahlen für Vertrauensposten nur wirkliche Gewerkschaftler und nicht Phrasen- und Maulhelden gewählt werden. Nur diesem Zweck allein sollen diese Zeilen dienen. Mit großer Freude nahmen die kämpfenden Kollegen davon Kenntnis, daß viele Zahlstellen den Zentralvorstand aufforderten, durch Extrasteuern die Möglichkeit der besonderen Unterstützung der schlesischen Kollegen zu schaffen. Dies war wahre Solidarität und ein fühlbarer Ansporn für die Streikenden. Dafür auch an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank namens der schlesischen Kollegen. Der Kampf ist aus, es lebe der Kampf!

Einmütig und geschlossen nehmen die Kollegen, ohne einen Abtrünnigen von den 7000 verzeichnen zu brauchen, die Arbeit am 9. d. Mts. wieder auf, nicht ohne in den abschließenden Versammlungen erneut zu beschließen, mit aller Kraft an dem weiteren Auf- und Ausbau des Verbandes nach besten Kräften mitzuarbeiten. Gleichfalls wurde auch die Lehre aus dem Kampf gezogen, daß es in Zukunft einigen unüberlegten Hitz- und Wirrköpfen nicht mehr gelingen darf, gegen die selbstgewählte und die Verantwortung tragende Führung einen Kampf sinnlos und zur Unzeit zu entfachen. Die aus politischen Gründen am Anfang allzu lauten Strategen und Streik-Reiseonkels nahmen diese Parolen sehr kleinlaut auf, merkten sie doch, daß ihnen trotz aller Verleumdungen die Felle davon geschwommen waren. Die Lehren aus diesem wirtschaftlichen Kampf müssen von den Kollegen auch auf den politischen Kampf übertragen werden. Deshalb alle Hände ans Werk, um am 20. Mai die einzige, wahre und ehrliche Arbeiterpartei zum Siege zu führen und das ist die Sozialdemokratische Partei, deren Presse auch an dieser Stelle für die gewährte verständnisvolle Unterstützung Dank gesagt sei.

Abschließend sei gesagt, daß wir uns vom Anfang an klar darüber waren, daß es im Interesse der Industrie gelegen wäre, ohne Wirtschaftskampf eine für beide Teile notwendige Lösung des Lohnstreites zu finden; doch die Unternehmer in ihrer Mehrheit wollten den Kampf, deshalb klage man uns nicht vor, ob der gezeitigten Folgen. Diese vorauszusehen, war den Unternehmern mehr denn uns möglich. Hoffentlich wird auch von dieser Seite eine im Allgemeininteresse liegende Lehre aus dem Kampf gezogen.

Die Arbeiterschaft wird auf alle Fälle wachsam sein, umsomehr, als die Löhne trotz der Erhöhung noch gänzlich unzureichend sind.

Schlichtungsverhandlungen im oberschlesischen Bergbau.

Gleiwitz, 15. Mai. Unter dem Vorsitz des oberschlesischen Schlichters, Professor Dr. Brahn, fanden am Montag Lohn-Verhandlungen im oberschlesischen Bergbau statt, die in den späten Nachtstunden auf Dienstag, den 22. Mai, vertagt wurden. In den Lohnverhandlungen forderten die Gewerkschaften neben einer gleichen 20prozentigen Lohnerhöhung wie in Westfalen eine Angleichung an die bisherigen westfälischen Löhne.

Schiedsspruch für die Geraer Metallarbeiter

In dem Lohnkampf der Geraer Metallarbeiter fällte die zuständige Schlichtungskammer einen Schiedsspruch, der eine Erhöhung des Spitzenlohnes um 6 Pf. auf 78 Pf. vorsieht. Die Unternehmer haben diesen Spruch angenommen, während sich die Arbeitnehmer ihm gegenüber ablehnend verhalten und im Streik verharren. Am Mittwoch sollen im Reichsarbeitsministerium Nachverhandlungen stattfinden.

Abschluß der Angestelltentarifverhandlungen in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie.

Essen, 14. Mai. Bei den heutigen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe und den Angestelltenorganisationen in der Eisenindustrie wurde eine Einigung bezüglich der Gehaltsregelung erzielt. Die Einkommenregelung wird mit Wirkung vom 1. Mai mit einigen Abänderungen mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß die tariflichen Mindestsätze und Gehälter in den Hauptgruppen um etwa 6,5 Prozent erhöht werden.

Teilstreik in der österreichischen Schwerindustrie.

Hüttenberg, 14. Mai. Die Lage in Hüttenberg hat sich seit Sonnabend verschärft. Während am Freitag noch vereinzelt gearbeitet wurde, ruht die Arbeit seit Sonnabend vollständig.

In Leoben fand eine von den Kommunisten einberufene Bergarbeiterversammlung statt. Es wurde der sofortige Generalstreik in allen Betrieben der Alpinen Montangesellschaft gefordert.

Nationalrat Domes, der Vorsitzende des österreichischen Metallarbeiterverbandes und Präsident der Arbeiterkammer äußert sich zum Lohnstreik in der Schwerindustrie folgendermaßen: „Die Situation ist infolge der langandauernden Verhandlungen zwischen dem Stahlwerksverband und der Alpinen Montangesellschaft und dem Bergarbeiter- und Metallarbeiterverband äußerst kritisch. Der Streik in Hüttenberg und die Tatsache, daß in den anderen Betrieben schon lange Verhandlungen im Gange sind, hat die Situation in der Schwerindustrie bedeutend verschärft. Man versucht eine Lösung zu finden, und es wäre zu wünschen, daß eine solche auch bald gefunden werde, weil sonst ein schwerer Wirtschaftskrieg in Steiermark und Kärnten auszubrechen droht, der für die gesamte österreichische Wirtschaft eine große Gefahr bedeuten würde."

Dockarbeiterstreik in Le Havre.

In Le Havre sind 1500 Dockarbeiter in den Streik getreten, weil für sie ab heute eine Verminderung des Lohnes um einen Franc pro Schicht eintreten sollte. Die Dockarbeiter haben nicht die Absicht, sich diesem Diktat der Unternehmer zu fügen.

Der Wahltag – ein Schicksalstag für die Angestellten.

Der Zentralverband der Angestellten hatte für Montag eine Versammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses einberufen, in der Kollege Schröder-Berlin über „Der Wahltag ein Schicksalstag für die Angestellten" referierte. Kollege Wachsner konnte eine gut besuchte Versammlung eröffnen mit dem Hinweis, daß der kommende Sonntag auch für die Angestellten mit entscheidend ist. Die Frage, ob Sozialpolitik oder Sozialreaktion wird durch diese Wahl beantwortet werden.

Kollege Schröder ging einleitend seines großangelegten Referates davon aus, daß heute Wirtschaftsfragen vorwiegend politische Fragen sind. Aus diesem Grunde beschränken sich heute die Gewerkschaften nicht allein auf rein wirtschaftliche Gebiete, sondern müssen auch zu politischen Fragen Stellung nehmen. Der Redner befaßte sich eingehend mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Das Bild der Wirtschaft ist heute mehr denn je undurchsichtig, eine Tatsache, die sich die Unternehmer zunutze machen, um uns glauben zu machen, daß es auch heute noch immer recht schlecht mit der Wirtschaft steht. Der Umsatz ist wohl gesteigert worden, die Gewinne natürlich unbedeutend. In Wirklichkeit betragen heute schon wieder die Gewinne 15—17 Prozent. Um ihrer „Not" auch nach außen hin den nötigen Ausdruck zu geben, haben die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände ein Notprogramm beschlossen. Aus diesem spricht deutlich ihre Sehnsucht nach einer Wirtschaftsallmacht, nach einer wirtschaftlichen Diktatur. Selbstverständlich wird hier vor allem eine Kürzung der Soziallasten gefordert. Die „Not" der Wirtschaft aber resultiere aus den „untragbaren" Reparationslasten. Kollege Schröder, der sich eingehend mit diesem „Notprogramm" beschäftigt, weist unter anderem darauf hin, daß selbst bei einem eventuell für Deutschland siegreichen Ausgang des Krieges die innere Schuld unser Land ebenfalls stark belastet hätte.

Ist man also auf dieser Seite durchaus nicht so unpolitisch, so will man den Angestellten und nicht zuletzt jetzt vor den Wahlen begreiflich machen, daß ihre Interessen nicht auf diesem Gebiete liegen, sondern nach ganz anderer Seite hin tendieren. Da will man sie abwenden von einem „öden Materialismus", von einem „schematischen Marxismus" und will am liebsten den Angestellten wieder der Willkür des einzelnen Unternehmers ausliefern. Der Bürgerblock diente ihren Interessen; er schuf das Arbeitszeitnotgesetz, mußte die Gesetze für den Angestelltenschutz zu verhindern. Herr Thiel und der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (D.H.V.) wissen aber merkwürdigerweise „große sozialen Leistungen" des Bürgerblocks hervorzuheben.

Hat der alte Reichstag nichts Positives gebracht, so muß versucht werden, im neuen, hoffentlich besser zusammengesetzten Reichstag mehr auf sozialpolitischem Gebiete herauszuholen. Die Gefahr der Abschaffung der Sonntagsruhe muß endgültig abgewendet werden. Das in seiner Regierung besser zusammengesetzte Preußen konnte bisher die Durchlöcherung der Sonntagsruhe, wie es in Bayern und Württemberg möglich war, vermeiden. Das Arbeiterschutzgesetz muß endlich geschaffen, der Ladenschluß gesichert und verringert werden. (Danzig kennt seit Jahren schon den 6 Uhr-Ladenschluß.) Die Frage der Arbeitszeit muß bessere Regelung als im zuletzt geschaffenen Arbeitszeitnotgesetz finden. Das Arbeitslosenproblem für die Angestellten harrt nach einer vernünftigen Lösung. Der neue Reichstag hat sich mit der Frage zu befassen, wie die Angestelltenversicherung praktisch noch weiter auszubauen ist. So gilt es am 20. Mai zu entscheiden, wer den Staat, von dem ja alle Sozialpolitik ausgeht, beherrscht. Die Wiederkehr einer Bürgerblockregierung muß verhindert werden. Das würde dann einen Aufstieg der sozialen Lage der Angestelltenschaft bedeuten. Den Angestellten ist es am 20. Mai in die Hand gegeben, über ihre kommenden Geschicke selber mitzuentscheiden. Starker Beifall quittierte das Verständnis der Anwesenden für diesen Appell.

In der anschließenden Diskussion trägt Kollege Ammon die kommunistischen Forderungen vor, ohne aber zur Wahl der Kommunisten aufzufordern. Ihm antwortet in temperamentvoller und launiger Weise Kollege Swolinsky. Nachdem noch Kollege Ehrlich, jetzt ausgerechnet einige Tage vor den Wahlen, über die Illusion des Stimmzettels gesprochen, nahm Kollege Schröder in seinem Schlußwort Gelegenheit, auf die Ausführungen der Vorredner einzugehen und brandmarkt vor allem das Verhalten der Kommunisten auch in der Gewerkschaftsbewegung, die allein die Kollegen bekämpfen. Zum Schluß fordert unter Beifall der Anwesenden Kollege Wachsner auf, am Sonntag die politische Linke zu wählen.

Vorsicht bei Versicherungsabschlüssen

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erließ in seinen Bundes-Mitteilungen für die Ortsausschüsse eine Aufforderung, der wir folgendes entnehmen:

Um sich in den Arbeiterfamilien gut einzuführen, wird von einigen Versicherungsagenten als besonderes Zugmittel darauf verwiesen, daß hinter ihrer Gesellschaft die Gewerkschaften ständen. Dieser Sachverhalt gebietet uns, darauf hinzuweisen, daß ein solches Verhalten eine mißbräuchliche Ausnutzung des gewerkschaftlichen Ansehens ist, zu der keiner dieser Agenten eine Berechtigung hat. Unsere Gewerkschaften haben gemeinsam mit dem Zentralverband der Konsumgenossenschaften die Volksfürsorge als eigenes Versicherungsunternehmen geschaffen. Die Versicherungsbedingungen dieses gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsunternehmens werden an Liberalität von keiner anderen Versicherungsgesellschaft übertroffen. Jede Berufung darauf, daß die Gewerkschaften hinter einer anderen Versicherungsgesellschaft als der Volksfürsorge ständen, ist nur eine Spekulation auf die leider immer noch vorhandene Unwissenheit breiter Arbeiterschichten. Wir ersuchen deshalb die Ortsausschüsse, dafür zu sorgen, daß endlich Klarheit darüber geschaffen wird, daß nur die Volksfürsorge als gewerkschaftliches Versicherungsunternehmen in Betracht kommt.

Wirtschaft und Wahlen.

Von Theodor Leipart,

Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Zeit der „freien" Wirtschaft entschwindet. Auch das Kapital hat sich organisiert. In einer ganzen Reihe von Industriezweigen — ich nenne die Stein- und Braunkohle, Eisen, Stahl und fast sämtliche ihrer Produkte, ferner Kunstseide, Linoleum, Margarine und viele andere — haben sich die Unternehmungen zur Wahrung ihrer Gruppeninteressen in Kartellen, Syndikaten, Trusts eng zusammengeschlossen.

Diese Vereinigungen stellen gewaltige Wirtschaftsmächte dar. Die Oeffentlichkeit hat allen Anlaß, sie zu kontrollieren, sie im Interesse des Gemeinwohls ständig zu beaufsichtigen.

Die Arbeitnehmerschaft fordert ein Mitbestimmungsrecht, will — als Teilhaber am Produktionsprozeß — auch an der Wirtschaftsführung mit gleichen Rechten beteiligt sein. Ein Anfang in diesem Sinne ist in den Gesetzen über die Kohlen- und Kaliwirtschaft bereits gemacht.

Neben die politische Demokratie, die im allgemeinen Wahlrecht ihren Ausdruck findet, sind damit die ersten Anfänge einer Wirtschaftsdemokratie getreten. Die kommenden Wahlen müssen uns einen Schritt weiter bringen.

Wir brauchen endlich unter anderem:

1. **den endgültigen Reichswirtschaftsrat,**
2. **die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft in den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern,**
3. **die öffentliche Kontrolle der monopolistischen Unternehmungen und Unternehmungsorganisationen,**
4. **die Pflicht der Aktiengesellschaften, weitgehenden Einblick in ihre Geschäftsführung zu gewähren. (Reform des Aktienrechts.)**

Erfüllt der kommende Reichstag diese Forderungen, so werden wir ihn als Wegbereiter der Wirtschaftsdemokratie willkommen heißen. Ich hoffe, daß die Wahl uns einen solchen Reichstag bringt.

Die niederschlesische Steinkohlenförderung

belief sich im März auf 544 388 Tonnen (arbeitstäglich 20 163 Tonnen), die Koksgewinnung auf 86 092 Tonnen (täglich 2077 Tonnen), die Brikettherstellung auf 16 155 Tonnen (arbeitstäglich 598 Tonnen), die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 27 728. Der Absatz auf dem Kohlenmarkt ist wiederum etwas zurückgegangen, und zwar sowohl der Hausbrandabsatz als auch der Absatz an die Gas- und Elektrizitätswerke. Auf dem Koksmarkt hat sich die Nachfrage nach dem Zentralheizungskoks auf der gleichen Höhe wie im Vormonat gehalten. Das Gießereikoksgeschäft hat sich wieder etwas belebt, nachdem der mitteldeutsche Metallarbeiterstreik sein Ende gefunden hat. Die Ausfuhr in Kohlen und Briketts, insbesondere nach der Tschechoslowakei, hat sich verringert, nachdem die Arbeit in den böhmischen Braunkohlenrevieren von den zuständigen Arbeitern Anfang März wieder aufgenommen worden ist; der Auslandsabsatz in Koks ist auf der Höhe des Vormonats geblieben.

Fusion Linke-Hofmann-Busch-Werdau.

In Berlin haben jetzt die abschließenden Beratungen über die Fusion der Linke-Hofmann-Werke, der Waggon- und Maschinenfabrik vorm. Busch-Bautzen und der Sächsischen Waggonfabrik Werdau stattgefunden. Es dürfte nach der „Vossischen Zeitung" feststehen, daß die Linke-Hofmann-Werke als aufnehmende Gesellschaft ihre Firma in „Vereinigte Ostdeutsche Waggonfabriken, A.-G., abändern wird. Die Wahl dieser neutralen Firmenbezeichnung erfolgt vermutlich deshalb, weil man, ähnlich wie bei den „Vereinigten Westdeutschen Waggonfabriken", früher oder später mit dem Anschluß weiterer in der Nähe gelegener Werke rechnet. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft wird vorläufig auf 30 Millionen Mark festgesetzt werden. Die bisherigen Kapitalien betrugen bei Linke-Hofmann 21 Millionen Mark, bei Busch 7 Millionen Mark und bei Werdau 3,73 Millionen Mark. Die letzten Börsenkurse stellten sich für Linke-Hofmann (im Freiverkehr) auf 67,50, für Werdau auf 51,50 und für Busch auf 71. Die Börse erwartet also, daß bei dem bevorstehenden Umtausch die Busch-Aktien etwas über die Werdau-Aktien unter Linke-Hofmann Parität bewertet werden. Der absolut niedrige Kursstand erklärt sich unter anderem daraus, daß alle drei Gesellschaften in den letzten Jahren dividendenlos geblieben sind. Größere fabrikatorische und organisatorische Veränderungen sollen, wie wir erfahren, erst ganz allmählich nach Maßgabe der bei der Zusammenarbeit zu sammelnden Erfahrungen vorgenommen werden. Ebenso wird über die etwaige Stillegung einzelner Betriebsteile erst später Beschluß gefaßt werden.

Die Elektrifizierungspläne in Polnisch-Oberschlesien.

Die Bemühungen der polnischen Regierung, die „Oberschlesische Kraftwerk Sp. Akc." in Kattowitz, dessen Aktien sich bekanntlich zu 100 Prozent im Besitz der O.E.W. befinden, zu erwerben, sind schon älteren Ursprungs. Die polnische Regierung hatte bereits früher amerikanisches Kapital für den Erwerb des Kraftwerkes zu interessieren versucht, doch scheiterten die Verhandlungen seinerzeit an der Höhe des geforderten Kaufpreises. Es handelt sich hierbei um das Kraftwerk in Chorzow, das einen großen Teil des ostoberschlesischen Industriegebiets mit Strom versorgt und das bekanntlich in den letzten Jahren beträchtlich ausgebaut wurde.

Die zunehmende Industrialisierung in Ostoberschlesien hat dazu geführt, daß eine Erweiterung des Kraftwerks der Elektrochemie A.G. in Schaffhausen (Zaklady Elektro w Laziskach Gornich Sp. z. o. o. p. Laziska-Gorne) in Aussicht genommen wurde. Das Aktienkapital wurde seinerzeit auf 25 Millionen Franken erhöht, von denen 13 Millionen Stamm- und 12 Millionen Prioritätsakten darstellen. Das Kraftwerk in Laziske-Gorne soll von einer Leistungsfähigkeit von 25 000 auf 88 000 Kilowatt erhöht werden. In Polen beträgt nach neuerlichen Berechnungen die Jahresproduktion von elektrischem Strom 1,7 Milliarden Kilowatt.

Die Zahl der Automobile in Polen ist im Verlaufe von vier Jahren um mehr als 100 Prozent gestiegen. Während zu Beginn des Jahres 1925 nur rund 10 000 Automobile benutzt wurden, ist deren Zahl bis zum Beginn des Jahres 1928 auf nahezu 22 000 angewachsen.

Afghanischer Auftrag für eine schlesische Firma. Die afghanische Regierung hat (mehreren Blättermeldungen zufolge) bei der Görlitzer Spezialmaschinenfabrik von Ernst Hamburger G. m. b. H. eine Wollwäscheranlage, die größte bisher von der Fabrik gelieferte Anlage, in Auftrag gegeben, die dazu dienen soll, das in Afghanistan gewonnene Rohmaterial zu verarbeiten.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Das Parteisekretariat
ist nunmehr durch die Nummern
59060, 59061
zu erreichen.

Distrikt 6. Alle Funktionäre und Wahlhelfer treffen sich am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Distriktslokale bei Glaser. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Distrikt 10. Alle Funktionäre und Wahlhelfer treffen sich morgen abend, 8 Uhr, bei Müller, Alsenstraße 62.

Distrikt 11. Mittwoch, den 17. Mai, 20 Uhr, außerordentliche Distriktsversammlung bei Gottschlich, Leuthenstraße 27. In Anbetracht der Wahlen ist es Parteipflicht, daß jedes Mitglied erscheint. Die Einteilung der Wahlhelfer wird in der Versammlung vorgenommen.

Distrikt 15. Mittwoch, den 16. Mai, 7.45 Uhr, bei Heinrich, Funktionär- und Wahlhelfer-Versammlung. Alle Genossen haben zu erscheinen.

Distrikt 16. Unsere Wahlhelfer-Versammlung findet Donnerstag, vormittags 10 Uhr, bei Bartnick, Mehlgasse 13, statt. Keiner darf fehlen. Das Lokal für Sonntag ist Schießwerderstraße 34, bei Sachs.

Abteilung Sandker (15, 21, 22). Morgen abend, 7.30 Uhr, treffen sich alle Genossinnen und Genossen am Weißenburger Platz zum Propaganda-Umzug.

Distrikt 29. Donnerstag, vormittags 9 Uhr, wichtige Wahlhelferversammlung bei Kühn, Ecke Bahnhof- und Palmstraße.

Distrikt 30. Morgen abend, 8 Uhr, Frauen-Feierstunde bei Schmidt, Hubenstraße 50.

Distrikt 34. Heut abend, nach der Löbe-Versammlung, wichtige Besprechung.

Distrikt 36. Mittwoch, 16. Mai, 20 Uhr, Distriktsversammlung bei Hubner, Gabitz, Ecke Menzelstraße. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Distrikt 38. Alle Wahlhelfer treffen sich diese Woche täglich ab 6 Uhr nachmittags bei Bialowitz, Klarenstraße 103.

Distrikt 42. Alle Wahlhelfer und Vertrauensleute von Zimpel und Grüneiche treffen sich Mittwoch abend, 8 Uhr, bei Wutke, Jumpelne: Weg.

Abteilung Nikolaitor. Alle Kinder von Partei- und Gewerkschaftsgenossen treffen sich am Himmelfahrtstage um 10 Uhr früh am Lestpark zur Demonstration. Verteilung von Ballons. Wir weisen heute schon auf die am Sonnabend stattfindende Wahldemonstration hin.

Abteilung Südwest (1, 3, 4, 5). Mittwoch, den 16. Mai, 20 Uhr, bei Scholz, Schillerstraße 27, **außerordentlich wichtige Wahlhelfer- und Funktionär-Versammlung.** In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird zahlreiches Erscheinen erwartet.

Sozialistische Arbeiterjugend.

An alle! Das große Treffen der niedersten und mittelschlesischen Arbeiterjugend in Waldenburg rückt immer näher. Jeder meld: sich sofort beim Obmann oder bei Frau Ohlig, Margaretenstraße 17, Zimmer Ba, an.

Obleute. Gebt Bericht über die vorläufigen Anmeldungen. Organisiert sofort die Wahlarbeit der Heime für Donnerstag.

Rote Falken. Heute, 15.30 Uhr, Hauptbahnhof. Wir fahren nach Brieg zur 11. Aufführung unserer Revue.

Heim 5. Donnerstag abend, Heimabend (Andersenschule). Freitag, Kampfliederabend. Alles muß sich bis Freitag für den Jugendtag anmelden. Beteiligt euch zahlreich an der Wahlarbeit.

Heim 7. Wir treffen uns heut, pünktlich 19 Uhr, vor der Baracke und gehen von hier aus in die Löbe-Versammlung. Die Burschen, die Plakate tragen, müssen recht pünktlich sein.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 3. Rote Falken 1, Mittwoch, pünktlich 5.15 Uhr im Heim.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Donnerstag, den 17. Mai (Himmelfahrtstag), früh 9 Uhr, Treffen aller Jugendfunktionäre im Verbandsbüro zur Werbearbeit. Nachmittags 14.30 Uhr, treffen wir uns alle vor dem Gewerkschaftshause und gehen geschlossen nach der Bitkwiese, Friedrich-Ebertstraße Nr. 98/100, um dort Volkstanz, Spiel und Sport zu treiben. Sonntag, den 20. Mai, fallen unsere Veranstaltungen infolge der stattfindenden Wahlen aus. Alles beteiligt sich an der Wahlarbeit.

Achtung, Frankfurtfahrer! Alle Teilnehmer am Reichsjugendtag müssen bis 17. Mai bei dem Kollegen Kusche oder Gutschker das Fahrgeld einzahlen und angeben, mit welchem Transport sie fahren wollen. Personalausweise bestimmt bis zum 22. Mai abliefern.

Alle Freunde, die nicht am Reichsjugendtag teilnehmen, machen zu Pfingsten eine Zwei-Tagefahrt nach Strehlen—Rummelsburg. Fahrtunkosten einschließlich Uebernachtung zirka 1,50 Mark. Wer mitfahren will, meldet sich ebenfalls bis 17. Mai, da sonst keine Gewähr für Nachtquartier übernommen werden kann.

Bekleidungsarbeiter-Jugend. Aelterengruppe! Wir treffen uns morgen, Mittwoch, um 8 Uhr, im Zimmer 68, zu einer Stegreifprobe. Donnerstag, Heimabend im Galeriezimmer von 6 Uhr ab. Ab 8 Uhr, „Mitter vom Stegreif". Dienstag und Freitag fällt das Heim wegen der Wahlarbeiten aus.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Ortsverein. Heute, Dienstag, Aufmarsch des gesamten Ortsvereins zur Begrüßung unseres Ehrenvorsitzenden, Reichstagspräsidenten Kameraden Paul Löbe. Abmarsch der Abteilungen wie folgt: Abteilung Süd: 19 Uhr, Museumsplatz; Abteilung West: 19.10 Uhr, Wachtplatz; Abteilung Ost: 19 Uhr, Teichäcker. Die Kolonnen rücken pünktlich ab, und müssen um 19.40 Uhr im „Schießwerder" eintreffen. Von der Abteilung Nord nehmen nur die Fahnenabordnungen an der Begrüßung teil. Die Kameraden der Abteilung, soweit sie der SPD. angehören, melden sich zum Ordnungsdienst um 19 Uhr im „Schießwerder" beim Kameraden Gutte.

Spielmannszüge. Heute, Antreten mit den Abteilungen. Nord 19.37 Uhr, „Schießwerder", und morgen, Mittwoch, 19.30 Uhr, Obertorbahnhof.

Spielmannszug SSD. Donnerstag, den 17. Mai, 12.30 Uhr, Antreten Endstation Linie 2 (Südpark).

Banner 3 (Schönrich). Heute, Dienstag, Antreten 19 Uhr, bei Görlich, Leschstraße.

Banner 6 (Rothenen). Die Zug- und Gruppenführersitzung am Mittwoch, den 18. Mai in der „Silesia", Friedrichstraße, beginnt bereits um 19 Uhr.

Blankenzer: Donnerstag, den 17. Mai, von 11—12 Uhr, Ecke Hohenzollern- und Graubündner Straße.

Bund der Freidenkerjugend.

Heute, 20 Uhr, in unserem Heim, Grünstraße 11/15, Zusammenkunft. Die Volksbühnenmitglieder bringen das Geld mit.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau, 5. Frauenabteilung. Die nächste Vorstellung für Mitglieder der Jugendvolksbühne ist Mittwoch, den 23. Mai, im Thaliatheater. Karten sind bis Montag, den 21. Mai, auf der Turnhalle abzuholen.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Breslau-Handsfeld E. V. Mittwoch, den 16. Mai, 19½ Uhr: Monatsversammlung. Alle hat zu erscheinen. („Gelber Löwe".)

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Rennfahrer. Donnerstag, den 17. Mai: Uebungsfahrt nach Liegnitz. Treffpunkt früh 8 Uhr Ring, Abfahrt 8¼ Uhr.

Arbeiter-Radfahrerbund. 8. Abteilung. Jeden Freitag nach dem 1. und 15. jeden Monats: Abteilungsabend bei Stanke, Neudorfstraße 99.

Freie Sportvereinigung „1897". Zu den am Himmelfahrtstage stattfindenden leichtathletischen Mannschaftskämpfen näheres am Mittwoch in den Turnhallen Brunnenstraße für Schüler-Jugend und Männer und Dorotheastraße für Sportlerinnen. Zur Pfingstfahrt nach Waldenburg melden sich Schüler und Jugend bei dem Jugendleiter.

Alle Arbeitersportlerinnen und Arbeitersportler vom Odertor, die der SPD. angehören, sowie alle mit ihr Sympathisierenden, beteiligen sich am Wahlpropagandaumzug Mittwoch, den 16. Mai. Treffpunkt 19.20 Uhr Benderplatz (Odertorbahnhof).

Sportvereinigung 1897/62. Dienstag, den 15. Mai, findet bei Malaja, Burgstraße, eine Vorstandssitzung statt. Die Sitzung beginnt 8.30 Uhr abends.

Freie Sportvereinigung 1897. Alle Mitglieder über 14 Jahre stellen sich am Sonnabend, den 19., und Sonntag, den 20. Mai, zur Wahlarbeit. Der Uebungsbetrieb fällt Sonnabend und Sonntag aus.

Arbeiter-Radfahrerverein Tschansch. Donnerstag, 17. Mai (Himmelfahrtstag), nachmittags 5 Uhr, Umzug zwecks Wahlpropaganda in Gemeinschaft aller Sportvereine und SPD. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, daran teilzunehmen. Treffpunkt im Vereinslokal bei Taube 16.45 Uhr. — Freitag, den 18. Mai, 19½ Uhr, Vereinsversammlung. — Sonntag, 20. Mai, früh 7 Uhr (Wahltag): Wahlpropagandafahrt durch die umliegenden Ortschaften in Gemeinschaft mit allen Radfahrern der Sportvereine, des Reichsbanners und der SPD. Treffpunkt all. Radfahrer 6.15 Uhr bei Taube.

Familien-Anzeigen

Am 14. Mai verschied sanft nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied

Frau Anna Neumann
geb. Nitsche 515

im besten Alter von 51 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder des Schärnen-Vereins der Lagerbierbrauerei L. Haase.
(Freie Vereinigung)

Beerdigung: Freitag, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle in Dürrgoy.

Zurückgekehrt
Dr. Weile
Fernsprecher 23132 11537

Nach 3jähriger Fachausbildung an der hiesigen Universitäts-Augenklinik (Geh.-R. Prof. Dr. Bielschowsky) habe ich mich als

Augenärztin

niedergelassen. 11562

Sprechstunden: Neue Schweidnitzer Straße 3, II (Kronen-Apotheke) werktäglich 11½—12½, 4½—5½, Sonnabends nur vorm.

Tel. 539 23, außerhalb der Sprechstunden: 266 24.

Zugelassen zu Ers.-Kassen, Eisenbahn u. ä.

Dr. med. Frieda Markiewitz.

Neu eingeführt! 5760

Jungbier

beste Qualität, preiswert
abzugeben an Händler und Private

Brauerei „Goldener Hecht"
Reuschestraße 65 — Telefon 54107

Leihweise elegante
Frack- Rock- und Smoking-Anzüge
A. Palalong
Schneidermeister
Bischofstraße 3.

Schuhe
für Herren, Damen, Kinder in allen Ausführungen. Sie finden
ohne 5691
Zweifel das richtige in meinem Spezialgeschäft
Viel Geld
machen Sie nicht da
bequeme Teilzahlung.
Karl Altmann
Ohlauer Straße 43.

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Kleine Anzeigen

sind kommen gesetzte einspaltige Anzeigen von Berufen, Konkursen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Kinderwagen (Bremsbet) dunkelblau, wenig gebraucht, verkauft Stoiber, Hundsfeldstraße 6, III. 518

Nähmaschinen, nur für Private zu verkauf.: 1 2tür. Schrank, 1 Bettsofa, 1 Ausziehtisch, 1 Uhrkasten, Nußbaum, 1 Waschtisch mit Marmorpl., 1 Bett mit Matratzen. Frankfurterstraße 152, ptr. r., nachm. 4 Uhr anzusehen.

Stadttheater
(Opernhaus)
Dienstag
20 bis nach 22 Uhr:
19. Abonn.-Vorstell.
Serie F
Der verlorene Gulden.
Mittwoch
20 bis nach 22 Uhr:
19. Abonn.-Vorstell.
Serie G
Josua. 5749
Donnerstag,
20 bis nach 22.45 Uhr
Mignon

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 5741
Tel. 36300
Täglich 20 Uhr:
„Eine einzige Nacht"
Donnerstag (Himmelfahrt) nachmittags 15½ Uhr:
Das Dreimäderlhaus
Sonntag nachm. 15½ Uhr:
Die Zirkusprinzessin.

Lobe-Theater.
Tel.: 56747.
Täglich 20 Uhr:
Der köstlichste Lach-Erfolg!
Arm wie eine Kirchenmaus
Lustspiel
von Ladislaus Fodor.
Inszenierung:
Paul Barnay
Hauptrollen:
Käthe Gold und Karl Ehmer.

Thalia-Theater
Tel.: 56747.
Dienstag 15.30 Uhr und täglich 20 Uhr:
Der Diktator
von Jules Romains.
Titelrolle: Gerhard Ritter.
5758

Billiger als auf einer
Auktion
kauft man bei mir
Lederjacken
Motorrad-Anzüge, Windjacken
Ledermäntel 5692
Anzüge, Hosen u. Schuhe
Lombard-Warenhaus
Louis Hamburger
26 Gartenstraße 26
gegenüber der Markthalle.

Herren-Rad wie neu, billig
Schreibtisch, 6 Dam.-Fahrräder auch sehr preiswert.
Rad.-Hh. 1. Stock, Schiff. 7.
Armbanduhr Gold 29, Silb. 12
Uhrmch. 1. Stock, Schiff. 7.

Liebich-Theater
Heute Dienstag, den 15. Mai, ab 8 Uhr:
Première
sowie folgende Tage abends 8 Uhr:
3 Stunden Lachen im Liebich-Theater
Das beste Vaudeville der letzten 10 Jahre — Berl. Lokal-Anzeiger
Die Jugendprinzessin
von
Karl Zerlig
unt. persönl. Leitung des Komponisten
Jeden Sonntag, Feiertag und Himmelfahrt:
2 Vorstellungen nachm. 4 Uhr, abends 8 Uhr.
Preise ab 1 Mark.

Garderobenschrank
3 tür., Nußbaum poliert, m. Wäscheeinrichtung (neu) 85.— Mk. Uferstr. 29 (Kell.)

Jeder reelle Genosse kauft
gegen wöchentliche Raten
v. 1.- bis 3.- M.
Schuhe, Anzüge, Mäntel, Hosen, Röcke, Kleid., Wäsche, Bettwäsche, Bettfedern, Federbetten, Bettstellen, Matratzen, Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe, Linoleum, Schirme, Kinderwagen, Fahrräd., Puppenwagen, Sprechapparate, Schallplatten, Geigen, Mandolinen, Gitarren, Ziehharmonikas
Mücke,
Tauentzienstraße 51
gegenüber Tolchen- u. Teichstr.

Sie verdienen täglich
10 Mk. an Schmuckartikel. Nur persönlich kommen.
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Bettdrillich, Kleiderstoffe, Gard., Ausweise, Kerzseife, Schuh, alles sehr billig, reine Ware, Detail und Engros
Berthold Lippert
Heinrichstraße 16 5751
Filialen: Oderstraße 17 und Weißgerbergasse 43.

HERREN-WÄSCHE
für den Sommer

Herren-Hemdhose
wie Abbildung
poröser weißer Gesundheitsstoff, amerikanische Form, im Rücken m. Trikotzwischenteil. **Eigenes Fabrikat** . . . **6.50**

Knie-Beinkleid
poröser weißer Gesundheitsstoff mit Riegelbund, Mittelgröße **4.20**

Weißes Oberhemd
gut. Wäschetuch mit Jacquard-Popelin-Einsatz und Klappmanschetten. **Eigenes Fabrikat** **6.50**

Farbig. Sportoberhemd
guter Zephir in modern. Karomustern, mit Klappmanschetten **Eigenes Fabrikat** . . . 9.— und **6.90**

Weißes Sporthemd
vorzügl. Jacquard-Trikolin mit Klappmanschetten. **Eig. Fabrikat** **9.75**

Farbig. Sportoberhemd
guter Trikolet in aparten feinen Karomustern, mit Klappmanschetten. . . **Eigenes Fabrikat** **9.75**

Seidenes Sporthemd
vorzügliche modefarbige Rohseide mit Klappmanschetten u. 1 weichen Kragen **14.75**

Einstoff-Kragen „Unitas"
vorzügl. Ripssportstoff, ohne Einlage. Praktisch und leicht waschbar . . **85 Pf.**

Sporthemd
mit Schillerkragen, bester weißer Sportpanama . . 7.75
guter gestreifter Zephir . . . **6.90**

Tennis- und Sporthemd
guter weißer Sportpanama mit Schillerkragen, kurz. Aermeln u. Durchknöpfvorrichtg. i. Schritt **8.25**

Nachthemd
mittelfeines Wäschetuch mit bunt. Waschbörtchen, halsfrei oder mit Umlegekragen . . . **4.50**

Schlafanzug
einfarbiger Madapolam mit abstechendem Besatz und Verschnürung, moderne Farben . **11.25**

Sommer-Trikotagen · Fantasie-Socken
Krawatten · Hosenträger · Sportriemen

in reichster Auswahl
zu niedrigsten Preisen

LEINENHAUS
Bielschowsky
BEUTHEN O/S BRESLAU GLEIWITZ

Leihweise elegante
Frack- u. Rock-Anzüge 5681
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. N. 1301
früher Albrechtstraße.

Bettfederei Fränkel
Flurstraße 4/6

Teppiche Läufer, Divan- u. Steppdecken
ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefern
Agay & Glück, Frankfurt a. M. A. 133
größtes Teppichversandhaus Deutschlands.
Schreiben Sie sofort! 11915

Wohnungen

Junges, kinderl. Ehepaar (Arbeitersportler) sucht
Leerzimmer
mit Kochgelegenheit. Offerten unter **Z. 213** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Für die Redaktion verantwortlich: **Rolf Neuenkirch**; für die Anzeigen: **Max Lachs.** — Redaktion: Gräbschenerstraße 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau.

Aus aller Welt

Dienstag, 15. Mai 1928

Ein schwedisches Dorf von einem Großfeuer heimgesucht.

Das schwedische Dorf Fjaellbacka ist, wie gestern gemeldet, von einem furchtbaren Brande heimgesucht worden. Erst am Sonntag früh konnte das Feuer gelöscht werden, nachdem bereits dreißig Gebäude von den Flammen zerstört worden waren. Fünf Häuser mußten mit Dynamit in die Luft gesprengt werden, um einer weiteren Ausbreitung der Katastrophe vorzubeugen. Hundert Menschen haben ihren gesamten Besitz verloren.

Acht Tote bei einem Autounfall.

In Erie in Pennsylvanien wurden zwei Kraftwagen, die anscheinend eine Wettfahrt abhielten, bei der Ueberquerung eines Schienenstranges von einem Eisenbahnzug erfaßt und beiseite geschleudert. Von den Insassen der beiden Wagen wurden acht tödlich und fünf schwer verletzt.

Schwere Explosion in einer Patronenfabrik

Eine schwere Explosion in einer Lüttlicher Patronenfabrik hat ein Fabrikgebäude, in dem 125 Arbeiter beschäftigt waren, vollständig in Trümmer gelegt. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben, die Mehrzahl konnte sich jedoch retten. Bisher sind ein Toter und fünf Schwerverletzte aus den Trümmern geborgen worden.

Die Bergung der „Bremen" läßt auf sich warten.

In Saint Johns (Nord-Kanada) erkrankte Pilot Fairchild, sodaß ein neues Flugzeug mit Ersatz nach Saint Johns abgehen mußte. Die Flugzeuge können daher wahrscheinlich nicht vor Montag oder Dienstag nach Greenly Island fliegen. Später setzten die beiden Hilfsflugzeuge für die „Bremen" den Flug nach Greenly Island fort. Sie mußten nahe Maitland (Neuschottland) am Shubencadie-Fluß noch einmal zwischenlanden, sind aber am gleichen Nachmittag weiter geflogen.

In der Reichsbahnbetrugsaffäre

ist das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen verschiedene Beamte der Reichsbahngesellschaft soweit gediehen, daß gegen Reichsbahnoberbaurat Schulz Anklage wegen einfacher passiver Bestechung erhoben worden ist. Schulz wird beschuldigt, von dem Berliner Vertreter der Firma Reisert in Köln, namens Geltzner, mehrfach Geldbeträge als Geschenk erhalten zu haben, nachdem er als Konstruktionsdezernent des Berliner Zentralamts der Reichsbahn die genannte Firma zu Lieferungen und Arbeiten herangezogen hatte. Die Reichsbahn hat durch die Tätigkeit des Schulz, soweit sich bisher übersehen läßt, keinen Vermögensschaden erlitten. Der erste Termin gegen Schulz soll noch Ende dieses oder Anfang nächsten Monats stattfinden. Das Ermittlungsverfahren gegen den Reichsbahndirektor Neumann, der Abteilungsleiter beim Reichsbahnzentralamt war, ist abgetrennt worden. Der Abschluß auch dieses Verfahrens steht in Kürze bevor. Gegen mehrere andere Beamte ist das Verfahren eingestellt worden.

In zwanzig Stunden von Paris über Berlin nach Moskau.

Sonntag nachmittag war der Japaner Naraki mit dem Pariser Flugzeug in Berlin eingetroffen. Nach sechsstündigem Aufenthalt in Berlin flog er nach Moskau weiter, wo er Montag nachmittag eintraf. Morgen von Moskau aus weiterfliegend, wird er am Donnerstag in Teheran landen. Für die 2800 Kilometer lange Strecke Paris—Berlin—Moskau hat der Reisende die erstaunlich geringe Zeit von knapp zwanzig Stunden gebraucht.

Für 40 000 Mark Seide gestohlen

wurden aus dem Konfektionsgeschäft v. d. Osten in der Jerusalemer Straße in Berlin. Die Täter sprengten die Tür der im ersten Stock gelegenen Geschäftsräume und entwendeten aus den reichen Lagerbeständen die wertvollsten Stücke, hauptsächlich gemusterte französische Seide. Die Beute schafften die unbekannten Täter mit einer Autodroschke fort.

Explosion auf einer stillgelegten Zeche.

Am Montag nachmittag erfolgte in Dortmund auf dem städtischen Lagerplatz, auf dem sich der Schacht der stillgelegten Zeche „Lukas" befindet, eine heftige Explosion, die die einen halben Meter starke Betondecke, durch die der Luftschacht zur Zeche abgeschlossen war, sowie zwei Kanaldeckel des Querschlags in die Luft schleuderte. Nach Bekundungen von in der Nähe befindlichen Personen waren drei junge Leute in den Schacht gekrochen. Kurze Zeit darauf gelang es einem der drei Leute, einem 23 Jahre alten Bergmann, aus dem Eingang heraufzukommen. Er hatte schwere Brandwunden am Kopf davongetragen. Nach seinen Angaben soll einer seiner beiden Kameraden eine Pfeife geraucht haben, wodurch vermutlich die Explosion hervorgerufen wurde. Durch die herbeigerufene Rettungsmannschaft der Zeche „Kaiserstuhl" wurden die beiden Vermißten nach mehrstündiger Bergungsarbeit im Querschlag tot aufgefunden und heraufgeholt. Es handelt sich um einen 18 Jahre alten Bergmann und um einen 22 Jahre alten Bergarbeiter. Der Tod ist durch Verbrennung und Erstickung eingetreten.

Schwere Weinbergschäden.

Das schwere Unwetter, das in diesen Tagen in der Umgebung von Koblenz niedergegangen war, hat in den Weinbergen außerordentlich schwere Schäden angerichtet. Ein beträchtlicher Ausfall wird bei der diesjährigen Weinernte zu verzeichnen sein. An vielen Orten sind Temperaturen von 4—5 Grad unter Null gemessen worden. In einzelnen Orten kann die diesjährige Weinernte heute schon bis zu 50 Prozent als verloren gelten.

Wahlschwindel in Elberfeld.

In einer Straße der Altstadt in Elberfeld wurden Wahlkarten, die den Wählern als Ausweis über die erfolgte Eintragung in die Wahllisten zugehen sollten, gestohlen. Der Zweck des Diebstahls kann nur darin bestehen, mittels dieser Karten in den ersten Wahlstunden Personen unrechtmäßig auf Grund dieser Ausweise auf den Namen anderer zur Wahlurne zu schicken.

Prominente Reichstagskandidaten der Sozialdemokratischen Partei.

Stadtverordneter Heimann.

Reichswirtschaftminister a. D. Wissell.

Schwindel mit Sammlerbriefmarken.

Umfängliche Betrügereien durch den Bezug von Sammlerbriefmarken bildeten den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dresdener Schöffengericht. Angeklagt war der 1890 geborene ehemalige Bankbeamte Maximilian Viniarz, der sich zuletzt in Berlin aufhielt und auch dort verhaftet wurde. Er bestellte im Juni 1926, im Januar und Juni 1927 und im Januar 1928 an je einem Tage unter falschem Namen bei zahlreichen Firmen der verschiedensten Orte des Reiches Auswahlsendungen von Briefmarken, die er dann im eigenen Nutzen verkaufte. Die Bestellungen wurden nacheinander von Bühlau, Dresden, Gottleuba und Berlin aus gegeben. Als Geschädigte kommen 60 Firmen und Personen in Frage und ihr Verlust wird mit insgesamt rund 36 000 Mark beziffert. Der Beschuldigte war voll geständig. Er wollte durch Stellungsverlust und durch eine Betrugsvorstrafe, die ihm das Fortkommen erschwert haben soll, in Not geraten sein. Den eigentlichen Erlös aus den Briefmarkenverkäufen gab er mit etwa 5000 bis 6000 Mark an. Andererseits aber soll die Anklage noch gar nicht alle Betrugsfälle umfassen. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis, wovon drei Monate auf die erlittene Untersuchungshaft in Anrechnung kommen.

Schwerer Unfall in einem Hüttenwerk.

In dem Hüttenwerk der Alpinen Montangesellschaft in Donawitz bei Leoben flog ein Versuchsofen in die Luft. Drei Arbeiter wurden durch ausfließendes flüssiges Eisen und glühende Schlacken schwer verbrannt. Ein Arbeiter war sofort tot. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Riesenschaden durch den Frost in den Weinbergen am Mittelrhein.

Erst jetzt lassen sich die schweren Schäden, die der plötzlich eingetretene starke Frost in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag in den Weinbergsgegenden am Mittelrhein angerichtet hat, völlig übersehen. In Braubach sind etwa 50 bis 60 v. H. der Weinstöcke vernichtet worden. In den Rheintälern bei Bacharach ist ebenfalls mit einem großen Ernteverlust zu rechnen, obwohl überall in der Nacht Rauchfeuer angelegt worden waren. Bei Lorch sind ganze Gemarkungsanlagen vollkommen erfroren, während in anderen Lagen die hoffnungsvollen Aussichten auf eine gute Weinernte zum größten Teil vernichtet sind. Aus Bingen wird gemeldet, daß in Dromersheim und Aspisheim vier Fünftel der Ernte vernichtet sind. Die Kleinberger und Nießling-Reben wurden vollständig vernichtet. Auch die Ingelheimer Gegend hat schweren Schaden erlitten.

1½ Jahre Zuchthaus für einen ungetreuen Angestellten.

Der Heizer Wilhelm Brix, der Anfang dieses Jahres mit 30 000 Mark städtischer Gelder flüchtig geworden war und später in Köln verhaftet wurde, wurde am Montag von dem erweiterten Schöffengericht Frankfurt a. Main wegen Diebstahls im Rückfalle zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ein schweres Grubenunglück

ereignete sich auf der zur „Harpener Bergbau A.-G." gehörenden Schachtanlage Arnold in Werne. Von einem mit Steinen beladenen niedergehenden Kübel wurde eine Anzahl Bergarbeiter verschüttet; zwei wurden schwer, mehrere leicht verletzt.

Schwerer Autounfall bei Hannover.

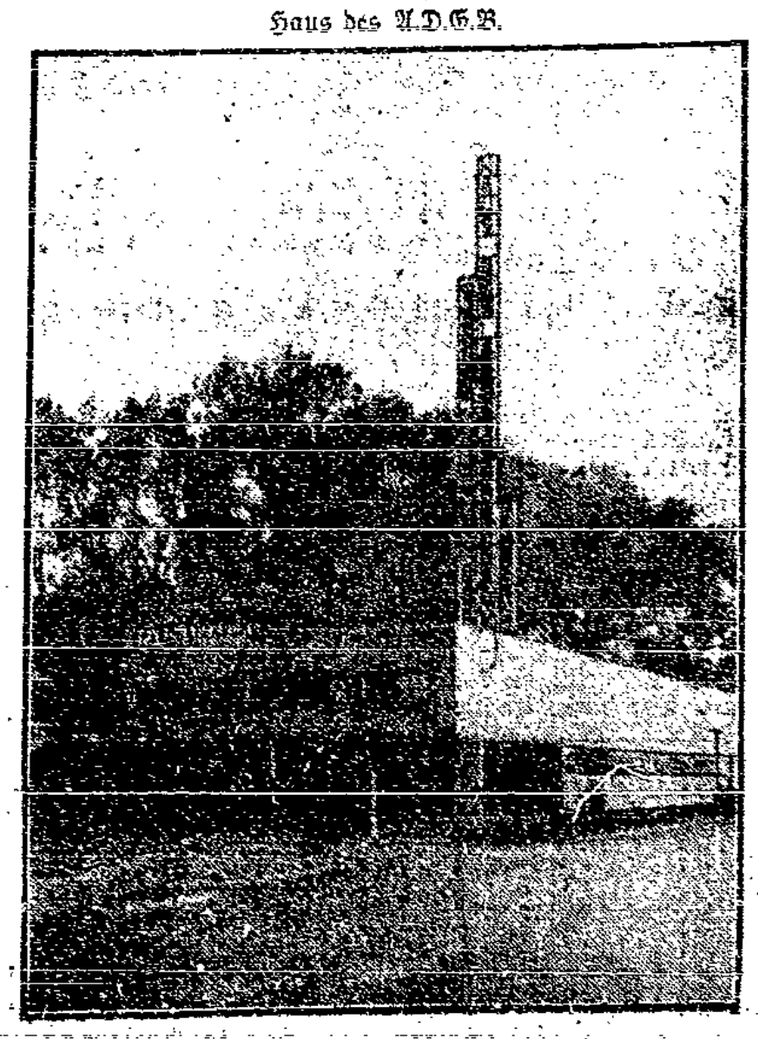
In der Nähe von Behrenborstel stießen zwei Kraftwagen in voller Fahrt zusammen. Ein Kraftwagenführer wurde getötet und ein Bankdirektor schwer verletzt.

Erdbeben in Tiflis.

In Tiflis wurden Montag mehrere starke Erdstöße verspürt, die von starkem unterirdischem Getöse begleitet waren. Die Bevölkerung flüchtete aus den Häusern auf die Straßen und Plätze. Viele Häuser haben Risse erhalten.

Von der Presse.

Haus des A.D.G.B.



Schweres Automobilunglück in St. Pölten in Oesterreich.

Im Laufe des Sonntags ereignete sich eine Reihe schwerer Autounfälle, bei denen mehrere Bayern, die mit einem Auto zu einer Fahnenweihe nach Wien gekommen waren, schwer verletzt wurden. Der Münchener Fabrikant und Druckereibesitzer Karl Wittmann war in Begleitung des Münchener Kaufmanns Jakob Bittermann, des Eisenbahnangestellten Adolf Gärtner, des Kaufmanns Zeiler und des Monteurs Michael Erd vom Fest eines Kapsel-Schützenvereins auf Sierning bei Steyr nach Wien gekommen. Bei St. Pölten geriet das Auto ins Schleudern, ein Rad zerbrach und das Auto überschlug sich. Bittermann blieb auf der Stelle mit einem Schädelgrundbruch tot liegen. Wittmann, Zeiler und Gärtner erhielten schwere Verletzungen. Der Monteur Erd erlitt nur Hautabschürfungen. Die Verletzten wurden mit Sanitätsauto nach St. Pölten ins Spital gebracht. Bei den übrigen Autounfällen, die sich in Wien und Umgebung ereigneten, sind noch ein Toter und mehrere Schwerverletzte zu beklagen.

Der Weltflug des Millionärs.

Mit seinen zwei holländischen Piloten, einem Diener und einem Mechaniker, ist van Lear Black Montag von Croydon zu seinem Afrika-Asien-Flug gestartet. Der erste Teil der Reise führt nach Venedig, wo van Lear Black heute nachmittag geschäftliche Unterredungen hat. Der amerikanische Millionär hat nämlich die Reise mit geschäftlichen Besprechungen verbunden, um den Wert des Flugzeuges im Dienst des modernen Handels zu propagieren. Von Venedig führt der Weg über Brindisi, Athen, Kairo, Kapstadt zurück nach Kairo und über Basra, Britisch-Indien nach China und Japan. Der ganze Weg beträgt über 65 000 Kilometer.

Ein Unglücksfall auf einem Genfer See-Dampfer.

Sonntag nachmittag ereignete sich ein Unglücksfall auf dem Genfer See. Unmittelbar vor der Landungsbrücke von Pully (bei Lausanne) begegnete sich zwei Dampfer, die beide in Pully landen wollten. Der Anker des einen verfing sich in einer Kette des anderen und riß ein Stück des Mastes los, das auf das Vorderteil des Dampfers fiel. Drei Frauen wurden getroffen. Zwei wurden schwer verletzt und eine starb gegen abend im Kanton-Spital.

Ein Domela-Streich.

Ein falsches Fürstenpaar hat dieser Tage der Stadt Namur in Belgien einen lustigen Streich gespielt. Die Stadt bereitete einen großen Empfang zu Ehren eines indischen Fürstenehepaares vor, und die Lokalblätter forderten die Bevölkerung auf, bei der Ankunft des Prinzen und der Prinzessin Ryota-Dragproe zu flaggen und ihnen einen ehrenvollen Empfang am Bahnhof zu bereiten. Bereits eine Stunde vor Ankunft des Zuges, der das illustre Paar heranbringen sollte, hatte sich eine begeisterte Menge auf dem Bahnhofplatz angesammelt. Das indische Fürstenpaar wurde mit enthusiastischem Jubel begrüßt. Da die hohen Gäste aber die französische Sprache nicht beherrschten, und die Stadtväter des Hindostanischen nicht mächtig waren, mußten die Begrüßungsfeierlichkeiten abgekürzt werden. In luxuriösen Kaleschen geleitete man die Gäste nach dem Rathaus. Hier erklärten sie beide plötzlich, daß sie nunmehr französisch sprechen könnten und die behördliche Hilfe nicht mehr nötig hätten. Dann verschwand das hohe Paar spornstreichs in der wie versteinert dastehenden Menge. Am nächsten Tage erfuhr man, daß sich einige belgische Studenten einen Streich geleistet und die Stadt Namur auf den Leim geführt hatten.

Erneute Bombenanschläge in Sofia.

Am Montag gegen 3 Uhr morgens erfolgten in Sofia zwei neue Bombenexplosionen an zwei entgegengesetzten Stellen der Stadt, und zwar im Hause eines Kaufmanns und vor der Villa des Hadji Kaltschoff, eines der reichsten Männer Bulgariens, Höllenmaschinen, ohne jedoch größeren Gebäudeschaden anzurichten. Die Ausführung der Anschläge entsprach genau der des kürzlichen Anschlages auf die Handelsbank. Politische Bedeutung wird den Anschlägen nicht beigemessen. Diese werden vielmehr nur als Kundgebung gegen die zu geringen Erdbebenbeihilfen verschiedener Persönlichkeiten angesehen. Infolge der raschen Wiederholung der Anschläge hat sich der Bevölkerung große Aufregung bemächtigt.

Eine Stadt unter Wasser.

Die Stadt Bec an der südslawisch-albanischen Grenze ist von einer schweren Ueberschwemmungskatastrophe heimgesucht worden. Die Fluten des Bistrica-Flusses, der durch die anhaltenden Regengüsse der letzten Tage über die Ufer getreten ist, haben die ganze Stadt unter Wasser gesetzt. 24 Häuser wurden von den Fluten weggerissen; ein Kaffeehaus und mehrere Geschäftshäuser wurden zerstört.

Lord Balfours Erinnerungen.

Der 80jährige Lord Balfour hat mit der Abfassung einer zweibändigen Autobiographie begonnen, in der der ehemalige englische Premierminister und Außenminister wichtige, bisher unveröffentlichte politische Urkunden zu veröffentlichen gedenkt.

Frankreichs Geburtenziffer sinkt.

Nach der amtlichen Bevölkerungsstatistik ist die Zahl der Geburten in Frankreich im Jahre 1927 abermals gesunken. Während im Jahre 1926 = 766 266 lebende Geburten zu verzeichnen waren, betrug ihre Zahl 1927 nur noch 741 708.

Kapitän Courtney will demnächst zum Ozeanflug starten.

Kapitän Courtney beabsichtigt, sobald es die Wetterbedingungen gestatten, von Plymouth mit seinem Dornier-Wal-Flugboot zum Ozeanflug zu starten. Wie verlautet, erwägt Courtney nunmehr einen direkten Flug England—Newyork über Neufundland, anstatt, wie bisher geplant, über die Azoren. Neben Courtney, einem Beobachter und Mechaniker wird sich an Bord des Flugzeuges der erste Fahrgeld bezahlende Passagier eines Ozeanfluges, der kanadische Millionär E. L. Hosmer, befinden. Für die Navigation werden die drahtlosen Einrichtungen benutzt werden, da kein Kompaß mitgeführt wird.

25 Häuser vom Feuer zerstört.

In einem Vorort von Rio de Janeiro wurden 25 Häuser durch Feuer zerstört. Eine Anzahl von Personen wurde durch herabstürzende Balken verletzt.

Kathreiners Malzkaffee
wenn Sie sparen wollen!

Aus Schlesien.

Landrat Seibold in Jordansmühl.

Was die „Schlesische Zeitung" berichtet.

Trotzdem der Landbund in letzter Stunde zum Boykott der Veranstaltung aufgerufen hatte, konnte der stellvertretende Amtsvorsteher Eichholz am vergangenen Sonntag in Jordansmühl eine vollkommen überfüllte Versammlung, zu der Genosse Seibold in seiner Eigenschaft als Landrat gebeten worden war, eröffnen. Der Besuch setzte sich zum überwiegensten Teil aus Landarbeitern und kleinen Besitzern zusammen, ein erneuter Beweis dafür, daß die Hetzparolen des Landbundes in den weitesten Kreisen der selbständigen Landwirte ihren Einfluß verloren haben. Unter größtmöglichster Aufmerksamkeit der Versammlung, mehrfach von ostentativem Beifall unterbrochen, wies er die Anwürfe des Landbundes und seiner Mannen gegen die Kreisverwaltung in unwiderlegbarer Form zurück und zeigte, wie der Landwirtschaft wirklich zu helfen ist. In der Diskussion sprachen nur Anhänger der Sozialdemokratischen Partei, sowie ein parteiloser Arbeiter, die Landrat Seibold das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung unseres Kreises zusicherten. Der zufällig anwesende Gauleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Genosse Grötzner, Breslau, war in der Lage, die Arbeiterfreundlichkeit der Herren Schimpff und Rößler durch einige Feststellungen aus der Praxis treffend zu illustrieren. Mit einem Hoch auf die Deutsche Republik, konnte der stellvertr. Amtsvorsteher Eichholz die gut verlaufene Versammlung schließen.

* * *

rw. Die Seiboldhetze ist übrigens in der letzten Zeit fester Bestandteil der deutschnationalen Wahlagitation. So brachte die „Schlesische Zeitung" einen mit blühender Phantasie redigierten Bericht über eine gleichartige Versammlung in Manz, wo der mobilisierte Stahlhelm den unangenehmen Landrat mit Biergläser voll Schnaps auf dem Tisch erwartete und sehr böse war, als die Veranstaltung des überzahlreichen Publikums wegen in den Hof verlegt wurde, wo die „Aktionskraft" der von Herrn Schimpff angeführten Herren nichts so aussichtsvoll war, wie im Saale. Tags darauf stand in dem gleichen Blatt eine Zuschrift aus Nimptsch zu lesen, die einem selbstverfaßten geistig und politischen Armutszeugnis der Nimptscher Deutschnationalen gleichkam und mit der Einleitung begann:

„Der nationale und staatserhaltende (!) Teil der Nimptscher Kreisbevölkerung hat durch seine Vertreter alles Menschenmögliche versucht, um bei den höheren Instanzen alle die skandalösen Verhältnisse aufzudecken, die einen ehedem so blühenden Kreis wie den unseren ruiniert (!) haben."

Natürlich ist in diesem Artikel, der ständig die Grundsätze der verhaßten Demokratie gegen den roten Landrat zu Hilfe ruft, nicht vermerkt, daß die wirklich in Frage kommenden Maßnahmen der Kreisverwaltung, die den Nimptscher Landwirten nicht gefallen, **stets mit den Stimmen der bürgerlichen Mehrheit des Kreistages bzw. Ausschusses beschlossen wurde.**

Vorstandssitzung des Niederschlesischen Landgemeindeverbandes.

(Offizieller Bericht.)

Der Landgemeindeverband Niederschlesien E. V. hielt am Freitag, den 11. Mai, eine Sitzung des Gesamtvorstandes in den Räumen seiner Breslauer Geschäftsstelle unter der Leitung des Verbandsvorsitzenden, Bürgermeister a. D. Stackel-Schreiberhau, ab. Die Versammlung nahm von den zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und den berufsständischen Vertretungen vereinbarten Richtlinien über das Anhörungsrecht ohne Einwendung Kenntnis, betonte aber dabei, daß das Anhörungsrecht nach wie vor grundsätzlich abgelehnt werden muß, solange nicht den Gemeinden das gleiche Recht gegenüber den berufsständischen Vertretungen eingeräumt wird. Mit starkem Befremden wurde davon Kenntnis genommen, daß die Verwaltungskostenzuschüsse der Reichsbahn und der Post an die Arbeitnehmer-Wohnsitzgemeinden noch immer nicht zur Zahlung gekommen sind, trotzdem das Reichsgesetz vom 10. August 1925 über die gegenseitigen Besteuerungsrechte die gesetzliche Verpflichtung von Reichsbahn und Post grundsätzlich festgelegt hat. Es ist der Reichsregierung noch immer nicht möglich gewesen, die für das Gesetz erforderlichen Ausführungsbestimmungen zur Verabschiedung zu bringen. Dadurch ist für die beteiligten Stadt- und Landgemeinden ein nicht mehr erträglicher Zustand geschaffen. Diese können sich über die entstandenen Schwierigkeiten entweder nur durch kurzfristige Kredite oder durch Anspannung der Realsteuerzuschläge hinweghelfen. Durch die erhöhten Zuschläge werden weite Schichten der Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Entsprechende Schritte seitens des Verbandes zu unternehmen wurde beschlossen.

Weiterhin wurde die Aufbringung der Wohlfahrtslasten durch die Fürsorgeverbände erörtert. Die Bezirksfürsorgeverbände erhalten einen Anteil aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer zur Deckung dieser Wohlfahrtslasten. Die Senkung des Aufkommens an Hauszinssteuer durch die Milderungsbestimmungen hat sich im letzten Jahre sehr nachteilig für die Bezirksfürsorgeverbände und die Gemeinden ausgewirkt, indem durch die geringere Beteiligung der Bezirksfürsorgeverbände an der Hauszinssteuer eine weitere starke Belastung der Gemeinden durch erhöhte Kreisabgaben eingetreten ist. Die ständige und unaufhaltsame Steigerung der Volksschullasten auf der einen Seite und die Verringerung der Ergänzungszuschüsse auf der anderen Seite macht eine Verteilung der staatlichen Ergänzungszuschüsse nach Maßgaben, in denen die Leistungsschwäche der Schulverbände und Gemeinden tatsächlich und richtig zum Ausdruck kommt, zur unabweisbaren Notwendigkeit. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der sich mit dieser Frage besonders befassen und in der nächsten Sitzung entsprechende Vorschläge machen soll. Die Neueinrichtung der Arbeitsämter auf Grund des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittelung macht es erforderlich, dafür zu sorgen, daß auch in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter die Landgemeinden gebührend vertreten werden. Veränderungen in der Alters- und Invalidenversicherung werden von der Landesversicherungsanstalt nur durch Aushang in den Postanstalten bekannt gemacht, obwohl gerade die Gemeinden an diesen Bestimmungen lebhaft interessiert sind. Die Versammlung sprach sich dafür aus, daß die Gemeinden durch die Landesversicherungsanstalt unmittelbar von derartigen Bestimmungen benachrichtigt werden. Der ministeriell anerkannte Gutachterausschuß (Schiedsstelle) für Beamtenbesoldungsfragen, der auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Bezirksgruppe Niederschlesien des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens (Komba) und dem Landgemeindeverband gebildet worden ist, hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Beisitzer wurden vom Vorstande bestätigt.

Luftverkehr Breslau—Stettin.

Da aus technischen Gründen die Strecken Stettin—Kalmar—Stockholm, Lübeck/Travemünde—Kalmar, Lübeck/Travemünde—Kopenhagen—Gotenburg—Oslo, Stettin—Kopenhagen statt wie vorgesehen am 14. Mai, erst am 21 Mai eröffnet werden, und die Strecke 159 Breslau—Stettin lediglich dem Anschluß an diese internationalen Linien dient, so muß auch die Eröffnung der Strecke 159 Breslau—Stettin auf den 21 Mai verschoben werden.

Bezirkssekretariat Mittelschlesien.

Sehr wichtig! Ausschneiden! Aufbewahren!

Ab heute sind unsere Telefonnummern: 59 660 und 59 061.

Waldenburg. Abgemeldet. Ein Zeichen dafür, daß im Waldenburger Revier die Kommunisten mit ihren Phrasen keinen Hund hinter dem Ofen vorlocken, ist der Besuch ihrer Versammlungen. So hatten sie es in Dittersbach auf ganze fünf Besucher gebracht, die an einem Tische Platz nahmen. Es fehlte also noch ein Mann zur zweiten Skatpartie. — In Konradsthal ging es diesen Herrschaften nicht viel besser. Dort brachten sie es trotz zweistündigem Radau ihrer Bettelmusikanten auf neun Versammlungsbesucher. — In Adelsbach und Bad Salzbrunn hatten sie den gleichen „Erfolg" zu verzeichnen. Die Vernunft bricht sich eben Bahn, dagegen können auch die Roten Frontkämpfer mit ihrem Schalmeiengeheul nicht ankämpfen.

Schweidnitz. Das macht ihm keiner nach. Vor dem hiesigen Schöffengericht stand der 65 Jahre alte Handschuhmacher Karl Protzner, der wegen Bettelns und Landstreichens in das Arbeitshaus geschickt werden sollte und dagegen Berufung eingelegt hatte. Als der Richter das Strafregister des Protzner verlesen hatte, zweifelte kein Zuhörer, daß es bei dem Urteil der ersten Instanz bleiben wird, denn Protzner war nicht weniger als 107mal vorbestraft. Nun muß der 65jährige ins Arbeitshaus wandern.

Liebau. Risiko der Arbeit. Der Maschinenführer Hartmann geriet in der Dampfziegelei in Nieder-Haselbach mit dem rechten Oberarm in die Antriebswelle des Werkes. Dabei wurde ihm das Fleisch buchstäblich vom Knochen gerissen.

Hirschberg. Totgefahren. Das fünfjährige Söhnchen des Packers Walter verließ auf der Schmiedeberger Straße den Bürgersteig, um sich an einem vorbeifahrenden Bierwagen anzuhängen. Im gleichen Moment passierte diese Stelle ein Personenauto, und noch ehe der Chauffeur das Auto zum Stehen bringen konnte, war das Kind überfahren und verstarb an einem schweren Schädelbruch.

Petersdorf. Das zweite Opfer. Wie bekannt, verletzte der Sohn der hiesigen Frau Lindner vor einiger Zeit seine Braut schwer durch Schüsse. Seine Mutter, die aus Entsetzen über die Tat in geistige Umnachtung verfallen war, ist jetzt im Irrenhaus in Lüben gestorben.

Neurode. Neben der Zimmermannsbaude auf dem Eulenkamm hat eine neue Baude „Zum Hausdorfer Kreuz" ihre Pforten geöffnet. Die neue Baude ist sehr günstig an der Autostraße Peterswaldau—Neurode gelegen.

Kattowitz. Ein Beleidigungsprozeß Korfantys. Das hiesige Landgericht verurteilte in dem politischen Beleidigungsprozeß des Abgeordneten Korfanty gegen den verantwortlichen Redakteur der „Polska Zachodnia" den Beklagten zu 300 Zloty Geldstrafe, mit der Begründung, daß der Wahrheitsbeweis für die von der „P. Z." gegen Korfanty erhobenen Beschuldigungen nicht gelungen sei und die Behauptungen deshalb als nicht erwiesen betrachtet werden müßten. Die „P. Z." hatte Korfanty u. a. der Anstiftung zum Bombenattentat auf das in seinem eigenen Besitz befindliche Verlagsgebäude der „Polonia" 1926 beschuldigt und ihn der Ehrlosigkeit seiner Kampfesweise gegenüber den Aufständischen in der Plebiszit- und Aufstandszeit geziehen.

Aus der Umgebung.

Neu-Breslau.

Dienststunden der Landjägerämter in Neu-Breslau.

Breslau-Rerlich: Vom 1. April bis 30. September werktäglich von 7½ bis 11½ Uhr, vom 1. Oktober bis 31. März werktäglich von 8 bis 15 Uhr. Sprechstunden des Reviervorstehers (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage): von 10 bis 11½ Uhr.

Stabelwitz, Herrnprotsch und Groß-Masselwitz: Jeden Dienstag und Freitag von 15 bis 16½ Uhr bei Rerlich, in Neu-Stabelwitz 39.

Klein-Masselwitz und Pilsnitz: Jeden Dienstag und Freitag von 17½ bis 18½ Uhr bei Schirm in Pilsnitz.

Breslau-Schwoitsch. Des Lebens überdrüssig. Am Sonntag vormittag wurde der Friseur Georg F. in Schwoitsch, Dorfstraße wohnhaft, im Garten seines Grundstücks tot aufgefunden. Er hatte sich erhängt.

Carlowitz. Das Motorrad als Schrittmacher. Als der Oberlandjägermeister Fisch aus Neißerbon auf einer Dienstfahrt mit seinem Motorrade in Carlowitz die neue Asphaltstraße entlangfuhr und vor entgegenkommenden Personen etwas stoppte, verspärrte er plötzlich einen Rad am Hinterrad. Als er anhielt, bemerkte er zu seinem Erstaunen, daß sich an seinem Motorrade eine sogenannte Rennmaschine, festgehakt hatte und mitschleifte. Nach einer Weile tauchte dann auch der Besitzer des verunglückten Bejkels, ein junger Bursche, auf, der zaghaft seinem Stahlroß nachgehumpelt kam. Er hatte das Motorrad als sogenannten Schrittmacher benutzt und war, als dieser stoppte, aufgefahren und mit der rechten, nach unten gebogenen Lenkstange hängen geblieben. Obgleich der Radfahrer im großen Bogen aus dem Sattel flog, war er diesmal nur mit dem Schrecken und einigen kleinen Hautabschürfungen davon gekommen. Vor dieser Unsitte kann nicht genug gewarnt werden.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
doch das Beste!

Landkreis Breslau.

Deutschnationale Pleite. — Erfolg der Sozialdemokratie.

Die Zeit, in der mit nationalen Phrasen noch große Wählermassen einzufangen waren, scheint auch auf dem Lande vorüber zu sein. Das beweist am besten die Tatsache, daß es den Deutschnationalen nicht gelang, ihre für Montag, den 7. Mai, in Ransern einberufene Wählerversammlung abzuhalten. Sowohl die Arbeiter als auch die Kleinbauern blieben der Versammlung fern. Demgegenüber wies die am Sonnabend, den 12. Mai, in Seidels Lokal abgehaltene sozialdemokratische Wählerversammlung einen Besuch von ungefähr 100 Personen auf. Außer Land- und Industriearbeitern waren erfreulicherweise auch eine Anzahl kleinere Landwirte erschienen. Redner des Abends war Genosse Marschallek, Breslau. In volkstümlicher Weise veranschaulichte er den Zuhörern in seinem Referat: „Vor der Entscheidung, Freiheit oder Knechtschaft", noch einmal das umfangreiche Sündenregister der Ausbeuterregierung. Nach den mit stürmischen Beifall aufgenommenen Ausführungen meldete sich kein Gegner zu Wort und die eindrucksvolle Kundgebung konnte mit einem Marsch der Reichsbannerkapelle Oswitz geschlossen werden. Ein gutes Zeichen für den Opfermut der Arbeiterschaft war auch der Sammlungsbetrag für den Wahlfonds in Höhe von 7,50 Mark.

Kaysdorf bei Hünern. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach Sonntag nachmittag Genossin Kläre Marx über die kommenden Wahlen. Sie setzte sich mit der Politik und dem Programm der uns umwerbenden politischen Parteien auseinander und wies überzeugend nach, daß nur die Sozialdemokratische Partei die Gewähr für Einhaltung der Wahlversprechungen und für eine fortschrittliche friedliche Aufbauarbeit gebe. In einer lebhaften Diskussion mit anwesenden Gegnern wurden Fragen der Reichswehr und des Achtstundentages noch besonders geklärt.

Carowahne. Ueberfall auf einen Lehrer. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde der Lehrer M. aus Carowahne überfallen und schwer verletzt. Von den Tätern, wahrscheinlich junge Burschen, ist nichts bekannt, ebenso fehlt ein erkenntlicher Grund zu diesem Ueberfall.

Kreis Neumarkt

Der „Gotteslästerer" Schulrat Kurz.

Eine amtliche Aeußerung des preußischen Kultusministers.

Wie bekannt, hat der sogenannte „Fall Kurz" im Kreise Neumarkt, unter Regie eifriger Pastoren, sich zu einem Hauptschlager der deutschnationalen Wahlpropaganda gegen die „unchristliche" Sozialdemokratie entwickelt, der nicht nur in den Käseblättern des ganzen Reiches verbreitet wird, sondern auch gestern noch dem deutschnationalen Wahlredner von Freytag-Loringhoven in Deutsch-Lissa dazu diente, die „Zuchtlosigkeit der Zeit" — die natürlich auf Sozialdemokratie zurückfällt — und die Notwendigkeit eines Schulgesetzes vorzudemonstrieren, nach dem die staatliche Schule unter die Kontrolle kirchlicher Organe gestellt wird.

Gerade zur richtigen Zeit kommt aber eine Antwort des preußischen Kultusministers auf die zu diesem Fall eingebrachte deutschnationale Kleine Anfrage, in der nun ausdrücklich und uns mißverständlich festgestellt wird, daß

> dem Schulrat Kurz ein irgendwie religionsfeindliches Verhalten zwar **nicht zur Last gelegt werden kann**, daß er sich aber bei seinem Eingreifen in den Religionsbesuch schwere methodische Fehler zu Schulden kommen ließ, die, **wenn auch ganz wider seinen Willen**, den Eindruck erwecken konnten, daß er herabsetze, was den Christen heilig ist . . .

Diese Feststellungen, auf Grund deren ein Verweis erteilt wurde, beruhen wohlgemerkt auf einem Bericht der Breslauer Regierung, deren Ansicht über Methodik beim Religionsunterricht auch in den Augen der eifrigen, übereifrigen Pastoren im Kreise Neumarkt unanfechtbar sein dürften. Wir können uns vorstellen, daß man über diese Frage der zweckmäßigen Methodik verschiedener Meinung sein, kann doch gegenüber der maßlosen deutschnationalen Wahlhetze, die mit diesem Fall betrieben wurde, genügt die Feststellung, daß auch die keineswegs übermäßig fortschrittliche Schulabteilung der Breslauer Regierung keine Gotteslästerung für vorliegend erachtete.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Leipe-Petersdorf. Donnerstag, den 17. Mai, nachmittags 3 Uhr, spricht im Lokal von Fiebach in einer öffentlichen Wählerversammlung Rechtsanwalt Dr. Eckstein-Breslau. Wähler und Wählerinnen aus der Umgegend, erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung.

Lilienthal. Am Donnerstag, den 17. Mai, abends 8 Uhr, spricht Dr. Eckstein-Breslau im Lokal von Kreisel in einer öffentlichen Wählerversammlung. Die Wählerinnen und Wähler aus der Umgegend sind hiermit ebenfalls dazu eingeladen.

Breslau-Klein-Mochbern. Heut abend 8 Uhr findet bei Hielscher eine öffentliche Wählerversammlung statt. Redner: Lehrer Faulhaber-Breslau. Wählerinnen und Wähler erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung.

Groß-Mochbern. Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 Uhr, spricht in öffentlicher Wählerversammlung im Lokal von Schreier der Gewerkschaftssekretär Genosse Kremser-Breslau. Genossinnen und Genossen erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung und bringt Freunde und Bekannte mit.

Klettendorf. Im Lokal von Conrad spricht am Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 Uhr, der Landtagsabgeordnete Wilhelm Winzer-Breslau in einer öffentlichen Wählerversammlung. Wähler und Wählerinnen, erscheint restlos zu dieser Versammlung.

Breslau-Lissa. Freitag, den 17. Mai: Oeffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Antwort an Herrn Freytagh-Loringhoven.

S. A. J. Klettendorf. Mittwoch, den 16. Mai: Spiel- und Liederabend. 20. Mai: Abendwanderung. Abmarsch 4½ Uhr von der Kirche.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold",

Kreis Breslau-Land.

Diese Woche bis einschließlich Sonntag, den 20. Mai (Wahltag), fallen alle Veranstaltungen und Versammlungen aus. Zugelassen sind nur solche Veranstaltungen, die im Einvernehmen mit den örtlichen Parteileitungen im Interesse des Wahlkampfes notwendig sind. Die Richtlinien der Bundesleitung sind dabei zu beachten. Die Kameraden haben sich restlos ihrer Partei zur Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen. Alle Kräfte müssen angespannt werden. Keiner darf abseits stehen. Alles auf zum Kampf für Freiheit und Recht!

Der Kreisleiter.

Nummer 4

Junge Kämpfer

16. April 1928

Ruf an die Jugend!

Als der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Wels, am 29. März im Reichstag mit der Politik des Bürgerblocks abrechnete, brachte er am Schluß seiner aufrüttelnden Rede zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie als die Partei der Zukunft in ihrem Kampfe und die sozialistische Gesellschaft besonders auch den Menschen der Zukunft, der Jugend, vertraue. Der Kampf um den Sozialismus sei ein Kampf, der schon von Generationen geführt wurde und der, bis zum völligen Siege, vielleicht noch von Generationen weitergeführt werden müsse.

Dieses Vertrauen der Sozialdemokratie zur Jugend besteht zu Recht, und es begegnet sich mit dem Vertrauen, das viele Tausende junger Menschen zur Sozialdemokratie haben. Wenn jemals politisch Interessierte, von beellem Sehnen und Streben erfüllte junge Menschen glauben, daß die bürgerlichen Parteien für ihr ideales Streben Raum hätten, dann sind sie nach dem vierjährigen Regiment des Bürgerblocks eines besseren belehrt. Besitz-Interessen sind keine Jugendideale, und nur um Besitz-Interessen hat es sich bei der Politik des Bürgerblocks gehandelt. Darum rief vor kurzem ein Vertreter der Deutschnationalen in Potsdam klagend aus: „Die Jugend kommt nicht mehr zu uns. Wir sterben aus!" Darum rebelliert es in der katholischen Jugend, die immer mehr darauf drängt, daß als Stätte christlichen Lebens nicht mehr nur der Himmel, sondern vor allen Dingen auch die Erde gelten soll.

Die Jugend will soziale Gerechtigkeit. In breiter Front kämpft sie heute für Jugendschutz und Freiheit. Die Jugend will die Herrschaft des Kapitalismus nicht mehr dulden; sie ist in weitesten Kreisen, wenn auch vorläufig noch stark gefühlsmäßig, antikapitalistisch eingestellt. Die Jugend strebt nach Gestaltung eines neuen Gemeinschaftslebens, nach einer neuen Kultur, sie wünscht bis weit in die Reihen politisch noch rechtsstehender Kreise den deutschen Einheitsstaat. In immer stärkerem Maße tritt in Erscheinung, daß die sich ernsthaft mit den aus der sozialen und kulturellen Not unseres Volkes aufsteigenden Problemen beschäftigende Jugend Lösungen nur in der sozialistischen Gedankenwelt, und ehrliches wirklich lediglich auf die Wohlfahrt des Volksganzen bedachtes praktisches Bemühen um gesellschaftliche Erneuerung nur in der sozialdemokratischen Politik findet. Immer weitere Kreise der Jugend erkennen, daß allein die Sozialdemokratie jungen, mit ihrem ganzen Sinnen und Trachten in die Zukunft, in eine bessere Zukunft, gerichteten Menschen, die Möglichkeit bietet, ihr politisches Mitbestimmungsrecht ihren Idealen entsprechend auszuüben.

Diese jungen Menschen werden den Ruf der Sozialdemokratie nicht überhören, sie werden Vertrauen mit Vertrauen erwidern und im Wahlkampf dafür mitkämpfen, daß nicht nur der Bürgerblock gestürzt wird, sondern gleichzeitig die Sozialdemokratie einen so großen Machtzuwachs erhält, daß die künftige Politik unseres Landes unter ihren bestimmenden Einfluß kommt.

Max Westphal.

Arbeiterjugend und Kino.

Siebenundfünfzig tausend Kinos gibt es auf der Erde. Rund siebzig Millionen Menschen sitzen täglich in diesen Kinos. Rund siebzig Millionen Menschen folgen der Lockung, die von den grellbunten Plakaten, den Bildern und Lichtern ausgeht, siebzig Millionen Menschen folgen täglich dem Ruf ihrer Sehnsucht, nach acht Arbeitsstunden eine Stunde lang in eine andere Welt zu blicken, abgelenkt zu werden vom Alltag, sich zu „zerstreuen", sich zu unterhalten.

Niemand darf den Menschen einen Vorwurf daraus machen, daß sie so oft ins Kino gehen. Nichts ist begreiflicher, als daß der Arbeitsmensch nach seiner Tagesfron seiner Umgebung entfliehen und sich mit Hilfe der flimmernden Bilder auf der weißen Leinwand in eine andere Welt versetzen will. Eine gerechte und klassenlose Gesellschaft könnte das Kino zum idealen Aufenthaltsort dieser abgehärmten, abgehetzten Arbeitsmenschen machen, könnte ihnen dort Erholung, neues Erleben, diese Freude schenken und einen weiteren Blick in die Wunder dieser Welt.

Aber unsere Gesellschaft ist nicht gerecht und nicht klassenlos. Das Kino gehört der herrschenden Klasse. Um einen Film zu erzeugen, ist sehr viel Geld notwendig. Dieses Geld gibt dem Filmkünstler der Filmkapitalist. Er fordert dafür von dem Künstler, daß er in seinem Film die Interessen des Geldgebers, des Filmkapitalisten, des Kapitalismus überhaupt, vertrete. Das Geld gibt der herrschenden Klasse die Macht über das Kino. Und die Macht über das Kino gibt der herrschenden Klasse eine ungeheuerliche, in ihrer Ausdehnung kaum abschätzbare Macht über das Bewußtsein der Menschen, über das Denken und Handeln der großen Masse, die im Kino Entspannung und Erholung vom Alltag sucht.

Diese Macht ist kaum einer andern vergleichbar. Wie viele Menschen hören einen Vortrag? Wie viele sehen ein Theaterstück? Wie viele lesen ein Buch? Einen Vortrag hören zweitausend, ein Theaterstück sehen vielleicht hunderttausend, ein Buch lesen vielleicht fünfhunderttausend, vielleicht eine Million Menschen. Was bedeutet das neben der Menschenzahl, die einen Film sieht? Ein großer Film gelangt zu hundert, zu zwei-, dreihundert Millionen Menschen und noch mehr. Nicht die verbreitetste Zeitung, nicht einmal das Radio, das durch die Grenzen der Sprache gehemmt ist, reicht so weit. Da gibt es auf der ganzen Erde aber tausende kleine Ortschaften und Dörfer, die keinen Vortrag und kein Theater kennen, in die kaum je ein Buch sich verirrt, in die kaum je eine Zeitung kommt. In all diesen kleinen Orten gibt es Kinos, in all diese kleinen Orte kommt der Film.

Und in all diesen kleinen Orten predigt er ebenso wie in den glänzenden Filmpalästen der großen Städte die Lehre von der glücklichen und gerechten Gesellschaft, in der wir leben, von den „Segnungen", die der Kapitalismus, der Militarismus, das Kaiser- und Königtum, die Herrschaft der Millionäre und Milliardäre über die Menschheit bringt.

Aber dieser bürgerliche Film ist klug. Er predigt nicht offen, o nein. Ihr wollt euch doch unterhalten? Nun gut, unterhaltet euch. Seht diese harmlose, einfache Geschichte, in der der junge Arbeiter der Tochter des Millionärs das Leben rettet und sie heiratet. Lustig ist das, flott, man sieht hübsche Menschen, hübsche Kleider, schöne Landschaften, prächtige Feste. Ihr denkt nicht daran, daß euch hier gepredigt werden soll, diese unsere Welt ist eine ideale Welt, jedem steht der Weg zum Reichtum offen, er muß nur das Glück haben, eine Millionärstochter retten zu dürfen; wer ein armer Teufel bleibt, der ist nur selbst schuld an seinem Elend; gerecht ist unsere Gesellschaft, wozu braucht es dann den Klassenkampf, von dem die verfluchten Sozialisten immer reden?

Oder eine andere harmlose, heitere Geschichte: Da ist ein Kaiser, er mag nun Wilhelm heißen oder anders, der will ein Mädel aus dem Volke heiraten. Er ist ein Mensch wie die andern, nein, er ist unglücklicher als die andern. Denn der Willi darf seine Marie heiraten, wenn er sie liebt, der Kaiser Wilhelm aber darf das nicht. Er muß sich für sein Volk „opfern". Er ist unglücklich, damit sein Volk durch ihn „glücklich" sei. Und da gibt es noch Leute, die von den Verbrechen der Monarchie zu sprechen wagen? Ja, übersehen die denn ganz, daß alle Kaiser und Könige der Welt nur ein Leben der Opferbereitschaft für ihre Völker geführt haben? Und da behaupten immer noch böse Revolutionäre, daß Kaiser und Könige ihre Völker ausgeplündert und in den Tod der Schlacht gehetzt haben?

Oder ein Lustspiel; fesche Offiziere, lustige Menschen, Grafen, Adelige, fidele Mädchen. Eine schöne Welt war das doch beim Militär! Wenig Arbeit, viel Vergnügen. Und das soll nicht wiederkommen? Weil diese dreimal verdammten Sozialisten im Militär ein Knechtungsorgan der herrschenden Klasse, weil sie im Soldaten nur das Kanonenfutter für die imperialistischen Gelüste der Kaiser, für die Geschäfte der Börsianer und Kanonenfabrikanten sehen?

Ob nun der Graf das arme Mädel heiratet oder die Prinzessin den armen Gärtner, ob nun der Verbrecher bestraft und der beschuldigte brave Mann reingewaschen, oder der Schurke, der dem armen Mädchen die Farm rauben wollte, erschossen und der tapfere Trapper durch die Hand des Mädchens belohnt wird, ob wir einen edlen Fabrikanten oder einen feschen Offizier, eine wohltätige Dame oder einen leutseligen Kaiser sehen, immer zeigt der Film eine Welt, wie sie nicht ist, eine Welt der Lüge, des Scheins, immer ist er bewußter, hinterhältiger Betrug am Kinopublikum, das angeblich nur unterhalten, in Wirklichkeit aber davon überzeugt werden soll, daß unsere Gesellschaft die beste und einzig mögliche, die menschlichste und gerechteste und daß vor allem der Klassenkampf vollkommen unnötig ist.

Bürgerlicher Klassenkampffilm — das ist der „harmlose" Unterhaltungsfilm in neun von zehn Fällen. Und diese bürgerlichen Klassenkampffilme machen den größten Teil des Kinoprogramms aus. Und diese Filme, in denen nur zu oft die Revolution und das Proletariat offen beschimpft werden, muß die Arbeiterschaft stillschweigend hinnehmen?

Gewiß, auch in diesen Filmen gibt es überragende schauspielerische Leistungen, bedeutende Regisseure arbeiten an ihnen mit, geschickte Filmautoren schreiben sie. Das Filmkapital hält eben all diese Künstler des Films in seinen Pranken und läßt sie tanzen, wie es ihm beliebt: zur höheren Ehre und Verherrlichung der bürgerlichen Klassengesellschaft und der Ordnung des Profits, der Lüge, der Unterdrückung.

Siebzig Millionen Menschen sitzen täglich in den Kinos der Erde.

Wißt ihr nun, was das Kino für ein Machtmittel in den Händen der herrschenden Klasse ist? Könnt ihr nun abschätzen, was das Kino für den Entscheidungskampf zwischen Arbeit und Kapital bedeutet, in dem wir gegenwärtig stehen?

Wo das Kino auf die Seite der arbeitenden Menschen tritt, mit den russischen Filmen etwa, dort stößt es auf den erbitterten Widerstand des Bürgertums. Man hat in vielen Ländern (in Oesterreich glücklicherweise nicht!) ein Mittel, den revolutionären Film aus dem Kino zu verbannen oder ihn zumindest so zu verstümmeln, daß er „ungefährlich" (nämlich dem Bürgertum ungefährlich) wird: die Zensur. Aber die Vormachtstellung des Bürgertums auf dem Gebiet des Films und das Gewaltmittel der Unterdrückung aller Wahrheit und Wirklichkeit im Kino durch die Zensur werden nicht verhindern können, daß auch das Kino eines Tages von der Arbeiterschaft erobert wird. Anzeichen einer für das Proletariat günstigen Wendung des Kampfes um das Kino zeigen sich schon.

Die erste Vorbedingung der Eroberung des Kinos für die Sache der Arbeiterschaft, die Eroberung dieser wichtigen Waffe im Kampf um die Macht über die Gehirne der Menschen ist die Erkenntnis der Klassengebundenheit des Kinos, ist die Erkenntnis der versteckten kapitalistisch-reaktionären Tendenz der scheinbar „harmlosen" Unterhaltungsfilme.

Mächtig ist der Gegner Kino nur, so lange wir ihn nicht durchschaut haben. Sind seine Schliche und Winkelzüge erkannt, das Gewebe seiner Lügen und Falschmeldungen zerhauen, dann ist es mit seiner Macht zu Ende.

Stoßtrupps in diesem Kampf gegen und um das Kino ist die Arbeiterjugend!

Fritz Rosenfeld-Wien.

Reisse.

Kaufmannslehrling einst und jetzt.

Die Schulentlassung stellt wieder Tausende von jungen Menschen vor die Berufswahl. Nicht wenige von diesen werden den Beruf des kaufmännischen Angestellten wählen. Sehr oft mögen es äußere Annehmlichkeiten sein, die den Zulauf zu diesem Beruf bedingen, widerum Ideale der Vergangenheit, die in den Hirnen Schulentlassener herumspuken. Diese Momente sollen Veranlassung sein, einmal die Lage des Kaufmannslehrlings in Vergangenheit und Gegenwart zu behandeln.

Im allgemeinen ist es heute jedem, der eine gute Schulbildung hat, möglich, den Kaufmannsberuf, richtiger: Angestelltenberuf, zu erlernen. Die Lehrzeit beträgt in den meisten Fällen drei Jahre. In früherer Zeit war es dagegen anders. Paul Lange schreibt in seinem Buch „Die soziale Bewegung der kaufmännischen Angestellten":

„Nach einer Ordnung des Rates der Stadt Hamburg aus dem Jahre 1733 mußte der kaufmännische Lehrling der Lakenhändler und Gewandschneider 8 Jahre lernen, vorher eine Probezeit von 8 Wochen durchmachen und 30 Courantmark Einschreibegeld bezahlen. — In Lübeck bestand ein Rezeß aus dem Jahre 1605, wonach Kaufmannsjungen, die sich dem Travenhandel (Großhandel) widmen wollten, 5 oder 6 Jahre treulich zu dienen hätten. Nach Beendigung der Lehrzeit mußten dieselben einige Jahre an anderen Orten tätig sein, und dann erst stand ihnen das Recht zu, sich selbständig zu machen."

Einen sehr guten Einblick in die Lage des Kaufmanns in der Vergangenheit gibt Gustav Freytags „Soll und Haben". Hier haben wir den typischen Kaufmannsroman. Anton Wohlfart der Weise, kommt zu einem Freunde seines verstorbenen Vaters in die Lehre. Er gewinnt hier bald die Herzen aller, lernt aus und wird Handlungsgehilfe. Zum Schluß heiratet er die Schwester seines Prinzipals und wird Mitinhaber der Firma.

Prinzipal und Angestellter standen sich in der damaligen Zeit menschlich viel näher, als es heute der Fall ist. Das ist daraus zu erklären, daß beide gemeinsam unter einem Dach wohnten und zusammen speisten. Außerdem war es damals dem Handlungsgehilfen eher möglich, selbst einmal Geschäftsinhaber zu werden. Aus diesen Umständen heraus ist das patriarchalische Verhältnis zwischen Angestellten und Chef zu verstehen. Daß die Geschichte aber ihre Kehrseite hat, geht daraus hervor, daß die Arbeitszeit maßlos lang war. Eine Denkschrift des Vereins junger Kaufleute aus dem Jahre 1848 besagt: „Von morgens 5 Uhr, oft noch früher, bis abends 11 Uhr, selbst beim Mittagessen fortwährend gestört, bleiben dem Detaillisten nach Abrechnung der zum An- und Auskleiden nötigen Zeit kaum fünf Stunden Schlaf."

Diese Verhältnisse haben sich nun grundlegend geändert. Die Blütezeit des Handwerks, in der bei einem Meister vielleicht 4 bis 5 Gesellen beschäftigt waren, wo jeder eine Arbeit von Anfang bis zu Ende selbst machte, wo man keine Rationalisierung kannte, ist ein für allemal vorüber. Großbetriebe sind an die Stelle der kleinen Werkstätten getreten. Hunderte, Tausende und noch mehr sind heute in der Fabrik tätig. Diese Großbetriebe mit Tausenden von Arbeitern erfordern auch große Mengen von Angestellten, die die durch die Produktion bedingten Arbeiten verrichten. Durch diese Zusammenballung von Menschen auch im Büro ist die Angestelltenschicht proletarisiert. Es besteht kein patriarchalisches Verhältnis zwischen Prinzipal und Handlungsgehilfe mehr. Oft kennt der Arbeitgeber seine Angestellten gar nicht. Beide stehen sich nicht mehr als Mensch, sondern als Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber; auf der einen Seite der Ausbeuter, auf der anderen Seite der Ausgebeutete. Es gibt auch keinen Uebergang mehr vom Lehrling über den Handlungsgehilfen zum Unternehmer. Wer eben als Kind armer Eltern geboren ist, ist dazu verdammt, ewig für andere zu fronden. Sein einziges Kapital ist seine Arbeitskraft, und die muß er billig verkaufen, um sein Leben fristen zu können.

Nun zu der Arbeit des Kaufmannslehrlings. Genau wie in der Fabrik, hat man heute auch im Büro die Arbeitsteilung. So werden zum Beispiel jetzt fast überall Büromaschinen verwendet.

Es würde keinem Menschen einfallen, Geschäftsbriefe mit der Hand zu schreiben. Dazu benutzt man heute die Schreibmaschinen. Aber auch andere Maschinen werden im modernen Bürobetrieb benutzt, zum Beispiel Rechenmaschinen, Adressiermaschinen, Vervielfältigungsapparate, Frankiermaschinen usw. Der Angestellte verrichtet oft meist nur noch bestimmte Handgriffe. Auch da, wo keine Maschinen benutzt werden, ist die Arbeit des Angestellten schematisch geworden. Um als Beispiel die Buchhaltung zu nennen, ist es gerade dort oft so, daß jeder Angestellte nur ein bestimmtes Buch führt. Ja, es gibt sogar Fälle, wo die Arbeit so verteilt ist, daß ein Kontokorrent-Buchhalter nur noch einen Buchstaben bearbeitet, das heißt, Konten von Kunden führt, die zum Beispiel mit dem Buchstaben „K" anfangen.

Die Berufsausbildung ist aus den vorstehend geschilderten Gründen der Arbeitsteilung oft einseitig und unvollkommen. Wer also wirklich weiterkommen will, wird dieses Manko dadurch auszugleichen müssen, daß er in Kursen usw. sein kaufmännisches Wissen zu erweitern sucht. Bezüglich der Bezahlung der Angestellten ist festzustellen, daß die Gehälter der kaufmännischen Angestellten im Durchschnitt sehr gering sind und oft nicht an die Löhne gelernter Facharbeiter heranreichen. Aus einer Statistik, die vom Zentralverband der Angestellten veröffentlicht wurde, geht folgende Gehaltsgliederung hervor: Von 1,752 befragten männlichen Mitgliedern hatten im Jahre 1926 ein monatliches

Durchschnittsgehalt bis zu 175 Mark 30,16 Prozent,
bis zu 200 Mark 14,41 Prozent und
bis zu 250 Mark 22,[illegible] Prozent.

Von 12,142 befragten weiblichen Angestellten hatten ein
Gehalt bis zu 175 Mark 85,55 Prozent,
bis zu 200 Mark 6,49 Prozent und
bis zu 250 Mark [illegible] Prozent.

Danach hatten 60 Prozent der männlichen Angestellten ein Gehalt bis zu höchstens 250 Mark und ungefähr 90 Prozent der weiblichen Angestellten ein Gehalt bis zu höchstens 175 Mark.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Angestelltenberuf an seine Angehörigen in beruflicher Hinsicht ziemlich hohe Ansprüche stellt. Oft wird bei Eintritt in die Lehre auch höhere Schulbildung verlangt. Daß trotz der hohen Ansprüche an die Kenntnisse der Angestelltenschaft die Gehälter sehr gering sind, wurde oben schon bewiesen. Starke gewerkschaftliche Organisation ist daher notwendig, um eine Verbesserung der Lebenshaltung der Angestellten zu erkämpfen. Diese Organisation der kaufmännischen und Büroangestellten ist der Zentralverband der Angestellten, in dem auch die Lehrmädchen und Lehrlinge in nicht geringer Anzahl organisiert sind. Endziel bleibt auch für die Angestellten die Erringung der sozialistischen Wirtschaftsordnung, denn erst in ihr werden sie wieder das Gefühl der Verbundenheit mit ihrer Arbeit erringen, nicht mehr Handlanger des Kapitalisten, sondern Sachwalter der Allgemeinheit sein.

Heinz Mann, Berlin.

Aus Stadt und Provinz.

Der Jugendtag in Dortmund und die Ferienreisen des Bezirks Mittelschlesien.

Nachdem die im vorigen Jahre durchgeführte Ferienreise in die Sächsisch-Böhmische Schweiz bei unseren Mitgliedern guten Anklang gefunden hatte und die Teilnehmerzahl eine wider Erwarten große war, hat der Bezirk Mittelschlesien beschlossen, auch in diesem Jahre zwei solche Ferienreisen durchzuführen. In Verbindung mit dem Besuch des Reichsjugendtages der Sozialistischen Jugend am 4. 5. August in Dortmund führt uns die erste Reise an den Rhein und die zweite in den Harz. Beide Wandergebiete gehören zu den landschaftlich schönsten Teilen Deutschlands.

Die erste Reise findet in der Zeit vom 25. Juli bis 7. August 1928 statt. Der Reiseplan sieht folgende Route vor: Frankfurt a. M., Saalburg, Feldberg (Taunus), Ferienheim der SAJ. Emmershäuser Mühle im Taunus, Wiesbaden, Rüdesheim, Niederwald, Bingen, Dampferfahrt Bingen—Koblenz, Drachenfels, Köln (Besichtigung des Doms, Kapitols, Rathauses usw.), Besuch der großen internationalen Presse-Ausstellung und Teilnahme am Jugendtag. Die Kosten für diese Reise betragen einschließlich Bahnfahrt hin und zurück, Dampferfahrt, Uebernachtungen, Besichtigungen und Verpflegung (außer Brot und Butter) 70 Mark.

Die zweite Fahrt findet vom 29. Juli bis 7. August statt. Reiseplan: Halle, Quedlinburg, Thale, Altenbrak, Rübeland, Bracken, Wernigerode, Bad Harzburg, Goslar, Dortmund. Die Kosten für diese Reise betragen einschließlich der Dinge wie oben 50 Mark. — Ratenzahlungen können schon jetzt an Fritz Ohlig, Breslau, Postscheckkonto 42 162, unter Kennwort „Ferienreise" geleistet werden.

Die Anmeldung zu einer Ferienreise muß bis spätestens 1. Juli für die Rheinreise bei Genossen Josef Berger, Hermsdorf, Bezirk Breslau, Bergstraße 6, für die Harzreise bei Genossen Fritz Ohlig, Breslau 1, Margaretenstraße 17, Zimmer 43a, erfolgt sein.

Wir hoffen, daß schon jetzt in jeder Gruppe eifrig für unseren Jugendtag in Dortmund gespart wird und wünschen jedem Jugendgenossen eine frohe Wanderfahrt im Jahre 1928.

Die Freie Gewerkschaftsjugend

heißt das neue Mitteilungsblatt des freigewerkschaftlichen Jugendkartells, das im April zum ersten Male mit einem ermunternden Geleitwort des Genossen M. Auffert erschienen ist. Es enthält belehrende Bemerkungen über rechtliche Fragen, die den Lehrling oder jugendlichen Arbeiter angehen, Bekanntmachungen des Jugendkartells und der einzelnen Jugendgruppen, sowie die Anschriften der Berufsverbände. Dem neuen Streiter im gemeinsamen Kampfe ein herzliches Willkommen.

Aus der Internationale.

Österreichs sozialistische Jugend rüstet für Wien.

Verbandstag in Graz.

Während der Osterfeiertage hielt der österreichische Verband der sozialistischen Arbeiterjugend seinen Verbandstag in Graz ab. An den Verhandlungen nahmen mehr als 200 Delegierte aus allen Teilen des Reiches teil. Für den österreichischen Parteivorstand war Genosse Danneberg, für die Sozialistische Jugend-Internationale Genosse Karl Kern (Teplitz-Schönau) erschienen.

Den Bericht des Verbandsvorstandes erstattete Genosse Pleyl. Am Ende der Berichtsperiode zählte der Verband 356 Ortsgruppen mit 28 152 Mitgliedern, wovon etwa 7000 Mädchen sind. Die ungeheure Werbekraft der Organisation zeigt sich in 69 000 Neubeitritten innerhalb von drei Jahren. Jeder vierte Jugendliche Oesterreichs wird bereits zeitweilig erfaßt und mit den Grundgedanken des Sozialismus vertraut gemacht. Die Berichtsperiode war erfüllt von zähen, andauernden Kämpfen um die wirtschaftliche Besserstellung der arbeitenden Jugend. Ein großer Erfolg ist das Gesetz vom 26. März 1926, das jeden Unternehmer, allerdings mit Einschränkungen, verpflichtet, den Lehrling drei Monate nach dem Gesellenwerden als Gehilfe zu behalten. Alte Forderungen, die Wiedergewinnung der Arbeitslosenunterstützung an alle Jugendlichen und Lehrlinge ohne Ausnahme, die Reform der Lehrlingsausbildung, die Reform des Lehrlingsentschädigungsgesetzes, der Ausbau der Lehrlingsinspektion, die Errichtung von Lehrlingssenaten und der Vierwochenurlaub, wurden bei allen Kundgebungen mit dem stärksten Nachdruck erhoben.

Genosse Karl Heinz sprach über die Sozialistische Jugend-Internationale und den Internationalen Jugendtag. Während in der Vorkriegszeit der Jugend-Internationale 15 Länder und 17 Verbände mit rund 50 000 Mitgliedern angeschlossen waren, zählt die Sozialistische Jugend-Internationale derzeit 46 Verbände in 29 Ländern mit mehr als 200 000 Mitgliedern. Der Amsterdamer Internationale Jugendtag war ein Beweis für die große Geschlossenheit und Lebenskraft der Sozialistischen Jugend-Internationale. Besondere Bedeutung mißt die Sozialistische Jugend-Internationale dem Kampf gegen den Krieg und die Reaktion zu. Aufgabe der Sozialistischen Jugend-Internationale ist es, was in ihren Kräften steht, beizutragen zum baldigen Siege des internationalen Proletariats.

Der Amsterdamer Kongreß der Sozialistischen Jugend-Internationale hat beschlossen, den nächsten Internationalen Jugendtag im Jahre 1929 in Wien abzuhalten, und zwar vom 12. bis 14. Juli. Das vorläufige Programm sieht vor, daß am Freitag, den 12. Juli, vormittags, im Arkadenhof des neuen Wiener Rathauses eine Begrüßungsfeier für die ausländischen Delegierten stattfindet; nachmittags sollen Besichtigungen des alten und des neuen Wiens und abends Jugendfeiern in den verschiedenen Bezirken durchgeführt werden. Am Sonnabend, den 13. Juli, sind vormittags Vorträge von führenden Genossen der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung in Aussicht genommen. Am Nachmittag soll auf der Hohen Warte eine große Feier der Wiener Arbeiterschaft, die von der Wiener Parteiorganisation veranstaltet werden soll, stattfinden, an die sich ein mächtiger Fackelzug in die Stadt anschließen soll. Am Sonntag, den 14. Juli, werden in den Wohnbezirken Morgenfeiern durchgeführt werden und sodann eine große politische Kundgebung auf der Ringstraße und vor dem Rathaus stattfinden. — Nachmittags soll ein großes Jugendfest durchgeführt werden. An den Internationalen Jugendtag wird sich der dritte Internationale sozialistische Jugendkongreß anschließen, der vom 16. bis 18. Juli 1929 dauern wird. Der Wiener Internationale Jugendtag soll eine machtvolle Kundgebung der Arbeiterjugend aller Länder werden.

Auf, nach Waldenburg!

Sonnabend, den 26. Mai 1928
Ankunft und Quartierverteilung

Sonntag, den 27. Mai 1928
Morgenfeier / Abendkundgebung mit Fackelzug

Montag, den 28. Mai 1928
Wanderfahrten in das Waldenburger Bergland

Teilnehmerbeitrag
einschl. Fackelschein und 4 Straßenbahnfahrscheinen
1.50 Mark

Anmeldung
bis spätestens 20. Mai 1928 bei Fritz Ohlig, Breslau 1
Margaretenstraße 17

Niederschlesischer Arbeiter-Jugendtag

Der Genosse Proksch (Wien) hielt dann ein ausführliches Referat über das Thema „Wir und die Landarbeiterjugend" und stellte eine Reihe von Forderungen des jugendlichen Landproletariats auf.

An das Referat schloß sich eine mehrstündige Debatte. Das vom Verbandsvorstand vorgelegte Landarbeiter-Jugendprogramm wurde mit einigen Abänderungen unter großem Beifall einstimmig angenommen.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Otto Kanitz: „Die Gegenwartsaufgaben der sozialistischen Arbeiterjugend." Kanitz sieht zwei Hauptaufgaben der Organisation: Alles in unserem Rahmen Mögliche zu tun, um die Machteroberung durch das Proletariat zu fördern und alles zu tun, um möglichst viele Aufbausozialisten zu erziehen. Zu dieser soziologischen Fundierung unserer Gegenwartsaufgaben gesellt sich nun die massenpsychologische: Wir haben es jetzt mit einer anderen Jugend zu tun, als in den Jahren 1919 bis 1927. Die meisten unserer Mitglieder in diesen Jahren haben Krieg und Umsturz bewußt miterlebt. Heute aber ist es so, daß viele der Gedanken, Worte und Taten, die uns damals vertraut und verständlich waren, den Jüngsten von heute fremd klingen. Damit aber bringen gerade diese Jüngsten die richtige geistige Einstellung für unsere sozialistische Erziehungs- und Schulungsarbeit mit sich.

Unsere Organisation wirkt inmitten einer Vielheit von proletarischen Organisationen, die die Jugend erfassen. Aber inmitten dieser Fülle von Organisationen müssen wir unsere speziellen Aufgaben klar sehen. Diese Aufgaben sind politische Massenbeeinflussung und Schulung von Vertrauensmännern für Kampf und Aufbau. Diesen beiden Spezialaufgaben entspringt mit Notwendigkeit das Bedürfnis, den wirtschaftlichen Kampf in unserer Organisation zu führen. Nur wenn wir für die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterjugend eintreten, werden wir die Massen politisch beeinflussen können und nur dann, wenn die arbeitende Jugend vor dem ärgsten wirtschaftlichen Druck bewahrt ist, werden wir sie erfolgreich schulen können.

Genosse Kimml hielt ein ergänzendes Referat über die wirtschaftlichen Gegenwartsfragen der arbeitenden Jugend. Er legte einen ausführlichen Antrag des Reichsjugendschutzkomitees vor, der einstimmig beschlossen wurde. Der Verbandstag beauftragte ferner den Verbandsvorstand, dem nächsten Verbandstage den Entwurf eines Jugendschutzprogramms für jugendliche Hilfsarbeiter vorzulegen.

Ebenso wurde ein Antrag angenommen, der den Verbandsvorstand beauftragt, mit dem Parteivorstand in Fühlung zu treten, damit die verschiedenen Organisationen, die sich mit der Erziehung der proletarischen Jugend befassen, zu einem Kartell vereinigt werden. Außerdem wurde ein Antrag, der sich mit dem Ausbau der Jugendorganisation beschäftigt, einstimmig zum Beschluß erhoben.

Gemäß den Vorschlägen der Wahlkommission wurde einstimmig und ohne Debatte in den Verbandsvorstand gewählt: Karl Heinz, Anton Hofar, Otto Felix Kanitz, Anton Kimml, Viktor Kleiner, Alois Piperger, Josef Pleyl, Anton Proksch, Josefine Klupp-Samek, Hans Schiller, Viktor Strauß, Johann Vanasek. Außerdem gehört dem Verbandsvorstand als Vertreter der freigewerkschaftlichen Jugendfraktionen Genosse Holowatyj an.

Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden Heinz, der erklärte, daß die Parole: „Vierzigtausend Mitglieder bis zum Internationalen Wiener Jugendtag", die Wirksamkeit der Jugendbewegung in der nächsten Zeit bestimmen muß, wurde der Verbandstag, der eine sehr erfreuliche Einmütigkeit und Arbeitsfreude erkennen ließ, unter dem Klange revolutionärer Lieder geschlossen.

Die Jugend auf dem Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Die sozialistische Jugend wird auf dem im August in Brüssel stattfindenden Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale stark in Erscheinung treten. Am Sonntag, den 5. August, dem Eröffnungstag des Kongresses, wird in Brüssel ein großer Aufmarsch der sozialistischen Jugend Belgiens in Gemeinschaft mit den übrigen belgischen sozialistischen Arbeiterorganisationen stattfinden. Am Mittwoch, den 8. August, findet außerdem eine besondere Tagung für Erziehungsfragen, die drei Erziehungs-Internationalen, die Sozialistische Arbeitersport-Internationale, die Sozialistische Jugend-Internationale und die Sozialistische Erziehungs-Internationale vorgesehen. Je ein Redner der drei Internationalen wird den Delegierten einen kurzen Bericht über Aufgaben und Ziele, Methoden und Inhalt dieser internationalen Verbindungen geben, um dadurch die Parteien der einzelnen Länder zu einer stärkeren Förderung der Erziehungsarbeit zu veranlassen.

Mit dem Brüsseler Kongreß wird außerdem eine Ausstellung über die internationale sozialistische Erziehungs-, Jugend- und Sportbewegung verbunden, die im Brüsseler Volkshaus stattfinden wird. Die Vorbereitungen für diese Ausstellung sind bereits im Gange.

Die holländischen Genossen feiern das zehnjährige Bestehen ihres Verbandes.

Am 3. und 4. März fand in Amsterdam der Kongreß unserer holländischen Organisation statt. Mit dem Kongreß war eine Feier des zehnjährigen Bestehens des Verbandes verbunden. In einer besonderen Sitzung überbrachten die Vertreter der Partei und Gewerkschaften herzliche Grüße ihrer Organisation. Für die Sozialistische Jugend-Internationale sprach Genosse Ollenhauer. Es war eine eindrucksvolle Feier, die von der großen Anerkennung, die sich die Jugendorganisation in der holländischen Arbeiterbewegung erworben hat, Zeugnis ablegte.

Am 4. März fand der eigentliche Kongreß statt. Kurz, sachlich und einhellig wurden die geschäftlichen Angelegenheiten behandelt. Die wichtigsten Vorschläge waren: Der Vorschlag des Hauptvorstandes, aus Vertretern der Bezirke einen Verbandsausschuß zu bilden, damit der Vorstand bessere Verbindungen mit den verschiedenen Gegenden des Landes halten kann. Ferner wurde ein Beirat gebildet aus den Leitern der verschiedenen Arbeitszweigen in der Jugendorganisation, wie Volkstanz, Musik, Wandern, Sprechchor usw. Gemeinsam mit Partei und Gewerkschaften wird ein Jugendschutzkomitee eingesetzt.

Am dritten Tage fuhren die Vertreter und Gäste nach dem schönen Dorf Blericum hinaus, wo die feierliche Grundsteinlegung für das zweite holländische Jugendheim stattfand. Der Parteivorsitzende, Genosse Oudegeest, legte den Grundstein und hielt eine Rede, in der die Verbundenheit von jung und alt aufs neue zum Ausdruck kam. Meenthuis „Gemeinschaftshaus" wird das neue Heim heißen. — Zur Finanzierung dieses neuen großen Baues wurde in der Woche vor dem Kongreß eine Sammlung durch den Jugendverband veranstaltet, die einen stattlichen Beitrag von fast 11 000 Gulden ergab.

Vormarsch in der Tschechoslowakei.

Der „Sozialistische Jugendverband für die deutschen Gebiete der Tschechoslowakei" berichtet in seiner Zeitschrift von einem neuen Vormarsch. Augenblicklich hat der Verband 230 arbeitende Ortsgruppen. Das ist seit dem Bestand der Organisation die größte Ortsgruppenzahl. Der Mitgliederbestand wurde ebenfalls entsprechend gesteigert. In den einzelnen Kreisorganisationen ist man eifrig bemüht, die Organisation zu festigen. Besonders gute Fortschritte macht die Bewegung im Kreis Südwestböhmen. Die Kreisorganisation Karlsbad ist auf dem Wege, das dritte Tausend an Mitgliedern zu erreichen. Der Kreis Teplitz hat nach einigen schon beseitigten Schwierigkeiten wieder Aufstiegsmöglichkeiten. Sternberg bekommt durch tatkräftige Hilfe der Partei einen eigenen Jugendsekretär. Reichenberg, Nordböhmen, Trautenau, Troppau und Brünn arbeiten ebenfalls mustergültig.

Sozialistische Jugendarbeit in Estland.

Estland ist kein alter proletarischer Kampfboden. Die Masse der Jungproletarier ist heute noch politisch gleichgültig. Die Ursache dieser Gleichgültigkeit ist zu suchen in der wirtschaftlichen Not der Arbeiterklasse in Estland und in der mangelhaften und verfehlten Schulbildung. Die zehnjährige staatliche Unabhängigkeit Estlands hat der proletarischen Jugend keine Vorteile gebracht. Die Kraft der Arbeiterschaft ist auch durch die bolschewistische Wühlarbeit sehr geschwächt worden. Die schonungslose Verfolgung der Kommunisten durch die Regierung seit dem Jahre 1924 hat sich verhängnisvoll unter der ganzen Arbeiterschaft ausgewirkt.

Buchbesprechungen.

Handbuch für sozialistische Jugendarbeit.

Gleich den großen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen hat nun auch die Sozialistische Arbeiterjugend ein 240 Seiten sehr stattliches Handbuch herausgegeben. Es will nicht bloß — der Mangel vieler Handbücher — eine Uebersicht über geleistete Arbeit, sondern auch einen programmatischen Umriß der sozialistischen Jugendarbeit geben, es will vor allem ein Lehrbuch der Funktionäre für die praktische Arbeit sein.

So ist gleich eingangs der Grundgedanke der Bewegung präzisiert und festgelegt, daß „unsere Arbeiterjugendbewegung ein Teil der großen proletarischen Befreiungsbewegung ist, die die arbeitende Menschheit aus der kapitalistischen Knechtschaft erlösen und im Sozialismus eine neue gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verwirklichen will". Als Bildungs- und Erziehungsbewegung bekennt sich die Arbeiterjugendbewegung zu den marxistischen Erziehungsgedanken, wie sie Max Adler in seinem Buch „Neue Menschen" darlegte. Ausführliches über diese programmatischen Forderungen erfährt man dann in einem weiteren Abschnitt zu erfahren. Die verschiedenen Probleme innerhalb der Jugendbewegung werden ebenfalls kurz angedeutet. Breitester Raum ist der praktischen Arbeit gewidmet. Hier finden wir von der SAJ.-Gruppe bis zur Herstellung eines wirksamen Plakates fast alles, was für die Arbeit einer Ortsgruppe in Frage kommt. Die Organisation wird in ihrem Gesamtaufbau, in besonderen Abschnitten die Aufgaben der einzelnen Organisationsteile gezeigt. Das Kapitel „Staat und Jugend" kann naturgemäß keine theoretische Stellungnahme bringen, wohl aber ein gut orientierender Handweiser durch die Jugendgesetzgebung und die staatliche Forderung der Jugendbewegung sein. Zu bemängeln bleibt, daß die Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden keine klare, grundsätzliche Herausstellung erfahren hat. Das Handbuch begnügt sich vielmehr rein formal die unter „Befreundete und benachbarte Organisationen" Aufgaben und Richtlinien dieser Verbände aufzuzeigen. Wir hätten gerade in Bezug auf die jungsozialistische und freigewerkschaftliche Jugendbewegung eingehendere Darlegungen wünschen können.

Es ist kein Buch für den Bücherschrank, keine Chronik müßige Beschaulichkeit, kein Dokument, wie „herrlich weit", wir es in der SAJ. gebracht haben, sondern ein Ratgeber für die tägliche Arbeit. Denn sozialistische Jugendarbeit ist keine selbstgefällige Vereinsmeierei, sondern wie es in einer Kapitelüberschrift dieses Buches heißt: Sozialistische Erziehungsarbeit ist Kampf!

So gehört dieses Buch mit zu den besten, das der Arbeiterjugend-Verlag herausgebracht hat, und es ist nur zu bedauern, daß nun der Preis von 3 bzw. 4 Mark (der allerdings angesichts des Umfanges nur die Unkosten zu decken im Stande sein wird Red.), der Käuferkreis auf Vereinsbibliotheken bzw. einen kleinen Teil von Funktionären beschränkt.

W. S.

Der Druckfehlerteufel

hat in der vorigen Nummer des „Junger Kämpfer" in dem Barthelschen Artikel „Sommertage am Rhein" aus Offenbach Offenburg gemacht, worauf uns ein Leser freundlich aufmerksam machte.